

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@pd.admin.ch

92.009 Armeeleitbild 95



92.009 - Objet du Conseil fédéral.
Plan directeur de l'armée 95
Armeeleitbild 95

Deutscher Text

Date de dépôt 27.01.1992

Etat actuel Liquidé

Chronologie

15.06.92 SR Kenntnisnahme vom Bericht

25.06.92 NR Postulat des SiK. Reduktion der Wehrpflichtdauer

08.10.92 NR Kenntnisnahme vom Bericht

Compétence EMD

Mots clefs libres Militär, Sicherheitspolitik, Armee 95, Wehrpflicht, Armee reform, Wehrpflichtalter, MO

Informations pour l'utilisateur

Ce document provient d'une ancienne base de données en allemand, dont l'exactitude ne peut pas être garantie

 Home

92.009

Armeeleitbild 95 Plan directeur de l'armée 95

Bericht des Bundesrates vom 27. Januar 1992 (BBl I 850)
Rapport du Conseil fédéral du 27 janvier 1992 (FF I 843)

Antrag der Kommission
Kenntnisnahme vom Bericht
Proposition de la commission
Prendre acte du rapport

Schmid Carlo, Berichterstatter: Am 27. Januar 1992 hat der Bundesrat seinen «Bericht an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren», das sogenannte Armeeleitbild 95, vorgelegt. Dieses Armeeleitbild basiert auf dem «Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz» vom 1. Oktober 1990 und bildet den längerfristigen Bezugsrahmen für die Ausgestaltung der Armee. Ihre Kommission hat sich anlässlich der Sitzung vom 18. und 19. Mai eingehend mit diesem Bericht beschäftigt und stellt Ihnen einstimmig den Antrag, von diesem Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

Die Berichterstattung geht zunächst von der Frage aus, warum ein neues Armeeleitbild notwendig sei, und präsentiert Antworten. Sie zeichnet in groben Zügen den Kerngehalt des Leitbildes und bietet eine Uebersicht über die im Rahmen der Kommission geführten Diskussionen. Letzten Endes werde ich eine persönliche Bemerkung zur Bedeutung des Beschlusses auf zustimmende Kenntnisnahme anfügen.

Zunächst zu den Gründen für ein neues Armeeleitbild: Die Schaffung eines neuen Armeeleitbildes und erst recht seine Verwirklichung bedürfen einer Begründung. Eine Milizarmee wie die unsere kann nicht leichthin nach Lust und Laune heute so strukturiert und morgen wieder anders gestaltet werden. Wer sich daranmacht, eine Armee wie die unsere neu zu gestalten, muss gute Gründe dafür haben. Diese Gründe sind vorhanden. Sie liegen in der Veränderung des sicherheitspolitischen, aber auch des gesellschaftspolitischen Umfeldes der Armee. Der Sicherheitsbericht 90 hat diese Gründe bereits dargelegt.

Die heutige Armee, die «Armee 61», war in Struktur und Auftrag, in Ausrüstung und Konzeption auf eine stetig vorhandene, jederzeit aktualisierbare Konfrontationslage zwischen beiden ehemaligen Blöcken in Europa ausgerichtet. Sie ist in einem stetigen, jahrzehntelangen Prozess auf alle im Rahmen eines Ost-West-Konfliktes denkbaren und möglichen Bedrohungsfelder hin optimiert worden. Auf die mögliche Bedrohung antwortete die Schweiz mit ihren Mitteln in ihrem Gelände mit einem genau definierten Konzept, nämlich jenem der Abwehr.

Mit dem kataleptischen Zusammenbruch des Kommunismus und dem damit verbundenen Zerfall klar gegliederter und führbarer politischer und militärischer Strukturen im Osten ist das Bedrohungsbild, das uns seit dem Zweiten Weltkrieg begleitet hatte, plötzlich verschwunden.

Der Bundesrat hat im Sicherheitsbericht 90 seine Sicherheitspolitik den veränderten Bedrohungssituationen angepasst. Er bejaht nach wie vor die Notwendigkeit einer bewaffneten Landesverteidigung, doch verkennt er nicht, dass die Bedrohungen für die Sicherheit unseres Volkes im militärischen Bereich diffus und nicht mehr klar definierbar sind und dass neben die militärischen Bedrohungen andere, neue Formen der Bedrohung getreten sind. Dies führte ihn dazu, den Auftrag der Armee neu zu definieren. Nach wie vor bleiben Dissuasion und Kampfführung der klassische Armeeauftrag. Dazu treten indessen gleichberechtigt die Aufträge zur Friedensförderung und zur Existenzsicherung. Die Armee wird multifunktional.

Der Wegfall der Bedrohung aus dem kommunistischen Osten hat auch innenpolitische Veränderungen nach sich gezogen. Eine Generationen dauernde wehrpolitische Anspannung, die aufgrund der effektiven Spannungen notwendig war, weicht einer wehrpolitischen Entspannung im Innern. Die Armee wird nicht mehr als sakrosankte, nicht zu hinterfragende Grösse akzeptiert. Sie wird unter Nützlichkeitsgesichtspunkten beurteilt, und ihre Repräsentanten werden als militärische Führer und Ausbildner qualifiziert. Der überraschende Anteil jener, die die Armeearbeitsinitiative befürwortet haben, macht diese Entwicklung deutlich. Die Akzeptanz der Armee ist heute nicht mehr in allen Bereichen gleich vorhanden wie früher. Der Sicherheitsbericht 90 geht auch auf diese Situation ein und erklärt ausdrücklich, die Armee habe aus dem veränderten gesellschaftlichen Umfeld die Konsequenzen zu ziehen, was insbesondere bei der Gestaltung des Dienstbetriebes und im Bereich der Ausbildung von Bedeutung ist.

Die «Armee 61» ist – wie der Departementschef dies einmal formuliert hat – auch nicht mehr wirtschaftsverträglich, und zwar in doppelter Hinsicht: Einerseits ist eine Armee von über 600 000 Mann ohne Ruin für die Volkswirtschaft nicht auf Dauer zu mobilisieren. Das Land würde bei der Mobilisierung unserer «Armee 61» wirtschaftlich zusammenbrechen, bevor es militärisch erledigt wäre. Andererseits bereiten die lange Dienstpflicht der Kader und ihre häufigen, militärdienstbedingten Absenzen den Unternehmungen zunehmend grössere Mühe. Es ist z. B. ein Problem geworden, Kompaniekommandanten zu gewinnen, weil Selbständigerwerbende oder Kaderteile im Alter von 28 bis 34 Jahren nur noch selten in der Lage sind, 19 Wochen ununterbrochen Dienst zu leisten.

Auf diese wirtschaftlichen Ueberlegungen geht der Sicherheitsbericht 90 ein und legt fest, dass militärische Ausbildungsplanung und zivile Karrieregestaltung besser aufeinander abzustimmen seien. Er hofft, dass damit auch auf Arbeitgeberseite den Ausbildungsbedürfnissen der Armee mehr Verständnis entgegengebracht werde.

Von Bedeutung ist auch die demographische Entwicklung der schweizerischen Bevölkerung. Die Grösse der heutigen Jahrgänge erlaubt nicht mehr, alle Verbände der «Armee 61» auf Soll-Beständen zu halten. Die Armee hat die Wahl, Verbände zu streichen oder Potemkinsche Dörfer aufzubauen und als Regimenter aufrechtzuerhalten, was bestandesmässig noch verstärkte Bataillone sind.

Das Armeeleitbild 95 – und damit komme ich zu seinem Kerngehalt – präsentiert nun die Lösungen für die skizzierten Aufgaben, die der Sicherheitsbericht 90 der Armee gestellt hat. Dabei sind dem Armeeleitbild durch den Sicherheitsbericht Auflagen gemacht und Rahmenbedingungen gesetzt worden, die zu beachten waren.

Es ist insbesondere darauf zu verweisen, dass der Sicherheitsbericht am Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht festhält und nach wie vor auch das Milizsystem hochhält. Damit sind eine ganze Reihe von alternativen Armeemodellen, wie sie im Armeeleitbild ebenfalls dargestellt und diskutiert werden, a priori ausgeschlossen. Auch soll die Grundstruktur der Armee so konzipiert werden, dass eine Anpassung der Bestände an die sicherheitspolitische Lage rascher als bisher möglich ist.

Im Rahmen dieser Aufträge und Auflagen hat das Armeeleitbild 95 im Bereich der Konzeption, der Bestände, der Rüstung und der Ausbildung folgenden Inhalt:

Im Bereich der Konzeption mussten die neuen Aufträge der Existenzsicherung und der Friedensförderung nebst dem Disuasions- und Kampfauftrag verarbeitet werden. Die Friedensförderung soll einerseits durch Spezialformationen getragen werden, welche geeignet sind, Unterstützungsaktionen im Ausland durchzuführen, andererseits durch ein Blauhelmkontingent, das im Auftrag der Uno im Ausland zum Einsatz kommen soll. Diese Formationen werden von Fall zu Fall bedürfnisbezogen aus einem Pool von Freiwilligen zusammengestellt.

Die Existenzsicherung wird gewährleistet durch die Territorialverbände der Armee, die Rettungs- und Spitalformationen wie auch bestimmte Infanterieverbände umfassen. Damit kann auf kantonaler und regionaler Ebene Hilfestellung bei Katastrophenfällen geleistet werden. Auf eidgenössischer Ebene kommt ein Katastrophenhilfergiment als zusätzlicher Spezialverband hinzu. Die Rettungsformationen, namentlich die Luftschutzformationen, bleiben eidgenössische Kontingente und werden nicht den Kantonen unterstellt. Ihr Einsatz wird weiterhin vom Bund angeordnet, doch leuchtet ein, dass eine Zuweisung solcher Formationen an die Kantone im Falle nicht-kriegerischer Katastrophen eine der naheliegenden Einsatzformen sein wird.

Der Kampfauftrag wird gestützt auf die neue Militärdoktrin der sogenannten dynamischen Raumverteidigung durch weniger, dafür aber flexiblere und einsatzstärkere Verbände geleistet werden. Die neue Einsatzdoktrin ist nicht nur durch die veränderte militärische Lage in Mitteleuropa notwendig geworden, sondern auch durch die Bestandesreduktionen, auf die ich noch zu sprechen komme.

Gemäss alter Doktrin der Abwehr wurde viel Infanterie benötigt, die es in Zukunft in dieser Menge nicht mehr geben wird. Es ist daher auf Beweglichkeit und Feuerstärke zu setzen. Die demographische Entwicklung hat Konsequenzen auf die Bestände der Armee. Der Soll-Bestand der Armee wird insgesamt um ein Drittel, von rund 600 000 auf rund 400 000 Personen, verkleinert, indem die Heeresklasse des Landsturms aufgehoben wird. Die verbleibenden beiden Heeresklassen des Auszugs und der Landwehr werden zusammengelegt, wobei die Grosszahl der typischen statischen oder ortsfesten Landwehrverbände aufgelöst wird. Die drei Reduitbrigaden und die elf Grenzbrigaden mit ihren Landwehr-Infanterieregimenten und anderen Truppenkörpern und -einheiten werden gestrichen. Vermindert wird die Anzahl der Sanitäts- und Versorgungsformationen sowie der Mobilmachungsplätze. Insgesamt

sollten 1800 Stäbe und Einheiten verschwinden. Die Armee behält ihre Spitzengliederung in Armeekommando und fünf Korpskommandos bei, wobei das Kommando der Flieger- und Flabtruppen durch das Armeeleitbild 95 praktisch keine Aenderung erfährt. Die drei mechanisierten Divisionen werden aufgelöst und in fünf Panzerbrigaden umgestaltet, von denen zwei dem Armeekommando und je eine dem Feldarmeekorps unterstellt werden. Die Armee wird damit – wie bereits erwähnt – kleiner, aber beweglicher und einsatzstärker. Operative Reserven auf Armee- und Korpsstufe werden damit erstmals geschaffen.

Der Umbau der «Armee 61» zur «Armee 95» hat auch eine erhebliche Umschichtung in der Ausrüstung zur Folge. Die erwähnte Auflösung von rund 1800 Stäben und Einheiten und die Reduktion der Bestände um rund 200 000 Mann hat die Liquidation von grossen Mengen an Waffen, Material und Munition zur Folge; unter anderem beinahe 1100 Panzerabwehrkanonen, 150 Panzer 61, über 600 Artilleriegeschütze mit Teilen der Munition, 130 Kampfflugzeuge Hunter mit Teilen der Munition, 300 Flabkanonen samt Teilen der Munition. Auch werden grosse Teile der Werke und Permanenzen ausser Betrieb gesetzt.

Im Rahmen von Ausbausritten sollen demgegenüber grössere Rüstungsvorhaben realisiert werden, die im Bericht einlässlich angekündigt sind. Die Schwergewichte liegen bis zur Jahrtausendwende in den Bereichen der Führung, Aufklärung, Uebermittlung, der elektronischen Kriegführung bei der Flugwaffe, der Artillerie und der Panzer. Dabei geht man davon aus, dass die Einsatzkonzeption und die Strukturen der «Armee 95» für rund zehn Jahre sicherzustellen sind.

Was die Ausbildung betrifft, fordert die Multifunktionalität auch die Flexibilität der Auszubildner heraus. Was die Friedensförderung betrifft, erhalten Einzelpersonen und freiwillige Truppenkontingente eine gesonderte Ausbildung, die nicht im Rahmen der übrigen Truppenausbildung vermittelt wird. Die Existenzsicherung ist Ausbildungsinhalt für die zu diesem Zweck bereitgestellten Formationen der Territorialstrukturen. Die klassische Kampfausbildung erfolgt für das Gros der Armee im bekannten Rahmen.

Immerhin wird die Dauer der Gesamtdienstleistung für Soldaten von 331 auf 300 Tage reduziert, und zwar verteilt auf 22 Jahre. Im Alter von 20 Jahren hat der Dienstpflichtige eine Rekrutenschule von 15 Wochen zu bestehen und alsdann jedes zweite Jahr einen von insgesamt 10 Wiederholungskursen von je 19 Tagen abzuleisten. Für die Kader werden ebenfalls verkürzte Dienstzeiten vorgesehen, die sich insbesondere auf das Abverdienen beziehen. Wenn die Dienste kürzer sind, müssen sie intensiver sein. Die Ausbildung hat sich auf eine zeitgemässe Infrastruktur zu stützen. Die Kader müssen ihrerseits so geschult sein, dass sie nach modernen Gesichtspunkten instruieren können und eine genügende Vorbereitungszeit haben. Wenn dies erreicht wird, lassen sich die verkürzten Dienstzeiten durchaus vertreten.

Dieses Armeeleitbild trägt letzten Endes auch dem Umstand Rechnung, dass die Ausgaben für die Armee auf der Höhe der Ausgaben des Jahres 1990 eingefroren worden sind. Das allerdings bedeutet eine reale Minderausgabe für die Armee. Darauf ist zurückzukommen.

Ich komme zur Stellungnahme der Kommission: Sie hat im Rahmen ihrer Beratung dem Bericht insgesamt ein gutes Zeugnis ausgestellt. Wir teilen die Lageanalyse des Bundesrates und sind mit ihm der Auffassung, dass trotz des Wegfalls einer klar definierbaren militärischen Bedrohung eine Armee als Mittel der Sicherheitspolitik nach wie vor notwendig ist. Wir sind auch mit dem Bundesrat einig, dass diese geänderte militärische Lage eine Neukonzeption für die Armee notwendig macht. Die Armee kann sich im Moment nicht auf bestimmte, sogar wahrscheinliche Einsatzfälle festlegen. Sie muss sich vielmehr auf eine ganze Reihe möglicher Einsatzszenarien vorbereiten, und zwar ausbildungsmässig, rüstungsmässig, einsatzdoktrinmässig, aber auch mental. Sie zieht sich – um das militärisch auszudrücken – gewissermassen aus einem Grundkampfdispositiv in eine Bereitstellung zurück.

Diese dem Sicherheitsbericht 90 zugrunde gelegte Aufgabenstellung wird im Armeeleitbild 95 unserer Auffassung nach in

sehr guter Art und Weise umgesetzt. Die Multifunktionalität der Armee wird von uns bejaht, doch scheint es uns angebracht zu bemerken, dass die Armee damit nicht zu einer eidgenössischen Dienstleistungsorganisation auf Nonprofit-Basis werden darf. Die Armee muss ein respektables Machtmittel bleiben. Die umfassende Einsatzdoktrin, die Einsatzkonzeption des Bundesrates garantieren dies nach unserer Auffassung. Im Rahmen der Kampfkonzeption scheint die Doktrin der dynamischen Raumverteidigung eine adäquate Antwort auf die veränderte Bedrohungssituation zu sein, auch wenn diese neue Doktrin bezüglich Ausbildung der taktischen und operativen Führer hohe Anforderungen stellen wird. Die Verkleinerung der Bestände, die Aufhebung des Landsturms, die Aufhebung der Reduit- und Grenzbrigaden, die Reduktion von Sanitäts- und Versorgungsformationen und die Deklassierung grosser Mengen von Permanenten betrachten wir in diesem Umfeld als eine sinnvolle Massnahme. Die Schrumpfung der Soll-Bestände um ein Drittel auf 400 000 Personen halten wir schon aus demographischen Überlegungen für unausweichlich. Im Bereich der Ausbildung haben wir in eingehenden Diskussionen die Verkürzung der Ausbildungszeiten besprochen und sind, wenn auch mit vereinzelt geäusserten Vorbehalten, zur Auffassung gelangt, dass diese zu vertreten ist, wenn dafür die Ausbildung intensiviert werden kann. Dabei ist einer minutiösen Planung der Belegung bestehender Ausbildungsmöglichkeiten und einer Förderung der Instruktoren besonderes Augenmerk zu schenken. Es darf nicht übersehen werden, dass uns derzeit rund 300 Instruktoren fehlen. Die Absicht des Ausbildungschefs, in den Rekrutenschulen bewährte Milizkader zusätzlich für die Ausbildung einzusetzen, begrüssen wir. Von grosser positiver Bedeutung ist unseres Erachtens die Absicht, die Heeresklassen aufzuheben und damit altersmässig gemischte Verbände aufzustellen.

Im Bereiche der Ausrüstung scheint die vorgelegte Rüstungsplanung dem neuen Konzept und den neuen Beständen angemessene Rechnung zu tragen. Wir halten daher die avisierten Ausbauschritte für grundsätzlich zielführend.

Im Bereich der Ueberführung der «Armee 61» in die neue «Armee 95» will die Kommission dem Bundesrat freie Hand lassen. Wo immer er aufgrund der Rechtslage in seinen Entscheidungen frei ist, soll er die Ueberführung nach jenem Rhythmus und mit jener Geschwindigkeit durchführen, die er für angemessen, zweckmässig und gut hält. Er hat dabei die Bereitschaft der Armee durchgehend sicherzustellen.

Was die Finanzierung betrifft, will die Kommission deutlich festhalten, dass die Verwirklichung der Ausbauschritte sichergestellt werden muss. Ein Ausgleich der Teuerung für die auf der Höhe von 1990 eingefrorenen Ausgaben ist ab 1995 voraussichtlich notwendig.

Die Kommission ist der Ueberzeugung, dass die Armee mit dieser Neugestaltung ein flexibles Instrument der Sicherheitspolitik wird, das künftigen Optionen Rechnung tragen und sich veränderten Gegebenheiten rasch anpassen kann und das auch im Volk die notwendige Akzeptanz findet. Diese «Armee 95» ist eine Armee, die grundsätzlich die Landesverteidigung als eine eigenständige nationale Aufgabe der Schweiz auffasst und sie sicherstellen kann und soll, dabei aber künftigen Entwicklungen in einem sicherheitspolitischen Integrationsprozess, der allerdings weit weniger rasch vor sich gehen dürfte, als manche meinen, nicht im Wege steht. Diese Armee ist auch eine Armee, die auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht und des Milizsystems aufgebaut ist, ohne die sie weiteren Entwicklungen – zum Beispiel in Richtung einer allgemeinen Dienstpflicht – nicht gerecht werden könnte.

Aufgrund dieser positiven Beurteilung des Armeeleitbildes 95 empfiehlt Ihnen die Kommission einstimmig Kenntnisnahme vom Bericht in zustimmendem Sinn.

Ich füge persönlich hinzu: Dies bedeutet nach meiner Auffassung keine rechtliche Sanktionierung; es ist keine Genehmigung eines bundesrätlichen Berichts. Eine solche Zustimmung versieht den Bericht auch nicht mit irgendeiner normativen Kraft, schafft keinerlei Rechtsgrundlagen für Handlungen des Bundesrates, wo solche anderweitig fehlen. Die Zustimmung ist aber eine politische Sanktionierung der bundesrätlichen Absichtserklärungen, die in diesem Bericht enthalten

sind. Das bedeutet nicht, dass wir als Parlament die Freiheit verläoren, namentlich bei den einzelnen Ausbauschritten, mit voller Kompetenzbefugnis die aus diesem Bericht sich ergebenden konkreten Anträge zu behandeln und zu beurteilen. Wiederum als Kommissionssprecher: In diesem Sinne nehmen wir vom Bericht zustimmend Kenntnis und möchten es nicht unterlassen, dem Bundesrat, der Armeeführung und der Verwaltung für die grosse und gute Arbeit zu danken, die hinter diesem Armeeleitbild 95 steht.

Loretan: Ich möchte mich vorerst dem Dank des Kommissionssprechers an den Bundesrat anschliessen. Das Armeeleitbild 95 ist im Inhalt und in der Präsentation eine gute Arbeit. Ich danke aber auch unserem Kommissionssprecher für die konzise Zusammenfassung der Meinungen und der Schlussbeurteilung der Sicherheitspolitischen Kommission unseres Rates. Ich teile seine Meinung, dass der Bundesrat mit dem Bericht zum Armeeleitbild 95 dem Parlament und der Öffentlichkeit eine taugliche Marschrichtung angibt, wie wir zu einer Armee, die weit über das Jahr 2000 hinaus in diesen Umrissen bestehen soll, kommen können; eben zur «Armee 95». Es geht noch nicht um konkrete Projekte, Realisierungsschritte oder Gesetzesanpassungen. Der Bundesrat ist frei, ob er die heute geäusserten positiven oder negativen Kritiken bei der Vorbereitung konkreter Schritte berücksichtigen will, zum Beispiel bei der Anpassung der Militärorganisation.

Naiv oder hämisch wird heute, auch in den Medien, oft gefragt: Wer bedroht denn eigentlich die Schweiz nach dem Zusammenbruch des Gleichgewichts des Schreckens? Nicht wenige dieser Fragesteller geben die Antwort gleich selber: Eigentlich niemand, wozu brauchen wir denn überhaupt diese Armee, und dann erst noch eine solche mit einem «Dach über dem Kopf» – um den Chef EMD zu zitieren –, nämlich mit einer tauglichen Flugwaffe? Wer, um die Notwendigkeit einer Armee zu begründen, das Vorliegen künftiger, konkreter Bedrohungsszenarien verlangt, erliegt einem fundamentalen Irrtum. Er verlangt Spekulationen in einer Zeit, wo ein vorurteilsloser Blick auf die heutige Situation im östlichen Teil Europas, im Mittelmeerraum und im Nahen Osten insofern Klarheit gibt, als die sicherheitspolitische Lage dort labil und fliegend ist.

In Europa wird Krieg geführt. In Europa wird mit Krieg gedroht. So z. B., wenn neuestens der Nato-Staat Griechenland erklärt, ein Anschluss des ehemals jugoslawischen Kosovo-Gebietes an Albanien, welches seine Armee künftig durch türkische Instruktoren – die Türkei ist auch ein Nato-Staat – ausbilden lassen will, könnte nicht hingenommen werden und es müsste unter Umständen manu militari reagiert werden. Das sind heute die Realitäten, die auch unser Land zur Kenntnis zu nehmen hat. Weiter haben wir zur Kenntnis zu nehmen, dass trotz Abrüstungsverhandlungen und -abkommen in Europa nach wie vor riesige Potentiale an Waffen gelagert sind.

Der frühere SP-Ständerat aus dem Kanton Basel-Stadt, Carl Miville, hielt in einem Leserbrief in der «NZZ» vom 8. Mai 1992 unter dem Titel «Pazifismus und Realität» – ausgehend von den Forderungen aus GSoA- und anderen pazifistischen Kreisen, nicht nur die Schweiz, sondern auch das integrierte Europa dürfe keine Armee haben – treffend fest: «Ich halte die Vision eines wehrlosen Europas, mag sie noch so edlen Motiven entsprungen sein, für gefährlich und schwer zu verantworten. Ich glaube aufgrund meiner Erfahrungen eines langen politischen, auch aussenpolitischen Lebens nicht an eine friedliche Zukunft der Menschheit. Die Welt ist voll von aggressiven Diktaturen. Sie werden vollgestopft mit Waffen von gewissenlosen westlichen Händlern, von Exporteuren in die zerfallenden GUS-Staaten usw.»

Diese Ueberlegungen gelten auch für unser Land. Die Ereignisse und die in Rechnung zu stellenden Entwicklungslinien in und um Europa haben im übrigen die vom Bundesrat in Abschnitt 21 (Lageentwicklung) vorgenommene Beurteilung bislang bestätigt; ebenso sind die Richtigkeit der fünf sicherheitspolitischen Ziele im «Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz» und die Richtigkeit des daraus fliessenden vierfachen Auftrages der Armee – Friedensförderung; Kriegsverhinderung und Verteidigung; Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung;

Bereitschaft und Flexibilität – zu unterstreichen! Flexibilität vorab auch im Hinblick auf Bedrohungsaktualisierungen unterhalb der Kriegsschwelle, z. B. beim Auftreten grösserer Flüchtlingsströme, wenn diese die zivilen Organe des Bundes und der Kantone hoffnungslos überfordern würden.

Ich habe in diesem Zusammenhang eine konkrete Frage an den Bundesrat: Wie sehen eigentlich unsere Sensoren aus, damit sichergestellt werden kann, dass die auf Seite 72 des bundesrätlichen Berichtes aufgelisteten «Mittel der 'ersten Stunde'» zeitgerecht bereitgestellt und eingesetzt werden können? Mit anderen Worten: Wie steht es mit unserem strategischen Nachrichtendienst, wie ihn z. B. die PUK EMD in ihrem Postulat 2 gefordert hat? Es mutet etwas seltsam an, dass im Armeeleitbild davon – wenn ich richtig gelesen habe – mit keinem Wort die Rede ist. Ist in dieser Richtung noch nichts vorgekehrt worden? Will man es bei den alten Strukturen belassen, natürlich ohne den «ausserordentlichen Nachrichtendienst»? Oder will der Bundesrat im jetzigen Moment dazu einfach noch nichts sagen?

Das Armeeleitbild 95 bringt – ausgehend von der Beurteilung der Chancen und Gefahren, ausgehend vom sicherheitspolitischen Auftrag der Armee und von den vorgegebenen oder frei bestimmten Rahmenbedingungen wie allgemeine Wehrpflicht und Milizsystem – glaubwürdige Antworten auf die Fragen der Einsatzkonzeption, der Strukturen, der Ausbildungskonzeption sowie der Rüstungspolitik. Das nimmt sich auf dem Berichtspapier alles recht schön und gut aus. Doch die Stunde der Wahrheit wird jedesmal dann schlagen – in den Räten und in der Öffentlichkeit –, wenn es um gesetzgeberische Umsetzungen und vor allem um die Finanzierung dieser Teilkonzepte geht, die zusammen das Armeeleitbild mit Leben erfüllen.

Allen diesen Teilkonzeptionen ist durch hängige oder angekündigte Volksinitiativen aus dem linken politischen Spektrum der Kampf angesagt. Die sich daraus ergebenden Abwehrschlachten in Permanenz binden unnötigerweise Kräfte, welche besser für die durch das Armeeleitbild vorgezeichnete Weiterentwicklung unseres wichtigsten sicherheitspolitischen Instrumentes, der Armee, eingesetzt würden. Indessen ist der Fehdehandschuh geworfen; wir haben ihn aufzunehmen. Es geht letztlich um die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung und damit um eine existentielle Frage für unseren Bundesstaat.

Damit bin ich bei der Frage nach der geistig-politischen Verankerung der Sicherheitspolitik und der Armee in der Bevölkerung und bei der Frage der Wehr- und Dienstmotivation, vor allem jener, welche nach wie vor obligatorisch, ob sie dies freut oder nicht, zu diesem Wehr- und Existenzsicherungsdienst, zu diesem Ernstfalltraining in seinen verschiedenen Aspekten aufgeboten werden. Gerade unter diesem Blickwinkel spielt der Zusammenhang zwischen gutem, modernem Gerät, einer punkto Ausbildungsstätten und Ausbildungspersonal zweckmässigen Ausbildung und der inneren Bereitschaft, diesen Dienst an der Allgemeinheit auf sich zu nehmen, eine entscheidende Rolle. Die Zeiten sind vorbei, wo wir unsere jungen Leute in der Armee mit veralteten Geräten abspiesen konnten. Ohne diese Einsicht leidet die Motivation für eine effiziente Ausbildung, und dies wäre verheerend.

Hier möchte ich eine kritische Anmerkung am künftigen Ausbildungskonzept anbringen: Der neue WK-Turnus, alle zwei Jahre, kann nach meiner Meinung akzeptiert werden. Hingegen bitte ich den Chef EMD und den Bundesrat, die generelle Verkürzung der Dauer der Rekrutenschulen nochmals ernsthaft zu überprüfen. Hier wäre unter Umständen eine je nach Truppengattung differenzierte Dauer, unter Anrechnung an die spätere WK-Pflicht, besser. Wir werden Gelegenheit haben, bei der Beratung der Revision der Militärorganisation darüber zu entscheiden.

Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, die neue Armee sei billiger und «pflegeleichter» als die heutige. Die Verbreiterung des Leistungsangebotes gemäss dem erweiterten Auftrag, die Erhöhung der Flexibilität und die Polyvalenz sind gleichbedeutend mit zusätzlichem Mittelbedarf. Eine Ausbildung mit mehr und professionelleren personellen und materiellen Leistungsträgern, mit mehr Instruktoren, mit mehr Simulatoren,

mit mehr standardisierten, gut vorbereiteten und ausgebauten Ausbildungsplätzen braucht mehr Mittel. Die immer höhere Technisierung der Rüstungsgüter verlangt wohl nach einer Straffung des Anzuschaffenden, verursacht aber letztlich doch höhere Kosten. Fazit: Weitere Kürzungen im Ausmass der letzten beiden Jahre beim Militärbudget führen in der Tendenz zur Halbierung der Ausgaben für die Armee. Dies könnte nicht hingenommen werden. Ab 1996 ist auch bei der Armee wiederum der Teuerungsausgleich zu gewähren. Spätestens dann ist ein weiteres reales Absinken der Militärausgaben nicht mehr zu verantworten. Es würde die Realisierung des Armeeleitbildes 95 schlichtweg verunmöglichen.

Gestatten Sie mir abschliessend ein Wort zur ausserdienstlichen Ausbildung. Ihr widmet der bundesrätliche Bericht ein sehr kurzes Wort auf Seite 133. Die ausserdienstliche Aus- und Weiterbildung ist in unserem Milizsystem von sehr grosser Bedeutung. Ich danke dem Bundesrat, auch im Namen der Tausenden, welche sich auf dem Gebiet der ausserdienstlichen Aus- und Weiterbildung in ihrer Freizeit engagieren, zum Teil auch mit ihrem Geld, für die klaren, wenn auch knappen Aussagen. Es genügt eben nicht, ein Gewehr im Schrank zu haben; man muss es als persönliche Waffe auch auf Anhieb handhaben und einsetzen können, und dies erfordert die vom Bundesrat akzeptierte Beibehaltung des ausserdienstlichen obligatorischen Schiesswesens, der Schiesspflicht für die Gewehrträger. – Herr Bundesrat Villiger schmunzelt; er hat offenbar ein solches Wort von mir erwartet.

Es genügt – und das nun an die Adresse der Schützen und aller anderen ausserdienstlichen Verbände – nicht, sich am Schiessen und am Wettkampfbetrieb zu freuen. Diese Vereine und Verbände sind aufgerufen, sich sehr bald öffentlich mit klaren Bekenntnissen zugunsten unserer Verteidigungsarmee zu engagieren, die niemanden bedroht und niemanden angreifen will.

Uhmann: Lassen Sie mich zuerst eine Vorbemerkung machen. Es mag reiner Zufall sein, dass wir heute abend je ein Geschäft aus den Bereichen Landwirtschaft und Armee beraten. In Anbetracht der zunehmenden Gemeinsamkeiten dieser beiden politischen Gebiete scheint aber eine vermehrte Koppelung der Beratungen durchaus angezeigt. Armee und Landwirtschaft kämpfen gegen eine abnehmende Akzeptanz in der Bevölkerung. Beide müssen sogenannte Bestandesreduktionen hinnehmen, um schlank, rank, aber auch billig zu werden. Die Diskussionen werden in beiden Bereichen von denselben Wortkreationen geprägt, nämlich: Multifunktionalität, Flexibilität und Europakompatibilität. Und schliesslich wurden uns unlängst vom Bundesrat und von der Verwaltung gut dokumentierte Berichte sowohl betreffend die Landwirtschaft als auch die Armee vorgelegt.

Ich komme zum Armeeleitbild 95: Ich glaube, das neue Armeeleitbild ist zwingend und auch dringend notwendig. Die vielfältigen und teilweise revolutionären Veränderungen im Umfeld unserer Armee haben bei einer Vielzahl von Wehrmännern verschiedener Grade eine tiefe Verunsicherung ausgelöst. Neue, glaubwürdig gesetzte Leitplanken werden dieser allgemeinen Verunsicherung aber Einhalt gebieten können. Diese Leitplanken sind mit dem Armeeleitbild 95 – so meine ich – richtig und auch glaubwürdig gesetzt worden.

Das Armeeleitbild 95 ist die Folgerung aus dem Sicherheitsbericht 90. Es ist auch die richtige Antwort auf die aktuellen und absehbaren Gefahren und Risiken und ermöglicht die Umsetzung des erweiterten Auftrages der Armee.

Die «Armee 95» ist ebenfalls die richtige Antwort auf die veränderten gesellschaftlichen und demographischen Verhältnisse in der Schweiz. Das Festhalten am Milizsystem und an der allgemeinen Wehrpflicht, der Abbau des Bestandes der Armeeangehörigen auf rund 400 000 Leute sowie die Einführung einer einzigen Heeresklasse stellen meines Erachtens gute Rahmenbedingungen für eine moderne Schweizer Armee dar.

Die «Armee 95» ist auch die richtige Antwort auf die mögliche künftige Entwicklung. Sowohl die Weiterführung einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit als auch die Einbindung in ein internationales Sicherheitssystem lassen sich auf der Ba-

sis des Armeeleitbildes 95 verwirklichen. Nur nebenbei sei dazu bemerkt, dass eine sicherheitspolitische Integration nicht zwangsläufig mit der Aufgabe der autonomen Verteidigungsfähigkeit verbunden sein muss. Das Armeeleitbild 95 überzeugt schliesslich auch durch seine Konzeption der dynamischen Raumverteidigung.

Ich komme zur Ausbildung und zur Rüstung: Der intellektuelle Teil von «Armee 95» stimmt nach meinem Dafürhalten. Die Nagelprobe des Projektes werden allerdings nicht irgendwelche Schreibtische sein, sondern die Schiessplätze, die Übungsgelände und die Kasernen. Mit anderen Worten: Die Tauglichkeit der «Armee 95» wird von der Realisierung künftiger Rüstungsvorhaben sowie von der Ausbildung abhängen. Genau in diesen zwei Bereichen sind nach meinem Dafürhalten jedoch Schwächen festzustellen.

Ich will an dieser Stelle keine Rüstungsdebatte vom Zaune reissen. Das wurde in den letzten Tagen zur Genüge getan. Aber man muss sich ernsthaft fragen, welchen Wert die «Armee 95» ohne ein modernes Kampfflugzeug überhaupt haben kann. Es ist zurzeit wohl verständlich, aber langfristig nicht ungefährlich, dass der Armee immer weniger Geld zur Verfügung gestellt wird. Dass ihr aber auch noch vorgeschrieben wird, wie sie ihr knappes Geld einzusetzen bzw. nicht einzusetzen hat, spottet nach meinem Dafürhalten jeden Kommentars. Es ist allerdings müssig, hier über Unzulänglichkeiten zu klagen, die sich im Rahmen des Armeeleitbildes nicht direkt korrigieren lassen.

Im Gegensatz zu Rüstung und Finanzen sind Korrekturen am Armeeleitbild betreffend Ausbildung durchaus möglich und, so meine ich, auch notwendig. Die an sich richtigen Zielsetzungen der Ausbildung gemäss Ziffer 714 des Berichtes finden in den Konkretisierungen wenig sachgerechte Konsequenzen. Die Ausbildungskonzeption ist vielleicht auch deshalb etwas weniger überzeugend und lässt mindestens viele Fragen offen, weil sie sich an einseitigen Argumenten der Akzeptanz – an dieser Schwäche leiden wir anscheinend heute überall – orientiert, anstatt vom Ernstfall zu einem unbekannteren, aber durchaus einmal möglichen Zeitpunkt auszugehen. Unbefriedigend in diesem Sinne sind die folgenden Punkte:

Aufgrund des zweijährigen WK-Rhythmus wird ein Absinken des Ausbildungs- und Führungsniveaus kaum zu verhindern sein. Ich stimme hier nicht ganz mit den Ueberlegungen von Kollege Loretan überein. Eine Verkürzung der RS steht im Widerspruch zur Erweiterung des Auftrages und der geforderten grösseren Flexibilität der Armee und der Wehrmänner. Um die notwendige Intensivierung der Ausbildung erreichen zu können, müssen zwingend mehr finanzielle und personelle Mittel in die Ausbildung gesteckt werden. Hier hat Kollege Loretan ja Beispiele aufgezählt. Ich verzichte darauf, sie zu wiederholen. Ich bin genau gleicher Auffassung: Es muss und kann Wesentliches getan werden, damit die Ausbildung, wenn sie verkürzt wird, qualitativ nicht zu kurz kommt. Neben der Rüstungsbotenschaft und der Botschaft für militärische Bauten muss nach meinem Dafürhalten künftig jeweils auch eine spezielle Botschaft über den Ausbildungsbereich vorgelegt werden.

Falls diese Anregungen und Korrekturen des Ausbildungsleitbildes vorgenommen werden und das Volk auch künftighin seine Bereitschaft zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Armee beweisen wird – was ich persönlich glaube –, kann die «Armee 95» realisiert werden. Die Vorarbeiten sind mit diesem Bericht geleistet.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen Zustimmung zum Armeeleitbild 95.

Huber: Man kann wohl sagen, dass die sicherheitspolitischen Vorlagen einander mit hoher Kadenz folgen: Das sicherheitspolitische Leitbild 90, das Rüstungsprogramm 92, das Leitbild «Zivilschutz 95», das Armeeleitbild 95. Das zeigt zum einen, dass auf den raschen Wandel der Bedrohung rasch reagiert wird, und zum andern legt es die Frage nahe, wo wir uns zurzeit befinden. Ich orte und beurteile den Standpunkt der Diskussion zurzeit wie folgt: Wir stehen beim Vollzug des sicherheitspolitischen Leitbildes 90 für die Teile der Gesamtverteidigung; wir stehen vor der Gesetzgebung, in der entschieden wird, währenddem wir jetzt Kenntnis nehmen. Modifikationen

sind bis zum Zeitpunkt der Gesetzgebung aufgrund der Lageentwicklung nötig und möglich. Wir befinden uns vor einer Ueberführung der Armee, vor einer Neuformierung von Verbänden, vor dem Erlass von Reglementen der operativen und taktischen Stufe.

Mit dem sicherheitspolitischen Leitbild 90 haben wir folgende Fragen beantwortet – und zwar positiv – und müssen uns heute damit nicht mehr auseinandersetzen:

1. Wollen wir uns verteidigen?
2. Können wir uns verteidigen?

Wir haben das System der Gesamtverteidigung mit verschiedenen Komponenten, die auch europatauglich sein sollen. Eine Komponente ist die Armee, die wir jetzt und auch in Zukunft brauchen.

Heute geht es ausschliesslich um die Frage, wie diese Armee der Zukunft aussehen muss – das ist das Thema, das in der heutigen Debatte ansteht. Es geht um die Figur, die Struktur der strategisch-defensiven Armee eines Kleinstaates, der neutral ist, seit Jahrhunderten die Gewalt nicht braucht, um seine Interessen durchzusetzen, sondern um seine Bevölkerung und sein Land, die Freiheit des demokratischen Entscheidungsprozesses – den es schon früher gab und nicht erst jetzt gibt, seit neue «Messiasse» der Demokratie aufgetreten sind – vor einem Aggressor zu schützen. Weil das so ist, ist diese Armee auch ethisch legitimiert.

Es ist meiner Meinung nach dem Gesamtbundesrat zu danken, dass er auf Vorschlag des EMD als Kollegialbehörde die notwendigen Entscheide gefällt hat. Was vorliegt, ist ein weiteres Zeichen der Handlungsfähigkeit der Regierung. Die in der Form von betätigten tibetanischen Gebetsmühlen vorgebrachten Anklagen und Beschwerden gegen das EMD sind fehl am Platz, auch wenn sie von betagten Parlamentariern kommen.

Noch ein Wort zu unserer Armeepanung und zur Wirkung, die sie bis über die Jahrhundertwende hinaus haben wird. Ich bin der festen Ueberzeugung, dass man ihr Vertrauen entgegenbringen kann, denn wir haben uns in der Vergangenheit auf den richtigen Krieg vorbereitet. Das ergibt sich mit erdrückender Klarheit aus den Papieren und den Archiven der Nationalen Volksarmee der DDR, aber auch aus dem, was wir aus den Ländern des Warschauer Paktes wissen.

Wir haben einen beachtlichen Vorsprung auf das Ausland. Auch hier ist die Fama falsch – man kann immer wiederholen: sie ist falsch –, man passe sich nicht an. Was ich diesbezüglich im schweizerischen Fernsehen in der «Freitagsrunde» von einer Vertreterin der Sozialdemokratischen Partei gehört habe, hat mich entsetzt. Es gibt Randbedingungen für das Armeeleitbild 95. Randbedingungen sind der Wehrwille des Volkes und der Dienstleistungswille der Truppe. Eine andere Randbedingung bildet das Scheitern der sozialdemokratischen Sicherheitspolitik, die für die Belange des Raumes durch Herrn Rechsteiner, bezüglich der Verbände durch Herrn Bodenmann und bezüglich der Armeeausschaffung über ein Luftschirm-Moratorium durch Herrn Gross Andreas vertreten wird. Eine weitere Voraussetzung für das Gelingen des Armeeleitbildes 95 ist die Zurverfügungstellung genügender finanzieller Mittel. In einem gewissen, nicht immer klaren Sinn ist es schliesslich die Europapolitik. Mir ist es so vorgekommen, dass eine eigentliche «Flucht nach Europa» als Ausrede vor einem Beschaffungsentscheid die sicherheitspolitische Diskussion geprägt hat. Ein österreichischer SPOe-Politiker, der Generalsekretär der Partei, hat zu diesem Thema der «Flucht in die Sicherheitspolitik Europas» wohl in Berücksichtigung des europäischen Versagens in Jugoslawien folgendes ausgeführt: «Es hat wenig Sinn, sich Kleider auszuziehen und dann nackt zu warten auf neue, von denen man nicht weiss, wann sie von wem geliefert werden und wie sie aussehen.» Genau das ist die Situation bezüglich der europäischen Sicherheitspolitik. Ich befürworte einen Beitrag der Schweiz absolut, wenn die Strukturen klar sind, und ich halte dafür, dass das Instrument, das wir jetzt schaffen, europatauglich sein muss. Ich bin aber der Meinung, dass Europa heute keine Ausrede für eine schweizerische Sicherheitspolitik sein darf; denn der Grundauftrag wird bleiben, das Territorium, unsere Heimat, zu verteidigen. Was dazukommt, das kommt dazu, löst nicht an-

deres ab, verlangt ein mehreres und nicht ein wenigeres. Herr Staatssekretär Kellenberger hat richtig gesagt: «Unsere europäischen Partner erwarten, dass wir kein Sicherheitsrisiko und keine sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer werden.»

Nun zu einzelnen Elementen. Die Bedeutung des Armeeleitbildes nach meinem Verständnis: Es ist die umfassendste und tiefgreifendste Reform der schweizerischen Milizarmee seit den Jahren 1870–1874, als der Aargauer Bundesrat Emil Welti – sein Denkmal steht bei mir zu Hause in Zurzach beim Bahnhof – den Schritt von den kantonalen Kontingentsarmeen zur schweizerischen Armee mit einheitlicher Bewaffnung, einheitlicher Ausbildung und einheitlicher Struktur durchsetzte. Indessen darf nicht übersehen werden, dass die Armee sich ständig entwickelte. Ich wiederhole es: Die Fama von der unveränderlichen Armee ist falsch; ich weiss das aus genauer Kenntnis der Vorgänge seit 1952. Ich habe bis heute über fünf Jahre in dieser Armee – auf allen Stufen – Dienst geleistet. Ich darf daher diesen Wandel als erworbenes Wissen und Empfinden und ohne jede Befangenheit bestätigen. Der Bestandesreduktion stimme ich zu; aus demographischen, nicht aus wirtschaftlichen Gründen. Sie entspricht dem Vollzug der europäischen Abrüstung, ist aber auch in bezug auf die Waffenentwicklung gerechtfertigt. Trotzdem fällt es mir schwer, weil damit die Grenzbrigaden aufgelöst werden. Sie haben ihren strategischen und operativen Zweck zwischen 1938 und 1995 erfüllt. Die neue Struktur wird beweisen müssen, dass sie den Auftrag «Kampf ab Landesgrenze» erfüllen kann, dass sie den Menschen in den Grenzräumen Schutz und Sicherheit zu gewähren vermag. Es wäre ein schwerer operativer und politischer Fehler, die Grenzräume nicht mehr abzudecken. Die Zusammenfassung der Kampfstruktur in Festungsregimentern ist das absolute Minimum, das es braucht. Die Strukturelemente: Die originellste Schöpfung ist fraglos die neue Territorialstruktur mit Kampfformationen. Sie entlastet die Feldarmee wirksam von Aufgaben, die uns bisher eine Last waren. Mit dieser innovativen neuen Struktur begegnet man der Gewalt unter der Kriegsschwelle und entspricht damit einem modernen Konfliktbild. Die Beibehaltung der Struktur der Feldarmee in grossen Zügen ist verantwortlich. Zum ersten Mal in unserer Armeegeschichte wird eine echte Armeereserve geschaffen. Sie ist allerdings unvollständig, weil die Kampfhelikopter, die sie braucht, fehlen. Immerhin, ein zukünftiger Oberbefehlshaber wird durch die Diskrepanz zwischen Raum und Kraft beim Mangel an Beständen schwer belastet. Die gefechtstechnische, operative und strategische Flexibilität stellt an die Milizarmee höchste Anforderungen. Entscheidend ist fraglos die Dominanz im Luftraum zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, dort, wo die Entscheidungen fallen sollen. Wer die Modernisierung der Flugwaffe verhindern will, der verhindert die Kampfführung aller anderen Teile der Armee, der zieht auf die Motivation – oder besser: die Demotivation – der Kampftruppe und der Zivilbevölkerung. Er hat aus dem Golfkrieg nur eine Lehre gezogen: so wie die irakischen Divisionen sollen auch die schweizerischen untergehen. Das operative und taktische Modell: Die dynamische Raumverteidigung ersetzt die Abwehr; sie will nicht die zeitgewinnende Verzögerung, sondern sie will den Sieg. Man will, um es mit einem Beispiel aus der Kriegsgeschichte zu sagen, zurück von Guisan, Ernst und Zumstein geradewegs zu Clausewitz und Moltke. Ich merke an, dass gerade die Milizarmee vor immensen Aufgaben stehen wird. Das Zusammenwirken von Statik, Dynamik und Feuer fordert Führung der Truppe. Manchmal frage ich mich, ob sie diese Komplexität nicht überfordert. Dazu kommt, dass unser grosser Vorteil, die intime Kenntnis der Räume, in denen gekämpft wird, nicht mehr vorhanden ist. Der Verzicht auf Sprengobjekte und Sperrstellungen ist zudem fatal und falsch.

Der Abschnitt Ausbildung gibt zu vielen Diskussionen Anlass. Ich bedaure ausdrücklich, dass Ausbildungszeiten preisgegeben werden. Damit wird eine neue Hektik und werden neue Halbheiten Einzug halten. Andererseits behebt die neue Ausbildung der Unteroffiziere einen der gravierenden Mängel unserer Armee. Sehr zu begrüssen ist das System der altersmässig gemischten Einheiten. Es dient der Stärkung und nutzt die altersmässigen Fähigkeiten optimal. Ich verkenne nicht, dass

bei rechtzeitiger Mobilisierung – das ist uns zwar noch nie gelungen – Ausbildung nachgeholt werden könnte. Wenn es in Zukunft einmal gelingen müsste, dann wäre die Ausbildung nachzuholen, in Konkurrenz mit der Erstellung von Festbefestigungen und Unterständen, ohne die man massives Feuer nicht überleben kann und überleben wird.

Das Armeeleitbild 95 ist am Auftrag der Armee zu messen: Friedensförderung, Kriegsverhinderung durch Dissuasion, Verteidigung des Landes, Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung. Wenn es gelingt, die erwähnten Randbedingungen zu realisieren, besonders die Kriegstauglichkeit von Führung und Truppe als Ziel zu erreichen, erachte ich das Modell trotz einiger Skepsis als tauglich. Weitere Verbesserungen im Konzeptionellen, im Ausbildungsabschnitt, aber auch im logistischen Teil werden nötig sein. Ich traue der Aussage ausdrücklich nicht, dass sich die Reserven und Vorräte an Geräten, Munition, Treibstoff usw., wie sie im Armeeleitbild angesprochen sind, realisieren lassen. Im Gegenteil, man wird mit dem neuen Konzept von allen drei Gütern mehr brauchen.

Der zivilen und der militärischen Führung obliegt es jetzt, durch eine redliche Informationsarbeit neben der Öffentlichkeit auch die Truppe von der Notwendigkeit und der Nützlichkeit des Neuen zu überzeugen. Viele werden sich mit den Änderungen schwertun. Das, Herr Bundesrat, spricht nicht gegen Sie, sondern für eine gesunde Verbundenheit von Vorgesetzten und Kameraden in den Formationen. Zur bestehenden Verunsicherung treten ja gezielte und gewollte Verunsicherungen; ihnen kann nur mit besseren Argumenten und grosser Offenheit begegnet werden. Ich wünsche Ihnen und uns, dem Land und der Armee, dass Ihr Reformschwung und derjenige Ihrer Mitarbeiter dazu führt, einen verfassungsmässigen Hauptauftrag des Bundes in einer schwierigen Zukunft zu realisieren.

Plattner: Sie werden es verstehen, wenn ich versuchen werde, hier einen gewissen Kontrapunkt zu dem zu setzen, was schon gesagt worden ist. Kollege Loretan hat darauf hingewiesen, dass von diesem Sitz aus in der Vergangenheit nicht so argumentiert wurde, wie ich das jetzt tun werde. Ich kann dazu nur sagen: Tempora mutantur, nos et mutamur in illis, oder zu deutsch: Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen. Ich will Ihnen also den heutigen Stand der Diskussionen in Basel-Stadt darlegen. Natürlich weiss ich, dass Basel-Stadt hier – und in der ganzen Schweiz – oft als exotisch empfunden wird, aber oft ist es eben auch ein Vordenker für Dinge, die dann einmal Realität werden.

Es geht heute um die Kenntnisnahme des Armeeleitbildes 95. Die Diskussion über das Armeeleitbild und die dahinter stehende Sicherheitspolitik wird ja schon lange geführt; schon in den Jahren 1988/89 im Zusammenhang mit der GSoA-Armeearbeitsabschaffungs-Initiative, aber natürlich auch im Zusammenhang mit der F/A-18-Debatte der letzten Wochen und Monate. Das Armeeleitbild 95 wird durch unsere Diskussion nicht anders werden. Die einzige Möglichkeit, es zu ändern, wäre wohl, wenn das Volk zur zweiten GSoA-Initiative ja sagen würde; dann wäre allerdings eine Umformulierung nötig. Sie wissen: Das Armeeleitbild, wie es vorliegt, und die F/A-18-Beschaffung hängen eng zusammen. Damit ist das Armeeleitbild politisch in Frage gestellt; man wird jetzt ein Jahr warten müssen, um zu sehen, was mit ihm geschieht.

Ich möchte hier nichts dagegenhalten, sondern darlegen, wie ein Armeeleitbild meiner Meinung nach auszusehen hätte – vielleicht das Armeeleitbild 2000. Es wäre ein Leitbild, wie es sich viele der Leute denken, die grundsätzlich gegen die Beschaffung des F/A-18, aber nicht grundsätzlich gegen die Armee sind. Es ist mein Ziel, bei Ihnen Verständnis für diese Position zu wecken.

Was soll ein Armeeleitbild? Es soll darlegen, wie der militärische Teil der staatlichen Sicherheitspolitik ausgestaltet werden muss. Damit ist ein Armeeleitbild notwendiger- und richtigerweise stark vom Sicherheitsleitbild abhängig, das dahinter steht.

Beim vorliegenden Armeeleitbild 95 kennen Sie das Sicherheitsleitbild, es ist der Bericht 90, den uns der Bundesrat vor zwei Jahren vorgelegt hat. Nun existieren aber zweifellos Diffe-

renzen – schon auf dem Niveau des Sicherheitsleitbildes – zwischen der Auffassung, die der Bundesrat vertreten hat und die die Parlamentsmehrheit auch gestützt hat, und jener Auffassung, die weite Teile der Bevölkerung vertreten, nicht so explizit, nicht so wohlbegründet, aber mit nicht weniger Ueberzeugung. Es ist die Differenz zwischen Traditionalisten und Neuerern, also jenen, die etwa so weitermachen wie bisher, weil Sie gelernt haben, dass es gut war, und jenen, die denken, man müsse heute wirklich anders arbeiten und reagieren. Dabei geht es vor allem um Gewichtungfragen in den Anstrengungen, die der Staat zu seiner Sicherheit unternimmt. Es geht um das Gewicht, das die militärische Sicherheit einerseits und die umfassende Existenzsicherung andererseits haben sollen. Auf der einen Seite also die Vorbereitung der Abwehr gegen gewaltsam vorgetragene Bedrohungen durch andere Menschengruppen – was man die klassische militärische Verteidigung nennen kann –, auf der anderen Seite eine umfassende Vorsorge für das Wohlergehen, allenfalls das Ueberleben aller Mitglieder der Gesellschaft, und die ist heute angesichts struktureller, ökologischer und sozialer Bedrohung eigentlich global. Ich möchte das mit dem Stichwort Existenzvorsorge bezeichnen. Diese beiden Seiten der Sicherheitspolitik, die militärische Verteidigung und die Existenzvorsorge, müssen in ein Gleichgewicht gebracht werden. Gerade über die Frage, wie diese Gewichtung aussehen sollte, ändern sich eben die Ideen mit der Zeit, Herr Loretan, Herr Huber, Herr Uhlmann.

Beide Seiten in dieser Diskussion – Sie wie die Seite, die ich hier zu vertreten versuche – sind so weit, dass sie grundsätzlich anerkennen, dass auch der gegnerische Standpunkt richtige Elemente enthält. Beide sind sich einig, dass es beides braucht. Es braucht militärische Verteidigung, und es braucht Existenzvorsorge. Die Gewichtung ist der Streitpunkt. Es ist das Wieviel und nicht das Ob! Es geht für mich und die Leute, die ich hier zu vertreten versuche, nicht darum, dass man überhaupt keine Armee hat, sondern darum, wie sie aussehen soll, wie gross sie sein soll, welchen Effort wir in sie hineinstecken müssen, verglichen mit den anderen Problemen. Ich bitte Sie, daran zu denken, denn nur so ist das Gespräch möglich, und nur so werden nicht einfach Mauern aufgebaut zwischen Leuten, die einander nicht zuhören wollen.

Dieser Streit, den ich zu schildern versucht habe, ist ein Generationenstreit. Die Vox-Analyse der ersten GSoA-Abstimmung hat sehr deutlich gezeigt, dass die Meinungen zu dieser Frage fast mit dem Generationenwechsel übereinstimmen. Jüngere Menschen denken in diesen Fragen ganz einfach anders. Ihr Weltbild ist nicht geprägt durch den Zweiten Weltkrieg oder durch den Eisernen Vorhang, sondern durch die erlebten ökologischen Bedrohungen, durch das Nord-Süd-Gefälle, durch globale Fragen.

Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Perspektive der jüngeren Generation ist «Rio 92», die der mittleren Generation die «Expo 64» und die der älteren die «Landi 39». Wenn Sie sich alle drei Sachen angeschaut haben, dann wissen Sie, dass da enorme Differenzen bestehen. Sie dürfen es den jüngeren Leuten nicht übelnehmen, dass sie anders denken als Sie; sie müssen das!

«Rio 92» als Perspektive: Was heisst das? Die Zeitungen sind voll davon. Das heisst, dass die jungen Leute eine rasch und exponentiell zunehmende existentielle Bedrohung erleben und erfahren und vor ihr Angst haben. Diese existentielle Bedrohung entsteht nicht primär durch die Gewaltanwendung der Nachbarn, im Gegenteil, die Nachbarn sind uns gegenüber im Moment eigentlich recht friedfertig, sondern sie entsteht durch den drohenden totalen Verlust der Lebensgrundlagen der gesamten menschlichen Gesellschaft.

Die Gewaltanwendung, für deren Abwehr die Armee zuständig ist, ist nur die Sekundärfolge in diesem Bild. Die militärische Sicherheitspolitik ist somit nur Symptombekämpfung. Sie bekämpft die Symptome, die durch die Gewaltanwendungen entstehen, aber diese Gewaltanwendungen entstehen ihrerseits durch den Verlust der Lebensgrundlagen. Also ist die militärische Lösung, die Verteidigungspolitik, in den Augen dieser Leute immer eine «End of pipe-Solution». Im Umweltschutz ist man dabei, von den «End of pipe-Solutions» abzukommen:

vielleicht müsste man das auch in der Gesellschaftspolitik als Ganzes tun.

Mich erinnert eine zu grosse, zu starke Armee- und Verteidigungspolitik an das Verbarrikadieren der Wohnung im brennenden Haus, um dieses Bild zu brauchen. Man macht die Grenzen zu und versucht, sich in seinen eigenen vier Wänden zu verbarrikadieren, dabei brennt rundherum der ganze Globus ab. Das schützt einen vielleicht kurzfristig vor den in Schrecken fliehenden Nachbarn, aber mittelfristig – da werden Sie mir zustimmen – ist es das Dummste, was man tun kann; löschen wäre besser. Das ist eben die Perspektive, die «Rio 92» bringen soll und hoffentlich bringt, und das ist die Perspektive, die die jüngere Generation hat.

Aus dieser Perspektive besteht kluge Sicherheitspolitik nicht darin, dass man Waffen für 6000 Millionen Franken pro Jahr kauft, wie die Schweiz das tut, und dann für die Ausbildung und das Training noch einmal rund 6000 Millionen Franken an volkswirtschaftlichen Kosten zuschiesst, sondern kluge Sicherheitspolitik aus dieser Sicht wäre schwergewichtig eine umfassende ökologische und soziale Friedenspolitik in der Zweiten und Dritten Welt, eben «Rio 92». Die Leute sagen: Was könnte man in der Welt alles tun für 12 Milliarden Franken pro Jahr! Ich setze das in Bezug zu den 150 Milliarden Franken Finanztransfer Nord-Süd, welche am Rio-Gipfel jetzt gefordert werden und welche als vollkommen unmöglich bezeichnet wurden. 12 Milliarden Franken geben wir für eine Sicherheitspolitik aus. Müssen wir soviel ausgeben? Kann man da nicht Gewichte verschieben? Könnte man nicht in die Bekämpfung der Armut und der Umweltzerstörung in der Dritten Welt investieren? Und könnte man nicht volkswirtschaftliche Kosten auf sich nehmen durch Ausrüstung, Ausbildung und Unterhalt eines Korps von Leuten, die in einem echten, umfassenden Friedens- und Gemeinschaftsdienst arbeiten? Das ist etwa die Vision. Kurz: Der Einsatz der Mittel soll nach dieser Vision nicht für die nationale Sicherheit der Schweiz, sondern für die kollektive Sicherheit der Menschheit eingesetzt werden. Kollektive Sicherheit heisst: Die gleiche existentielle Sicherheit für alle, Sicherheit vor Armut, vor Umweltkatastrophen und vor der dann notwendigerweise folgenden Gewalt, nicht nur Sicherheit für uns. Die nationale Sicherheit ist in diesem Bild nur in kollektiver Sicherheit längerfristig überhaupt denkbar. Ich nehme an, darin sind Sie mit mir einig: In einem brennenden Haus kann man sich nicht in der Wohnung verbarrikadieren. Es ist allemal besser, den Brand des Hauses zu löschen.

In der Perspektive, die ich jetzt genannt habe, die zweifellos visionär ist – es ist auch meine Perspektive, die ich hier stellvertretend darlege –, existiert eine Armee. Es ist mir wichtig, dass Sie das begreifen. Es ist nicht eine armeefreie Situation, sondern eine in der eine Armee existiert.

Das Armeeleitbild 2000 – das ich Ihnen jetzt in aller Kürze skizzieren möchte – soll Ihnen zeigen, wie diese Armee aussehen müsste. Ich würde fünf strategische Ziele setzen:

1. Zuerst und vor allem müsste man einen umfassenden Friedens- und Gemeinschaftsdienst einrichten. Der Zivildienstartikel, der jetzt in der Verfassung steht, könnte ein Anfang für so etwas sein. Aber das ist sicher nicht genug. Die Armee wäre ein Arm dieses Dienstes, der defensive militärische Verteidigungsarm, sie wäre ein Teil eines Grösseren.
2. Diese Armee müsste eine hinreichende Fähigkeit zum Schutz der eigenen Bevölkerung und der sehr verletzlichen technischen Gesellschaft vor bürgerkriegsähnlichen Konflikten haben, wie sie jetzt von allen meinen Vorrednern zur Lage in Europa angesprochen worden sind. Diese Konflikte existieren, sie werden zunehmen, dagegen muss man sich schützen können. Hinreichende Verteidigungsfähigkeit heisst aber nicht eine selbstzerstörerische Kriegsführung. Wir müssen bedenken, wo wir verteidigen müssen: In einer Umgebung mit Chemiefabriken, mit Kernkraftwerken, mit Erdöllagern, mit Staudämmen, mit unersetzbaren Altstädten und Kunstdenkmälern. Wir können also nicht einfach sozusagen mit dem groben Pflug, den hochtechnischen Mitteln, die wir haben, darüber hinwegfahren; sondern wir müssen in der Lage sein, eine hinreichende, adäquate Kriegsführung zu tätigen.
3. Diese Armee müsste einen subsidiären Schutz der Bevölkerung und der verletzlichen Gesellschaft vor von aussen in die

Schweiz getragenen Gefährdungen der Sicherheit garantieren – subsidiär zu den Polizeikräften. Sie müsste also internationale Konferenzen schützen können – da ist die Polizei überfordert –, sie müsste Flugplätze schützen können, sie müsste mithelfen können, gegen politische und andere Erpressungen durch Attentatsdrohungen und Terrorismus vorzugehen.

4. Die Armee müsste eine grosszügige Katastrophenhilfe im In- und Ausland leisten können.

5. Sie müsste eine umfassende Mitwirkung in friedenserhaltenden, multilateralen Blauhelm-Expeditionen ermöglichen. Das wären die fünf strategischen Ziele für eine Sicherheitspolitik und eine Armee, welche die heutige ersetzen müsste. Daraus leite ich acht Forderungen ab. Sie mögen nun sagen, das sei falsch. Aber hören Sie sich diese einmal an. Ich denke, dies wäre etwa nötig:

Eine halb so grosse Armee, was die Finanzen angeht, weil man eben doch auf gewisse High-Tech-Ausrüstungen verzichten kann und die Armee gleichzeitig – das wäre der zweite Punkt – drastisch verkleinern müsste: nicht nur von 600 000 auf 400 000 Mann, sondern vielleicht auf 200 000 oder 150 000 Mann – Mann habe ich gesagt, nicht Frauen. Ich bin auch der Meinung, dass die Militarisierung der Gesellschaft durch Einbezug der Frauen absolut sinnwidrig wäre.

Ich stelle mir auf jeden Fall ein Milizsystem vor, keine Berufsarmee, mit etwa 200 Tagen Dienstzeit, die konzentriert in einer Lebensphase abgeleistet werden könnten, beispielsweise bis 30 oder 35.

Ich stelle mir vor, dass man die Aushebung zum Militär parallel zu jener in den Friedens- und Gemeinschaftsdienst führen müsste und dass man die Leute vorab nach ihren Fähigkeiten und ihren Neigungen einteilen sollte. Also eine gemeinsame Aushebung für den Verteidigungsarm und den anderen Arm des Gemeinschaftsdienstes nach Fähigkeiten und Neigungen.

Die Rüstung sehe ich mit grossem Schwerpunkt bei Infanteriewaffen, Schützenpanzern, Artillerie, Flieger- und Panzerabwehrwaffen, vermutlich Lenkwaffen, vor allem, was die Luftabwehr angeht – ich habe das schon vor einigen Wochen hier dargelegt. Helikopter gehörten sicher dazu, vielleicht auch eine Luftwaffe für luftpolizeiliche Aufgaben, etwa im Stil unserer heutigen Luftwaffe, mit besserer Ausrüstung, was Radar und Nachtsicht angeht, aber nicht eine hochtechnisierte Luftkreuzflotte.

Weiter müssten meiner Meinung nach einige alte Zöpfe fallen. Die Militärjustiz als Separatjustiz halte ich für kontraproduktiv. Das «Obligatorische» halte ich auch nicht für sehr produktiv. Ich denke, das sind Militarisierungstendenzen, auf die man heute verzichten könnte.

Der letzte Punkt wäre – das scheint mir als Möglichkeit für die Identifikation der Bevölkerung mit der Armee wichtig –, dass die Armee nicht ausserhalb des Umwelt- und Raumplanungsrechtes steht, sondern dass sie in Friedenszeiten unter das nationale und allenfalls kantonale Umwelt- und Raumplanungsrecht gehört. In Kriegszeiten kümmert sich selbstverständlich niemand darum.

Das wäre eine Skizze einer Strategie und einer Armee, welche von der jungen Generation in ihrer überwiegenden Mehrheit getragen werden könnte. Ich bin sicher, dass es die einzig mögliche Armee der Zukunft ist und dass es sich lohnt, darüber zu reden; denn in der Schweiz gilt ja, dass eine Armee, die vom Volk nicht getragen wird, auf die Dauer nicht haltbar ist. Wir spüren das gerade in dieser Zeit besonders gut. Wenn also die jungen Leute so denken – es ist meine Meinung, dass sie das tun –, dann müsste sich die Armee in dieser Richtung entwickeln.

Mein Armeeleitbild 2000, das ich hier skizziert habe, steht heute nicht zur Debatte. Ich kenne die Differenzen, ich brauche sie Ihnen nicht noch einmal darzulegen. Ich möchte Ihnen dennoch sagen, dass ich vom Armeeleitbild 95 nicht einfach nur enttäuscht bin. Ich bin erstens Realist und anerkenne, dass mit diesem Armeeleitbild 95 zusammen mit der Einführung des Zivildienstes auf der konzeptionellen, grundsätzlichen Ebene ein Schritt in die richtige Richtung getan worden ist. Es ist etwas in Bewegung geraten, das mir und anderen jahrzehntelang eigentlich unverrückbar schien, wie es Kollege

Huber gesagt hat. Die Armee wandelt sich – jetzt vielleicht gerade besonders rasch. Als Physiker würde ich sagen: Es ist ein Quantensprung im EMD passiert. Ich weiss als Physiker, dass das kleine Effekte sind, aber sie sind eben sehr wesentlich.

Das Armeeleitbild 95 hat auch in meinen Augen Qualitäten. Erstens einmal wird die Armee kleiner, wenn auch nicht soviel kleiner, wie ich das gerne hätte. Das Milizsystem bleibt erhalten, was ich für ausserordentlich wichtig halte. Ich kann mir die Schweiz mit einem Nichtmilizsystem nicht vorstellen. Das wäre ganz gegen meine Auffassung einer Armee in der Schweiz überhaupt. Die Dienstzeit ist konzentriert; sie wird etwas verkürzt. Die Heeresklassen werden aufgehoben. Ich hatte das Glück, in einer Einheit Dienst zu tun, wo die Heeresklassen gar nicht existierten, nämlich im Flieger-, Beobachtungs- und Meldedienst, und ich weiss, dass die Altersdurchmischung die Motivation und die Moral der Truppe und des Kadets entscheidend fördert. Besonders auf die alltägliche Vernunft, z. B. die Tagesbefehle, wirkt sie sich positiv aus. Man macht mit alten Leuten nicht dasselbe wie mit jungen und umgekehrt.

Es gibt im neuen Armeeleitbild Beiträge der Armee an die Friedensförderung, ein Extrakorps für Blauhelmaktionen. Das finde ich sehr gut. Es gibt Beiträge für die allgemeine Existenzsicherung. Wenn sie auch klein und ungenügend sind, sind sie doch hoffnungsvoll und eigentlich mutig in einem Land, das noch vor kurzem – man bedenke es – den Uno-Beitritt abgelehnt hat.

Sicher hat die Armee reform, die hier geplant wird, auch noch andere, technische Qualitäten, aber als in der Hierarchie vermutlich zuunterst stehender Ständerat, was die militärische Funktion betrifft, als Hilfsdienstler der Funktionsstufe 5, wage ich zu den technischen Aspekten der Armee reform nichts zu sagen.

Ich stelle mir vor, Herr Bundesrat Villiger, dass diese positiven Veränderungen der Armeekonzeption im EMD nicht ohne weiteres durchgesetzt werden könnten, dass Sie auf beträchtlichen Widerstand gestossen sein müssen, und ich stelle mir auch vor, dass ihre Durchsetzung bei der Truppe und dem oberen Kader noch sehr viel Ueberzeugungsarbeit erfordern wird. In diesem Sinne möchte ich Ihnen und all jenen danken, die diese Veränderungen durchgesetzt haben und ihre Umsetzung nun auch durchziehen wollen.

Ich bin jedoch noch keineswegs zufrieden; ich stelle weitere Forderungen. Ich hoffe auf eine völlige Abkehr vom Konzept der Rundumverteidigung, der mir das neue Armeeleitbild immer noch verhaftet erscheint. Das europäische Umfeld scheint mir das nicht zu rechtfertigen. Ich wünsche mir ein grundsätzliches Umdenken zu einem von der nationalen Sicherheit geprägten Armeebild, zu einem von der kollektiven Sicherheit der ganzen Menschheit geprägten Bild.

Trotzdem, Herr Bundesrat Villiger, danke ich Ihnen für die grosse administrative und politische Leistung, die Sie meines Erachtens mit diesem Armeeleitbild 95 vollbracht haben. Der angesichts der Probleme noch kleine Schritt ist wohl aus der Sicht der Verwaltung und der Armee selbst schon ein sehr grosser. Ich wünsche Ihnen die Einsicht, dass noch weit tiefer greifende Reformen nötig sind. Ich wünsche Ihnen den Mut, diese auch an die Hand zu nehmen, und ich wünsche Ihnen die Kraft, sie dann auch noch durchzusetzen.

In diesem Sinn nehme ich Kenntnis vom Armeeleitbild 95. Der Abschreibung der hängigen Postulate und Motionen stimme ich im übrigen zu.

On. Morniroli: Dopo le parole del collega Plattner – direi quasi a sfondo etico e morale e di politica generale con visioni per il futuro – vorrei tornare più concretamente sul «Armeeleitbild 95».

Voglio ringraziare i signori che hanno lavorato con impegno per presentare non soltanto le opzioni per la riforma del nostro esercito, ma pure un dettagliato concetto per il suo impiego nei prossimi anni in sostituzione di quello del 6 giugno 1966.

Mit der Aussage auf Seite 28 der Botschaft bin ich voll einverstanden: «Zur Zeit besteht für die Schweiz keine Veranlassung, von der sicherheitspolitischen Strategie der bewaffne-

ten Neutralität abzugehen.» Ich möchte sogar noch weiter gehen und behaupten, dass ein Verzicht auf unsere bewaffnete Neutralität nicht in Frage kommt, solange keine europäischen Streitkräfte existieren – sei es in der Form eines Euro-Heeres oder nach dem Modell der Nato –, welche alle Länder des Kontinentes schützen, inklusive die Schweiz.

Als sehr positiv werte ich, dass auch jüngere Offiziere in die Bearbeitung des Armeeleitbildes einbezogen worden sind. Es wäre aber wünschenswert gewesen, dass man den Mut eingebracht hätte, die zukünftigen Kommandanten der grossen Verbände schon jetzt zu bestimmen und ihnen die Verantwortung für das Armeeleitbild zu übertragen, da es ja diese Herren sein werden, die mit der neuen Armee zu arbeiten haben.

Ich weiss, dass die Variante eines kleinen stehenden Heeres unter Beibehaltung des Gros als Milizarmee evaluiert worden ist. Ich bedaure es, dass man diese Möglichkeit dann ausgeschlossen hat. Ich bin auch heute noch der Meinung, dass eine flexible Lösung die Erreichung eines solchen Modells ermöglicht hätte. Man hätte den jungen Männern zwei Varianten offerieren können: Absolvierung der Dienstpflicht ununterbrochen während zehn bis zwölf Monaten oder traditionell mit Rekrutenschule und Wiederholungskursen. Die proportionale Verteilung nach Bedarf hätte durch entsprechende Aushebungskriterien gesteuert werden können. Wir hätten so über einen Pikett- und Notfallverband verfügen können, ich denke etwa in der Grösse einer verstärkten Brigade. Dies hätte die Realisation der flankierenden Massnahmen der umfassenden Einsatzkonzeption erleichtert, welche im Bericht dargestellt sind, nämlich der angemessenen permanenten Bereitschaft der Führung, der Schaffung zusätzlicher Bereitschafts- und Alarmformationen sowie der Erweiterung der vorsorglichen Massnahmen und der Teilmobilmachungsfälle.

Was ich im Bericht vermisse, ist zumindest ein Hinweis auf die Nachrichtenbeschaffung. Jeder Offizier weiss, dass Führung ohne Informationen absolut unmöglich ist. Es kann sein, dass mir ein solcher Hinweis entgangen ist, was bedeuten würde, dass dieser irgendwo kleingedruckt im Bericht integriert ist. Ich gestatte mir hier, kurz eine Frage einzuflechten, die nicht direkt das Armeeleitbild berührt, jedoch aktuell ist. Weiss man schon, oder beabsichtigt man abzuklären, wie in der Schweiz benachbarten Staaten Beiträge zur Finanzierung linksextremer Parteien durch die Ex-Sowjetunion entrichtet worden sind?

Die Lösungen, die wegen der Vorgabe der Reduktion der Bestände zu suchen waren, lassen sich durchaus vertreten. Ich hatte selber die Gelegenheit, an der Front, d. h. im Stab des GebAK 3 bei Stabsübungen, verschiedene Varianten mit den neuen reduzierten Beständen durchzuspielen, gegeneinander abzuwägen und den bestmöglichen Kompromiss zu suchen; denn ohne Kompromisse wäre es nicht möglich gewesen, die Armeebestände um ein Drittel zu senken. In allen Bereichen mussten Abstriche akzeptiert werden.

Auf meine präzise Anfrage im Rahmen der Sicherheitspolitischen Kommission wurde die Meinung geäussert, dass das Armeeleitbild 95 ohne das neue Kampfflugzeug F/A-18 nicht realisiert werden könne. Man könne nicht gegen das neue Kampfflugzeug und gleichzeitig für das Armeeleitbild sein. Diese Behauptung möchte ich in aller Form bestreiten. Die Aussage auf Seite 17 des Berichts: «Die Kontrolle, die Ueberwachung und der Schutz des Luftraumes sind von erhöhter Bedeutung», ist zwar zutreffend. Ich glaube aber, dass dieses Ziel ohne den F/A-18 nur kurzfristig nicht erreicht werden kann. Auf Seite 15 des Berichts finden sich folgende Aussagen: «Ein umfassender Krieg in Europa, mit dem bis anhin gerechnet werden musste, ist zur Zeit unwahrscheinlich», und weiter unten: «Andererseits scheint die Gesamtentwicklung, zumindest in Europa, tendenziell einen günstigen Verlauf zu nehmen.

.... Zwar ist ein Rückfall in alte Zustände kaum zu erwarten. Es könnten sich aber neue, noch schwer fassbare Konstellationen ergeben, die umfassende Gefahren in sich bergen.» Ich wiederhole meine – schon während der F/A-18-Debatte zum Ausdruck gebrachte – Ueberzeugung, dass gegenwärtig kein Zeitdruck besteht. Damals habe ich auf die Anti-Flugzeug-Stimmung in unserer Bevölkerung hingewiesen und zudem davor gewarnt, die GSoA-Initiative zu unterschätzen. Dass ich

die letzte Woche vom Nationalrat gewählte Kompromisslösung als sehr schlecht und gefährlich beurteile, möchte ich hier nur in Klammer erwähnen. Ich wiederhole: Es besteht kein Zeitdruck, und dies gestattet eine Ueberprüfung der Optionen im Bereiche des in der umfassenden Einsatzkonzeption festgelegten Grundsatzes der Wahrung der Lufthoheit.

In diesem Zusammenhang, wie auch auf Seite 39 des Berichts erwähnt, muss den neuen Dimensionen der Sicherheitspolitik Rechnung getragen werden. Diese ergeben sich aus der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und insbesondere von ballistischen Raketen. Gerade diese kämen in einer ersten Phase einer militärischen Operation gegen unser Land zum Zuge und könnten uns in die Knie zwingen, bevor unsere Armee inklusive neues Kampfflugzeug auch nur einen Schuss abfeuern könnte. Solche Mittel könnten auch zur Erpressung unserer Behörden verwendet werden, und zwar nicht nur von anderen Staaten, sondern auch von internationalen Verbrecherorganisationen, welche sich heute solche Offensivwaffen finanziell leisten und auf dem Markt auch kaufen können. Ich weise in diesem Zusammenhang auf eine technische Möglichkeit hin, und zwar auf das GPS (Global Position System), von der US-Army für Satelliten entwickelt und jetzt für die kommerzielle Benützung freigegeben. Für 2500 Franken kann heute jedermann ein Navigationsgerät kaufen, das GPS anpeilt. Sie können es im Schaufenster bei Kilchenmann – gegenüber dem Hotel «Bellevue» – besichtigen.

Theoretisch vorstellbar ist, dass man mit diesem Gerät mit Leichtigkeit eine Lenkwaffe mit einer Autonavigation ausrüsten kann. Bedrohungen dieser Tragweite und dieser Art können wir allein nicht bewältigen, was deutlich aus dem letzten Abschnitt von Ziffer 563 auf Seite 85 des Berichtes hervorgeht: «Weitreichende Boden-Boden-Lenk Waffen werden auf absehbare Zeit weder mit Flugzeugen noch mit Fliegerabwehrmitteln wirksam abgewehrt werden können. Deshalb kommt den Schutzvorkehrungen eine erhöhte Bedeutung zu.» Diese beiden Sätze hätten eigentlich am Anfang des Berichtes in das Kapitel «Lage und Aufträge» eingefügt werden sollen, denn diese Art von Gefahr stellt die wahrscheinlichste kurzfristig mögliche militärische Bedrohung für unser Land dar. Man ist sich der Ohnmacht gegenüber diesen Mitteln voll bewusst, verdrängt aber diese Realität und beschränkt sich darauf, den Schutzvorkehrungen eine erhöhte Bedeutung zuzumessen.

Auf Seite 28 des Berichtes wird zwar darauf hingewiesen, dass sich die europäischen Staaten wie die Schweiz Sicherheitsproblemen gegenübergestellt sehen, die sie nur gemeinsam lösen können – diese Aussage ist von immenser Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Daraus aber müssen unbedingt die Konsequenzen gezogen werden, und zwar schon heute. Einer passiven Einstellung ziehe ich ein aktives Handeln vor. Es müssen Lösungen im Bereiche der internationalen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit angestrebt werden. Wir wissen, dass Boden-Boden-Lenk Waffen in einer näheren bis mittelfristigen Zukunft nur durch das gerade zu diesem Zwecke geschaffene militärische US-Satelliten-Ueberwachungssystem effizient bekämpft werden können. Diese neuartige, nur den USA und indirekt der Nato zur Verfügung stehende Technologie gestattet es, eine Rakete schon beim Abschuss zu orten und nach wenigen Sekunden an Ort und Stelle zu zerstören. Dies ist von entscheidender Bedeutung, wenn man bedenkt, dass diese Raketen mit einem A- oder C-Kopf bestückt werden können.

Ein Anschluss an die USA und die Nato muss gesucht werden, wobei die Opportunität eines Nato-Beitritts oder einer andern sicherheitspolitischen Bündnisform zu erwägen ist. Hierbei ist natürlich die Kompatibilität mit Artikel 2 der Bundesverfassung und mit dem Grundsatz der Neutralität abzuklären. Gerade solche militärpolitische Ueberlegungen müssen meines Erachtens in die Ueberarbeitung des Flieger- und Fliegerabwehrkonzeptes integriert werden. Soweit zum Schutze des Luftraumes.

Wenn der F/A-18 nicht angeschafft werden kann, darf das Armeeleitbild 95 auch aus andern Gründen nicht einfach schubladiert werden. Die neue Armee soll ja durch ihre Multifunktionalität geprägt werden, und den zwei Zusatzaufträgen wird grosses Gewicht beigemessen:

1. Aufgaben im Bereiche der Friedensförderung;
2. Einsätze der Armee zum Schutz der eigenen Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen vor den Auswirkungen sowohl kriegerischer als auch nicht kriegsbedingter Katastrophen, also zur sogenannten Existenzsicherung. Diese Aufträge bestehen und können auch ohne neues Kampfflugzeug erfüllt werden.

Das gleiche gilt für die in der Botschaft erwähnte Unterstützung ziviler Behörden in ausserordentlichen Lagen, insbesondere zur Bewältigung von Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle; dies als unverzichtbare Beitrag zur Aufrechterhaltung der verfassungsmässigen Ordnung im Innern. Gerade diesem Auftrag ist heute prioritäre Bedeutung zuzumessen. Sind heute – wie gesagt – militärische Bedrohungsszenarien, denen wir allein mit unserer Armee entgegenzutreten können, wenig wahrscheinlich, müssen wir hingegen mit unmittelbaren Bedrohungen rechnen, die sich aus der Möglichkeit grosser Flüchtlings- und Migrationsströme ergeben, wie auch aufgrund des Terrorismus, der wachsenden Macht der Drogenkartelle und des organisierten Verbrechenums, des illegalen Waffen- und Technologiehandels oder der grenzüberschreitenden Umweltzerstörung. Ich denke hier an die zahlreichen Kraftwerke im Osten, die über keine adäquaten Sicherheitsinstallationen verfügen und bereits durch eine Mörsergranate in neue «Tschernobyls» verwandelt werden können.

Wir brauchen also die neue Armee entsprechend dem Armeeleitbild 95. Wir brauchen sie sofort, um für die unmittelbar bestehenden Bedrohungsszenarien gerüstet zu sein, für die der F/A-18 nicht notwendig ist.

Wir haben Zeit, den Schutz des Luftraumes neu zu konzipieren, da echte Kriegsszenarien in den nächsten Jahren als sehr unwahrscheinlich zu bewerten sind.

Ich fasse zusammen: Das Armeeleitbild 95 muss auch ohne die sofortige Anschaffung eines neuen Kampfflugzeuges durchgezogen werden. Das Flieger- und Fliegerabwehrkonzept muss neu überdacht werden, wobei Möglichkeiten und Opportunität von sicherheitspolitischen Verträgen mit andern Staaten und der Nato abzuklären sind, unter der Erweiterung des Postulates der Sicherheitspolitischen Kommission «Frühwarnung und Führung im Bereich Luftverteidigung» vom 4. März 1992, das lediglich von einer Zusammenarbeit mit europäischen Staaten spricht. Gleichzeitig ist die Evaluation eines neuen Kampfflugzeuges in Angriff zu nehmen, damit eine Anschaffung spätestens, wenn alles wirklich schlecht verlaufen sollte, im Jahre 2000 möglich wird. Die Evaluation des F/A-18 hat ja schliesslich auch sieben Jahre gedauert.

Ich bitte den Bundesrat, meine Anregungen wohlwollend entgegenzunehmen und zu prüfen.

Schoch: Ich möchte zum Armeeleitbild 95 vier Gedanken äussern:

1. Ich will zwar nicht geradezu behaupten, das Armeeleitbild, so wie es uns vom EMD präsentiert worden ist, mache mich glücklich. Zum Glück braucht es für mich schon noch ein bisschen mehr. Aber ich bin mit dem Armeeleitbild zufrieden. Es geht mir vielleicht so wie Herrn Bundesrat Villiger, nachzulesen auf Seite 28 der heutigen Ausgabe einer schweizerischen illustrierten Zeitschrift, der nach der F/A-18-Debatte im Nationalrat gesagt hat, er sei zufrieden, aber nicht euphorisch. Das ist ungefähr auch meine Stimmung im Zusammenhang mit dem Armeeleitbild, und ich stehe in diesem Sinne gänzlich und vorbehaltlos hinter dem Grundtenor, der im Votum des Kommissionsberichterstatters, Herrn Schmid Carlo, zum Ausdruck gebracht worden ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang festhalten, dass das Votum Schmid Carlo besser zum Ausdruck gebracht hat, was der eigentliche Gehalt der Debatte in der Sicherheitspolitischen Kommission war, als die folgenden Voten, in denen nur Vorbehalte angemeldet oder Einschränkungen geltend gemacht worden sind. Herr Schmid hat sehr treffend wiedergegeben, was in der Kommission diskutiert worden ist und was dort die Meinung war.

Ich freue mich in diesem Sinne darüber, dass das Armeeleitbild die Grundlage dafür bringt, jahrzehntelang festgefahrene Vorstellungen von der Armee aufzubrechen, dass das Armeeleitbild 95 – endlich, möchte ich sagen – erste Schritte im Hin-

blick auf die Flexibilisierung bringt, die man im Zusammenhang mit der Armee so lange und – was meine Person betrifft – so schmerzlich vermisst hat.

Ich stehe also zu diesem Armeeleitbild und bin überzeugt davon, dass die eingeschlagene Marschrichtung richtig ist.

2. Ein weiterer Gedanke betrifft die Umsetzung des Armeeleitbildes, die Realisierung dessen, was wir jetzt schwarz auf weiss vom EMD ins Haus geliefert bekommen haben. Es ist ausserordentlich wichtig, dass die Umsetzung entschlossen und energisch an die Hand genommen und kompromisslos durchgezogen wird. Im militärischen, vor allem aber im parlamentarischen und im militärpolitischen Umfeld sind starke Kräfte am Wirken, die alles versuchen, um die Umsetzung des Armeeleitbildes 95 wenn nicht zu verhindern, so doch wenigstens so lange wie möglich zu verzögern. Ich weiss nicht, ob man sich beim Departement über die Virulenz dieser Kräfte ausreichend Rechenschaft ablegt. Der Chefredaktor der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift», Divisionär Bachofner, hat zwar im Leitartikel der März-Nummer der «ASMZ» geschrieben, das «Schattenboxen gegen konservative Gespenster» könne aufgegeben werden, alle wollten das Neue. Aber wer über solche rein deklaratorische Sprüche hinaus weiterliest oder wer, wie zum Beispiel ich selbst, so viele gänzlich nach rückwärts orientierte Zuschriften – zum Teil auch feindselige – erhält, wird bald einmal stutzig und realisiert, dass es in der Tat überaus wichtig ist, dass sich der Chef des EMD und die Verantwortlichen innerhalb der Armee durch derartige Störmanöver nicht beirren lassen. Die Umsetzung des Armeeleitbildes muss energisch und entschlossen vorangetrieben werden.

3. Ungeachtet meiner grundsätzlichen Zustimmung vermag mich das Armeeleitbild in Teilbereichen nicht zu befriedigen. Ich habe Vorbehalte und unerfüllte Wünsche. Ich möchte diese hier zu Protokoll geben, auch wenn ich mir darüber im klaren bin, dass diese Wünsche nicht im Rahmen des Rates bzw. unserer jetzigen Sitzung ausdiskutiert werden können. Die Vorbehalte sind im übrigen auch in der Kommission bereits diskutiert worden. Es liegt mir daran, hier noch einzelne Stichworte auf den Tisch des Hauses zu legen:

– Die Bestände: Die heutige Armee ist mit über 800 000 Angehörigen viel zu gross. Es ist richtig, dass die Armee gemäss Armeeleitbild 95 kleiner wird, aber sie ist immer noch zu gross. Es wird geltend gemacht, die neue Armee werde 400 000 Angehörige zählen. Es trifft zu, dass das der Soll-Bestand ist; der Kontrollbestand wird aber 470 000 Mann ausmachen, und der Effektivbestand bis weit über die Jahrtausendwende hinaus deutlich über 600 000 Mann; das ist einfach zu viel. Die langen Infanteriekolonnen, mit denen wir immer noch operieren, müssten der Vergangenheit angehören.

– Europa: Das Armeeleitbild 95 ist für mein Verständnis zu wenig auf Europa ausgerichtet. Es genügt nicht, wenn wir im Armeeleitbild sagen, Europa werde im Zusammenhang mit der Armee schon einmal ein Thema sein, aber heute sei das noch verfrüht. Die Schweiz liegt heute schon im Herzen von Europa. Die Europakompatibilität der Armee wäre daher heute schon mindestens so wichtig wie die Europakompatibilität unseres Landes in anderen Bereichen. Dabei beginnt die Europaverträglichkeit unserer Armee – und das möchte ich vor allem Herrn Huber sagen – im Kopf und nicht in der Organisation. Ich meine, die EMD-Verantwortlichen hätten diesen mentalen Schritt noch nicht geschafft, sie hätten es nicht bewerkstelligt, sich von der Zweit-Weltkriegs-Igel-Mentalität so weitgehend zu lösen, wie das heute der Fall sein müsste.

– Die Frage der Führung der Armee in Friedenszeiten: Für mein Verständnis ist das, was heute organisiert und geregelt ist, nicht befriedigend. Ich setze vielleicht zuviel voraus, wenn ich meine, es wäre ein Thema des Armeeleitbildes 95 gewesen, die Führung der Armee in Friedenszeiten aufzuzeigen und neu zu definieren. Aber was mich stört, ist vor allem die Tatsache, dass dieses Thema im Armeeleitbild nicht einmal erwähnt wird.

– Ebenfalls in den Bereich der unerfüllten Wünsche gehört die Ausbildung: Natürlich soll die Ausbildung neu orientiert und organisiert werden. Aber die Neuorientierung ist für meinen Geschmack zu wenig entschlossen an die Hand genommen

worden. Sie geht zwar in die richtige Richtung, aber sie bleibt auf halbem Weg stehen. Es kann hier, auch was die Ausbildung betrifft, nicht der Ort sein, das Thema erschöpfend abzuhandeln. Aber ich lege Wert darauf, anzukündigen, dass ich mit den EMD-Verantwortlichen weitere Gespräche über diesen Bereich führen möchte. Da bleibt noch einiges zu tun.

4. Vision: Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass ich zum Armeeleitbild 95 stehe, dass dieses Armeeleitbild in die richtige Richtung weist. Mir geht es aber nicht nur, was die Ausbildung betrifft, zu wenig weit; mir geht es generell zu wenig weit. Für mich kann das Armeeleitbild in diesem Sinne nur eine erste Etappe auf einer langen Reise sein; einer Reise, die noch vor uns liegt, und die wir tun müssen. Enden muss diese Reise, diese Weiterentwicklung – und hier trage ich schon fast wie Herr Rüesch ein *Ceterum censeo* vor –, bei der Ersetzung der heutigen Wehrpflicht durch eine allgemeine Dienstpflicht, mit einem System von verschiedenen Diensten an der Gemeinschaft, zu denen nach wie vor auch ein Wehrdienst, also auch eine Armee, gehören muss, aber eine deutlich kleinere, dafür hochmotivierte, optimal ausgebildete und ebenso optimal gerüstete Armee, eine moderne Armee, wie sie andere Staaten auch haben und wie wir sie heute auch mit dem neuen Armeeleitbild noch nicht in optimaler Form präsentieren können.

Daneben gehören zum System der Gemeinschaftsdienste z. B. auch ein neuorganisierter und gänzlich neu strukturierter Zivilschutz, ein zeitgemässer Katastrophendienst, ein Sozialdienst usw. Ich habe in diesem Saal und von diesem Platz aus das Bild, das ich mir vorstelle, schon mehrmals expliziert, und ich will deshalb jetzt nicht auf die Einzelheiten eingehen. Mir geht es einfach darum, endlich eine Antwort auf das zu finden, was unsere Bevölkerung als Bedrohung empfindet.

Dieses ganze Konzept von Gemeinschaftsdiensten soll dann durch ein neues Departement überdacht werden; nicht mehr durch ein Eidgenössisches Militärdepartement, sondern durch ein Departement, das grundlegend neu und zeitgemäss organisiert und strukturiert sein soll und das man dann vielleicht als «Departement Dienste» bezeichnen könnte.

Damit würde man dann endlich auch die Armee vom Sockel herunterziehen, der ihr heute so schlecht bekommt. Die Armee wäre ganz ohne Zweifel weniger das Ziel von destruktiven Angriffen, wenn sie nicht mehr ein eigenes Departement für sich in Anspruch nähme, sondern in ein grösser organisiertes, breiter abgestütztes Departement eingegliedert wäre. Schliesslich haben wir ja für die AHV oder für die SBB auch keine eigenen Departemente.

Ich weiss, Herr Bundesrat Villiger, und Sie werden mir das wohl entgegenhalten: das sind natürlich Visionen, die Sie vielleicht für utopisch halten werden. Aber ich meine, es wäre doch eine einmalige Herausforderung und eine überaus reizvolle Aufgabe zugleich, den Versuch zur Realisierung solcher Visionen zu unternehmen. Das EMD würde dann – und das ist doch immerhin auch eine attraktive Vorstellung – unversehens zum einzigen Departement, in dem der Vorsteher noch echt kreativ tätig sein kann, in dem der Vorsteher etwas Neues schaffen kann.

Das Armeeleitbild 95 bietet die Voraussetzungen für eine solche Neustrukturierung. Es zeigt den Weg auf. Wir müssen ihn einfach weitergehen. Wir dürfen nicht auf halber Strecke stehenbleiben. Wagen wir doch auch den nächsten und den übernächsten Schritt! Wir sind das der Generation, die unsere Armee trägt und die sie auch in Zukunft tragen muss, nämlich den 20- bis 42jährigen, schuldig.

Rüesch: Die GSoA wollte die «heilige Kuh» Schweizer Armee schlachten. Der Versuch gelang nicht und wird nun in Raten wiederholt. Mit der einen Initiative soll der heiligen Kuh das linke Horn, mit der anderen das rechte Horn und mit der dritten ein Hinterbein weggeschlagen werden. Wenn diese Initiativen dann alle durchgehen, kann man schliesslich nichts anderes mehr tun, als dem Schweizer Bauern empfehlen, die so angeschlagene Kuh nun endlich doch zu schlachten.

Obwohl es im Jahre 1989 nicht gelang, die Kuh zu schlachten, scheint der Teilerfolg doch nicht unbedeutend zu sein. Seither entschuldigt man sich in diesem Lande und in dieser Armee

laufend, dass diese Kuh – einmal angeblich heilig – noch fressen muss, also etwas kostet, dass sie gefährlich sein kann oder manchmal auch Schaden verursacht.

Die Armee hat sehr viel Selbstbewusstsein verloren, viel mehr, als wir damals vor der Abstimmung erwartet haben. Und der Verlust des Selbstbewusstseins hat langsam erhebliche Teile unserer Kompanie- und Bataillonskommandanten ergriffen, die den Blick nach Bern richten, auf uns schauen, ob wir als höchste Behörde des Landes wieder einen Weg weisen, auf den sie vertrauen können, einen Weg, der für die nächste Zeit realistisch ist, und keinen Weg der Visionen, die heute irgendwo vage am Himmel stehen.

Ueber dieses neue Leitbild, dieses neue Selbstbewusstsein, das die kommende Generation, die verantwortlich ist, wieder haben sollte, ist meines Erachtens eine offene Diskussion nötig, und diese vermisse ich im Rahmen des Armeeleitbildes. Gerade nach dem Votum von Herrn Schoch muss ich sagen: Es geht einfach nicht an, dass die heilige Kuh auf die Seite gestellt und im Rahmen des neuen Armeeleitbildes durch ein heiliges Gusti, einen heiligen Galtig oder ein heiliges Rindchen ersetzt werden soll.

Es gibt Befürworter der Reform, die alle diejenigen, die irgend etwas kritisieren, sofort als kalte Krieger oder als Betonköpfe bezeichnen oder die – wie es einer unserer obersten Heerführer kürzlich in einem Zeitungsartikel formuliert hat – von Leuten sprechen, die seit 1989 ihren geistigen Schützengraben nicht mehr verlassen hätten. Gegen diese Haltung wehre ich mich in aller Form. Herr Bundesrat, Sie haben ein Heer von Armeegegnern gegen sich, sie können sich daneben nicht auch noch ein Heer von Resignierten leisten, die nicht mehr mitmachen, weil sie auf diese Weise apostrophiert werden.

Die fachliche Auseinandersetzung über die Zukunft der Armee gehörte immer zu den Spielregeln der schweizerischen Wehrpolitik. Ich erinnere mich an die seinerzeitigen grossen Auseinandersetzungen um die Panzerfrage, an die grossen Auseinandersetzungen zwischen der Gruppe Ernst und der Gruppe Züblin in den fünfziger Jahren zum Thema Statik und Dynamik. Wir müssen diese Diskussion auch heute führen, auch heute suchen. Und wenn dann die Würfel durch das Parlament gefallen sind, werden wir uns an das halten, was beschlossen worden ist, und daraus das Beste machen. Vordergrund aber ist die Diskussion noch frei.

Das Armeeleitbild hat seine Stärken und Schwächen. Die Stärken sind von Herrn Schmid Carlo im Detail erwähnt worden. Sie sind meines Erachtens vor allem in den neuen Aufträgen zu suchen, welche neben dem Kampfauftrag der Armee auch neue Aufgaben erwähnen, etwa im Rahmen der friedenserhaltenden Massnahmen – ich erinnere an die Blauhelmprojekte – und des Katastrophenschutzes. Damit entsteht eine Remotivation, wie wir sie zum letzten Mal bei der Gründung des Flughafenregimentes und der Flughafenbataillone erlebt haben.

Gustav Däniker schreibt in seinem Buch «Wende Golfkrieg»: «Heute scheint die Zeit reif, einen weiteren Schritt zu tun. Der Wehrmann, schon lange nicht nur Kämpfer, wird neu zum Beschützer und zugleich zum Helfer und Retter.» Er spricht dann vom Soldaten, der nötigenfalls mit Bravour seine Waffen führen, aber mit gleicher Effizienz helfend und rettend eingreifen könne.

Im Rahmen dieser neuen, zusätzlichen Aufträge, die neue Motivationen bringen, darf aber der klassische Verteidigungsauftrag nicht vernachlässigt werden. Dazu ist mehr erforderlich als die von Herrn Plattner vorgeschlagene Billigarmee in Taschenformat. Diese Armee als zahnlöser Hund wird kaum mehr akzeptiert werden, weder im In- noch Ausland. Wir fragen uns, ob das Armeeleitbild 95 nicht bereits ein Minimum unterschritten hat, indem dieser klassische Kampfauftrag nur noch mit Schwierigkeiten erfüllt werden kann.

Gestatten Sie mir darum, noch auf einige Schwachstellen hinzuweisen, denn ich bin der Meinung, es müsste jetzt noch diskutiert werden, und bevor Sie uns die Vorlagen für die Aenderung der Militärorganisation und der Truppenordnung unterbreiten, müssten gewisse Schwachstellen nochmals überprüft werden:

1. Die dynamische Raumverteidigung bleibt solange ein Wunschtraum, als der verkleinerten Armee nicht beträchtliche

Lufttransportmittel und ein wesentlich stärkerer Luftschirm zur Verfügung gestellt werden. Grosse operative Luftlandungen in der Tiefe des Raumes sind nach der Abkehr vom Prinzip der Flächendeckung kaum mehr wirksam zu bekämpfen.

2. Die Infanteriekräfte der Territorialverteidigung sind meines Erachtens zu schwach und bringen nicht viel mehr als die bisherigen Bewachungstruppen der Territorialregionen und der Territorialkreise. Sie müssen zu schnell durch Truppen der Feldarmee verstärkt werden.

3. Die Territorialinfanterie müsste auch zum Ordnungsdienst befähigt werden. Dazu gehören das entsprechende Material und die entsprechende Ausbildung nach dem Muster von zivilen Polizeigrenadiern. Auf Seite 44 wird das Problem ganz schüchtern angepackt, indem es dort heisst, die territoriale Infanterie habe die «zivilen Behörden im Falle von Unruhen zwischen verfeindeten ausländischen Parteien auf schweizerischem Boden zu unterstützen». Das war z. B. im Tonhallekrwall 1874 in Zürich der Fall. Damals hatte die Armee von Anfang an nur das Mittel des Einsatzes von Kampfaffen und von Kampfmunition, um solchen Ausschreitungen zu begegnen. Es geht hier um die Angemessenheit der Mittel. Wir können heute aber nicht einfach eine Armee einsetzen, die nur Schussaffen hat, sondern hier müsste auch eine entsprechende polizeiliche Ausbildung eingeführt und eine entsprechende Ausrüstung mit Polizeimiteln beschafft werden; die Territorialinfanterie müsste angemessen handeln können.

4. Auf den Seiten 19 und 89 werden die Festungsbrigaden als Hüter der Nord-Süd-Transversalen bezeichnet. Wie steht es aber mit den West-Ost-Transversalen? Die Grenzbrigaden schafft man ab; der Grund liegt wohl in den Beständen. Man wird den Eindruck nicht los, man habe mit der Armeeerform das Pferd am Schwanz aufgezäumt. Vorerst hat man sich politisch auf eine Reduktion der Armee um ein Drittel festgelegt; «wie es die anderen Armeen im Rahmen der Abrüstung auch tun», heisst es im Armeeleitbild 95. Dann hat man sich die Frage gestellt, welchen Auftrag man mit dieser reduzierten Armee noch erfüllen könne. Mit einigen 10 000 Mann mehr pro Feldarmee korps hätte man eine Grenzbrigade erhalten können, und zwar mit der gleichen Logik, wie sie für die drei Festungsbrigaden des Gebirgsarmee korps im Leitbild erwähnt ist. Kollege Huber hat darauf hingewiesen. Ich bin – im Gegensatz zu Kollege Schoch – der Auffassung, dass die Armee mit den 470 000 Mann nicht zu gross ist. Die Flexibilität müssen wir nicht in der Grösse der Armee haben, sondern vor allem in der Anzahl der Truppen, die wir dann schliesslich aufbieten, je nach Ernstfall muss ja nicht die ganze Armee aufgebieten werden.

5. Das Leitbild «Armee 95» zeigt auf Seite 168, wie man noch weiter abrüsten kann. Auf Seite 169 ist dann die Rede davon, wie man bei zunehmender Gefahr wieder aufrüsten könnte – die Verfasser glauben aber selber nicht daran. Dass wir mit der Materialbeschaffung und mit der Ausbildung in einer sich rasch ändernden Lage in dieser Hinsicht zu spät kommen, ist offensichtlich. Keinen Mann, den wir heute preisgeben, keinen Dienstoff, den wir heute opfern, und keine Waffe, die wir heute verschrotten, werden wir im Ernstfall niemals wieder bekommen.

6. Der Ausbildungsstand einer Truppe, die nur alle zwei Jahre Dienst leistet, sinkt massiv. Das wissen wir heute von der Landwehr. Hier haben wir einen entscheidenden Verlust, den wir einfach akzeptieren müssen, wenn die gesellschaftliche Lage dies verlangt; aber wir können ihn keineswegs beschönigen. Wir können es drehen, wie wir wollen, das Armeeleitbild 95 bedeutet ein erhebliches Stück Abrüstung. Das mag politisch notwendig sein, aber wir sollten dazu stehen und nicht nur vom Abspecken sprechen. Gewiss ist viel Speck in der Armee vorhanden, auf den man verzichten kann, aber es scheint mir – insbesondere im Hinblick auf die Ausbildung –, dass wir auch einige Muskeln erschaffen lassen.

Alt Bundesrat Chevallaz hat kürzlich geschrieben: «Die Armee kann nicht, wie gewisse Leute uns vorschlagen, ein 'Club Méditerranée' sein, wo sich nette Organisatoren mit netten Mitgliedern an Karten über einen militärischen Trödlerladen mit historischen Waffen unterhalten.» Die Dienstmotivation wird bekanntlich weitgehend durch die Persönlichkeit der Vorge-

setzten bestimmt. Zur Wehrmotivation braucht es aber auch einen sinnvollen Auftrag und eine glaubhafte Bewaffnung, um diesen zu erfüllen.

Wir nehmen vom Leitbild Kenntnis. Es enthält sicher sehr viele gute Seiten.

Mit den hier vorgebrachten kritischen Bemerkungen möchten wir ankündigen, dass wir uns bei der Aenderung der Truppenordnung und bei der Revision der Militärorganisation auch entsprechende Aenderungsvorschläge vorbehalten.

Bloetzer: Wer das Armeeleitbild 95 kritisch würdigen will, muss dies am Auftrag der Armee prüfen, wie er im «Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz» formuliert ist.

Dieser Auftrag umfasst im wesentlichen drei Aufgabenbereiche: den Auftrag zur Kriegsverhinderung bzw. die Verteidigung von Land und Volk, den Beitrag zur Friedensförderung und den Beitrag zur Existenzsicherung. Es handelt sich dabei um unterschiedliche Aufgaben, welche nicht alternativ zu erfüllen sind, sondern die Armee oder Teile der Armee gleichzeitig beanspruchen können. Die Aufgaben müssen deshalb gewichtet werden.

In der Auftragsanalyse geht das Armeeleitbild 95 davon aus, dass die Kriegsverhinderung und die Verteidigung von Land und Volk die Hauptaufgabe der Armee bleiben. Die Auftragsanalyse kommt im weiteren zum Schluss, dass es sich bei Einsätzen zur Friedensförderung in jedem Falle um Verbände geringeren Umfanges handeln wird, die zudem speziell befähigt und ausgerüstet sein müssen. Was den Beitrag der allgemeinen Existenzsicherung betrifft, setzt die Analyse schliesslich voraus, dass dabei besonders geeignete Teile der Armee strikte nach dem Subsidiaritätsprinzip und unter ausschliesslicher Verantwortung der zuständigen zivilen Behörden zum Einsatz kommen.

Aufgrund des sicherheitspolitischen Berichtes und der sicherheitspolitischen Lage, welche diesem Bericht zugrunde lag, ist die vorgenommene Auftragsanalyse vertretbar und unbestritten. Die Frage ist dabei lediglich, wie weit diese Lagebeurteilung heute noch zutreffend ist und wie sich diese Lage in näherer Zukunft entwickeln wird; es ist doch ebenfalls unbestritten, dass rasche Veränderungen ein wesentliches Element der gegenwärtigen und wohl auch der zukünftigen Lageentwicklung sein werden. Es versteht sich, dass die Auftragsanalyse vom sicherheitspolitischen Bericht 90 auszugehen hat. Dabei muss aber die zu erwartende Entwicklung der Lage mitberücksichtigt werden. Die Konzeption der Armee muss nicht nur den im sicherheitspolitischen Bericht formulierten Aufträgen genügen, sondern das Konzept muss an die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage und an die Ergebnisse unserer Integrationspolitik angepasst werden können.

Prüft man das vorliegende Armeeleitbild anhand der Auftragsanalyse, so kann insgesamt festgestellt werden, dass das vorgeschlagene Konzept zweckmässig ist und dass es die notwendige Flexibilität aufweist. Es geht dabei nicht darum, dass die Mittel gleichmässig auf die verschiedenen Aufträge verteilt werden, sondern es geht vielmehr darum, Herr Plattner, dass jeder Auftrag die Mittel erhält, die es braucht, damit er erfüllt werden kann. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, damit das Leitbild den Erwartungen genügen kann.

Was den Auftrag im Rahmen der allgemeinen Existenzsicherung anbetrifft, kann dieser insgesamt nur erfüllt werden, wenn die zum Einsatz vorgesehenen Truppen entsprechend ausgewählt, ausgerüstet und ausgebildet werden. Dies allein genügt aber nicht. Es müssen auch die übergeordneten und parallelen zivilen Strukturen geschaffen, und es muss die Zusammenarbeit geschult werden. Während betreffend den Hauptauftrag in unserer Milizarmee Tradition und Erfahrung ausgeprägt vorhanden sind, ist dies im Bereich der Existenzsicherung kaum der Fall. Es braucht deshalb in diesem Bereiche besondere Anstrengungen bezüglich Organisation, Ausrüstung, Ausbildung und Zusammenarbeit mit den zivilen Bereichen.

Wer den für die Umsetzung vorgesehenen realistischen Zeitplan mit der zu erwartenden raschen Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage vergleicht, kommt zum Schluss, dass

sich sowohl Lage wie auch Konzept bis zum Ablauf der Planungsperiode erheblich ändern können. Die Schlussfolgerung daraus lautet für mich: Die sicherheitspolitische Lageentwicklung und die daraus resultierenden Aufträge an die Armee und das übrige sicherheitspolitische Instrumentarium müssen laufend überprüft werden. Der Bundesrat muss deshalb eingeladen werden, in Kürze der Bundesversammlung einen neuen sicherheitspolitischen Bericht vorzulegen.

Iten Andreas: Ich wende mich in meinem Votum ausschliesslich an Herrn Plattner; ich will auf sein Referat etwas erwidern. Herr Plattner, Sie haben sich bei Ihrem Referat eines Tricks bedient: Sie haben aus der Optik einer imaginären Gruppe von Jugendlichen gesprochen. Sie haben sich so ein didaktisches Mittel zurechtgelegt, damit Sie ein theoretisches Modell empfehlen konnten. Dabei haben Sie vom aggressiven Potential des Menschen weitgehend abstrahiert. Sie haben die Geschichte verdrängt, ebenso das, was jetzt gerade in der Welt geschieht. Ihr Modell ist gut. Aber nach Ihrer Skizze darf es eben nur eines nicht mehr geben, nämlich Krieg. Es ist Aufgabe von Lehrern und erfahrenen Menschen, den Jugendlichen zu zeigen, was auf dieser Welt möglich ist, dass es Leute gibt, die Häuser anzünden und ganze Städte zerbomben. Das Armeeleitbild 95 ist realistisch und trägt diesen Möglichkeiten Rechnung.

Ich stimme mit Otto Schoch überein – nur in diesem Punkt stimme ich mit ihm überein –, dass das Leitbild in die richtige Richtung weist. Also ist es ein gutes Fundament. Ich gratuliere Herrn Bundesrat Villiger für die zukunftsweisende Arbeit!

Frick: Der jüngste Redner hat die undankbare Aufgabe, als letzter zu sprechen. Ich hoffe aber, Herr Bundesrat Villiger, dass dafür mein Votum um so besser in Ihrer Erinnerung haften bleibt und die künftige Arbeit des Departementes beeinflussen wird.

Ich beurteile das Armeeleitbild 95 als die sach- und zeitgemässe Antwort auf die neue sicherheitspolitische Lage und die politisch richtige Reaktion auf die heutigen Bedrohungen und die gesellschaftliche Situation. Ich sehe es anders als Herr Plattner, dessen Ausführungen ich mit grösstem Interesse verfolgt habe, denn ein Hauptpunkt muss anders beurteilt werden: Das Auftauchen einer neuen Bedrohung beseitigt die bisherige nicht. Ökologische Probleme lösen die sicherheitspolitischen nicht ab. Mit beiden müssen wir leben, und für beide Bedrohungen müssen wir die richtigen Mittel und die richtige Ausbildung bereithalten. Und, um in Ihrem Bild zu sprechen, die Gefahr eines Erdbebens dämpft die Gefahr der Feuersbrunst nicht ein, im Gegenteil, sie erhöht sie. Wir müssen uns also gegen beide Risiken wappnen.

Das Armeeleitbild 95 und die Armee, die wir damit schaffen, sind geeignet, die anvisierten Ziele gut zu erfüllen: einerseits mehr Muskeln mit weniger Speck, um es salopp zu sagen, und andererseits mehr Beweglichkeit und weniger Personal. Das Leitbild verdient unsere grundsätzliche Unterstützung und Anerkennung. Anerkennung gebührt aber auch dem EMD, das geistige Beweglichkeit und Innovation bewiesen hat, Anerkennung hat aber im besonderen der Departementschef verdient, der diese Innovation nicht nur kraftvoll geweckt, sondern auch beharrlich am Leben erhalten hat. Es ist ein gutes Leitbild. Es zu revidieren ist nicht Sache des heutigen Momentes, aber es entbindet uns nicht von der Pflicht, bei Bedarf auch rasch wieder darauf zurückzukommen und das Leitbild allenfalls schon in fünf bis zehn Jahren wieder zu überdenken.

Im besonderen aber, Herr Bundesrat – und hier möchte ich nun weg von den Visionen und grundsätzlichen Ueberlegungen und auf einen praktischen Aspekt hinweisen –, äussere ich mich zur Ausbildung.

Den vorgesehenen Massnahmen kann ich teilweise zustimmen, teilweise muss ich sie vehement kritisieren. Insbesondere begrüsse ich, dass erstmals überhaupt eine Ausbildungskonzeption erstellt wird, dass die Unteroffiziersausbildung verlängert wird und dass ein Ausbildungszentrum für höhere Kader geschaffen wird, welches die Effizienz der Ausbildung nachdrücklich fördern kann. Daran zweifle ich nicht.

In anderen Punkten aber – ich spreche insbesondere Abschnitt 74 an – weist das Armeeleitbild grosse Mängel auf. Herr Uhlmann hat es gesagt: In der Ausbildung wird sich der Wert des Armeeleitbildes erweisen; nur was in der Ausbildung umgesetzt werden kann, taugt auch als Leitbild. Zwei Umstände sind es, die sich kumuliert nachteilig auf den Ausbildungsstand und die Einsatzfähigkeit der Armee auswirken werden: erstens die verkürzte Dauer der RS und zweitens der starre Zweijahresrhythmus für den WK als Regel.

Bereits heute ist der Ausbildungsstand unserer Truppen an der unteren Grenze des Tolerierbaren. Das Gros der Truppe ist hinsichtlich Ausbildungsstand nur knapp einsatztauglich. Instruktoren, Truppenkommandanten und vor allem unsere Soldaten wissen es. Offiziell aber – wohl aus Gründen der Dissuasion – verschweigen wir es. Damit leisten wir der Sicherheit unseres Landes keinen Dienst. Es geht nicht an, durch erneute Reduktion der Ausbildung das Niveau weiter zu senken und die Einsatzbereitschaft noch mehr zu gefährden.

Das Dienstleistungsmodell, das das Armeeleitbild 95 vorsieht, ist zu schematisch, zu wenig flexibel, um den heutigen und künftigen Anforderungen zu genügen. Ich nenne diese Mängel und formuliere sie nicht nur als Wunsch, sondern als Begehren an das Departement:

1. Zur undifferenzierten Kürzung der RS auf 15 Wochen (heute 17 Wochen): Trotz höheren Anforderungen, trotz Multifunktionalität der Armee reduzieren wir die Grundausbildung. Das mag für einzelne Formationen, insbesondere wohl für logistische, genügen, nicht aber für mechanisierte Verbände, für Teile der Infanterie, für Grenadiere und für andere. Hier genügen 15 Wochen nicht. Wir wissen bereits heute, dass ein Panzerfahrer und Panzergrenadier nach 17 Wochen nicht genügend ausgebildet ist.

2. Zum starren Zweijahresrhythmus für das Gros der Armee: Das Armeeleitbild legt nur noch 10 WK, alle zwei Jahre zu drei Wochen, fest. Ausnahmen sind vorderhand nur für Flieger- und Flab-Truppen vorgesehen.

Herr Bundesrat, die neue Einsatzdoktrin mit den beweglichen Einsätzen, die Sie richtigerweise formuliert haben, verlangt auch eine bessere Ausbildung. Wir können nicht die Ausbildungszeit um fast 15 Prozent kürzen, der Armee neue Aufgaben übertragen und gleichzeitig einen besseren Ausbildungsstand erwarten. Das ist ein Widerspruch in sich. In der konkreten Ausgestaltung wird es unabdingbar sein, einen differenzierten WK-Rhythmus zu finden. Taugliche Möglichkeiten sind dem EMD von den interessierten Verbänden bereits vorgeschlagen worden. Es wird z. B. nötig sein, dass für Truppen mit grossem Ausbildungsbedarf alle Jahre ein WK von drei Wochen durchgeführt wird. Ich denke an die mechanisierte Artillerie, Panzertruppen, Teile der Infanterie. Das wird den Armeebestand etwas reduzieren, weil die Wehrpflicht früher erfüllt ist, vielleicht mit 32 oder 36 Jahren. Das ist aber kein Nachteil: Besser eine gute Armee von 350 000 Männern und Frauen als eine kaum oder nicht kampftaugliche von 400 000 oder 500 000. Ich meine, ähnlich wie Herr Schoch, dass eine weitere Reduktion in diesem Rahmen durchaus bereits heute vertretbar ist. Wir geben der Truppe hochwertiges Material, der Ausbildungsstand aber befriedigt bereits heute nicht; er wird es im Zweijahresrhythmus noch weniger tun. Im zivilen Leben erkennen wir die Bedeutung der Ausbildung und ihrer Dauer immer mehr. Im Militär aber glauben wir, mit dem Gegenteil besser zu fahren. Zugegeben, ein Teil kann durch Straffung und Effizienzsteigerung ausgeglichen werden. Aber soviel Reserve liegt bei der heutigen Ausbildung nicht drin. Ausbildung lässt sich nicht bloss rationalisieren. Ausbildung braucht Zeit, muss sich setzen, muss sich festigen.

Es gibt noch weitere Mängel der vorgesehenen Ausbildungskonzeption zu rügen. Ich verzichte darauf. Ich weiss, dass diese Rügen – sie betreffen insbesondere die Ausbildung der Einheitskommandanten, der Generalstabsoffiziere und andere mehr – dem Departementschef bereits bekannt sind.

Nun zur Folgerung: Ich rede nicht einer Verlängerung der Dienstzeit das Wort, aber einem vertretbaren Ausbildungs-rhythmus und einer angemessenen RS-Ausbildung, die nach Truppengattung und Einsatz der Truppen festzulegen sind. Wir dürfen uns nicht an einem starren Schema, wir müssen

uns am Ausbildungsbedarf orientieren. Nur so erreichen wir einen genügenden Ausbildungsstand. Nur so ist unsere Armee bei den Soldaten und beim Kader selber glaubwürdig. Ich fürchte nämlich, dass die Truppe aufgrund einer nicht genügenden Ausbildung zusehends das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten verliert. Dem müssen wir entgegenreten. Ich bitte Sie darum, Herr Bundesrat, diese kritischen Anregungen aufzunehmen, wie auch die Anregungen, die Ihnen von seiten der Auszubildenden und der militärischen Verbände zugegangen sind. Es sind – das als Regel – die guten Instruktoren und Kommandanten, die sich um die Ausbildung sorgen und die es Ihnen sagen.

Bundesrat Villiger: Wahrscheinlich wird die heutige Diskussion nicht so hohe Wellen schlagen wie diejenige der letzten Woche im Nationalrat über den F/A-18; das ist eigentlich schade. Ich bin froh, dass ich heute mit Ihnen das Gespräch über «Armee 95» führen darf. Ich habe den Eindruck gewonnen, dass das Flugzeuggeschäft in der Öffentlichkeit alles andere, was im Departement geschieht, «totschlägt». Das ist schade; es wird der Sache nicht gerecht. Es geht hier nicht nur um den Ersatz eines überalterten Rüstungsgutes, sondern um nicht weniger und nicht mehr als um die Anpassung unserer traditionsreichen Milizarmee an eine sich rasch wandelnde Zeit. Es geht um Antworten auf Veränderungen, deren Ausgang in vielerlei Hinsicht noch offen ist.

Der Bundesrat – ich danke, dass das anerkannt worden ist – hat in dieser Zeit der rasanten Umbrüche rasch gehandelt; er hat konsequent gehandelt; er hat geführt. Zuerst legte er den Bericht über die Sicherheitspolitik vor. Obwohl dieser Bericht aus dem Jahre 1990 stammt, haben sich die Lageanalyse und die vorgeschlagene Strategie bis heute als richtig erwiesen, und zwar deshalb, weil der Bericht den Wandel in die grundlegende Denkweise einschliesst. Herr Bloetzer hat auf diese Bewegung hingewiesen. Ich kann ihm sagen, dass wir diesen Bericht periodisch erneuern wollen – wir haben einen Auftrag des Parlaments –, und zwar wahrscheinlich längstens im Vierjahresrhythmus, möglicherweise sogar rascher, wenn es nötig ist. Der bundesrätliche Bericht zum Armeeleitbild war der nächste Schritt. Er ist ein eigentliches Weissbuch über die Armee, und er ist das Resultat ausgedehnter Studien und grosser Vorarbeiten. Was jetzt relativ einfach aussieht, musste alles getestet werden – bis zum letzten Küchengehilfen –, ob es funktioniert oder ob es nur eine Seifenblase ist. Was Sie hier sehen, ist eigentlich die Spitze eines Eisbergs, dessen unsichtbarer Teil viel grösser ist.

Man darf sagen, dass das Leitbild von einer neuen, dynamischen Denkweise geprägt ist. Wir haben nicht den Ehrgeiz, eine Armee für die nächsten hundert Jahre zu schaffen. Einige Votanten haben darauf hingewiesen, dass sich ja alles verändert. Wir glauben, dass wir einen wichtigen Schritt in einem Prozess machen, von dem wir wissen, dass er noch nicht beendet ist. Wir gehen auch nicht mehr von Prognosen aus, sondern von Szenarien, und wir beziehen Optionen mit ein. Wir wollen die möglicherweise grösste Armeeerform seit Bundesrat Welti bewusst in einem zweistufigen Verfahren abwickeln. Das Armeeleitbild gibt in Konzeptform den Ueberblick über das Ganze, und nachher wollen wir Ihnen die gesetzlichen Grundlagen mit einem völlig revidierten neuen «Wehrgrundgesetz» unterbreiten.

Sobald die neue Armee realisiert ist, soll in einem weiteren Schritt das Departement reformiert werden. Wir haben mit den Arbeiten angefangen, aber wir gehen bewusst in zwei Schritten vor, weil wir nicht wollen, dass alles zusammen ins Gleiten gerät; sonst beherrschen wir es nicht mehr.

Herr Schoch hat die Frage der zivilen und militärischen Führung im Zusammenhang mit der neuen Departementsstruktur aufgeworfen. Ich muss heute bereits sagen, dass ich nicht ganz der Meinung von Herrn Schoch bin. Ich versuche, das Problem aus einer neutralen Distanz anzugehen, weil ich davon ausgehe, dass nicht mehr ich von dieser Reform betroffen sein werde. Ich halte es jedoch sehr stark mit Bundesrat Minger, der sich sehr gegen eine eigenständige Führung der Armee und gegen eine Verseibständigung gewehrt hat und damals Wille, der gewisse Inspektorvorstellungen hatte, ziemlich

elegant austrickste. Ich meine, dass dieses ausgeglichene System Generalstabschef/Ausbildungschef/politische Führung/Departementschef unseren demokratischen Ideen und unseren Vorstellungen von der Dominanz der Politik sehr gut entspricht. Mit Herzblut würde ich keine andere Lösung suchen. Wir werden das jedoch in aller Breite anschauen.

Ich glaube, die Idee des erweiterten Departements können wir losgelöst von der gesamten Regierungsreform noch nicht aufnehmen. Ich kann Ihnen sagen, Herr Schoch, dass wir versuchen, das neue Departement als eine Art Grundmodul zu konstruieren, dem man weitere Module – Zivilschutz oder irgend etwas anderes, wenn vielleicht einmal die allgemeine Dienstpflicht kommt – angliedern könnte.

In Klammern noch, weil Herr Plattner und Herr Schoch das angeführt haben, die Frage der Dienstpflicht. Ich werde den Bundesrat beauftragen, eine breit zusammengesetzte Studiengruppe einzusetzen, die das Problem überprüfen soll. Aber das ist ein relativ langfristiges Projekt. Es muss nicht nur der Bedarf, sondern es muss auch die Wünschbarkeit grundsätzlich abgeklärt werden. Im Moment steht der Zivildienst, zu dem das Volk ja gesagt hat, im Vordergrund. Diese Idee der Dienstpflicht wird von gewissen Kreisen stark gefördert und von anderen Kreisen ebenso sehr bekämpft. Es wird noch ein «lustiger» Schlagabtausch auf uns zukommen. Ganz vergessen haben wir die Idee nicht, sehen aber darin eher einen Langschuss.

Wir erwarten von der Debatte zum Armeeleitbild in den parlamentarischen Kommissionen und den Räten, aber auch vom Vernehmlassungsverfahren bei den Kantonen, Hinweise darüber, ob wir auf dem richtigen Weg sind und was es allenfalls noch zu korrigieren gebe. Herr Huber hat zu Recht gesagt, im heutigen Stadium seien Modifikationen möglich.

Es wurde auch zum Stellenwert gesprochen. Was heute ist, ist nicht rechtlich verbindlich. Herr Schmid Carlo hat – mit einem maliziösen Seitenhieb auf frühere Sicherheitsberichte mit Ziffern 426 und so – seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, dass nicht plötzlich mit Bezug auf irgendeine Ziffer eine neue, gesetzlich nicht legitimierte Geheimorganisation entstehe. Ich kann Ihnen das zusichern. Sie werden zu allen rechtlichen Grundlagen in einem ordentlichen Zweikammerverfahren Stellung nehmen können. Diese Äengste müssen Sie nicht haben. Es geht um ein Pulsfühlen, das wir nachher umsetzen werden, wenn wir die neuen Rechtsgrundlagen zu Ihren Händen vorbereiten.

Ich war beeindruckt von der hochstehenden Debatte; schon in der vorbereitenden Kommission, aber auch hier. Sie haben eine Fülle von Problemen aufgeworfen, zu denen wir noch stundenlang sprechen könnten. Ich möchte Ihnen dafür herzlich danken. Ich werde versuchen, die wichtigsten Probleme herauszugreifen, und hoffe, keines zu vergessen.

Mit grosser Freude stelle ich fest, dass die Zustimmung zum Grundkonzept gross ist. Ich habe sogar bei Herrn Plattner zu meiner Freude eine gewisse Sympathie gegenüber diesem Projekt festgestellt; ich komme auf sein «Modell 2000» zurück. Wenn in diesem Europa alles rund läuft, schliesse ich nicht aus, dass ein Nachfolger von mir einmal zu einem solchen Modell kommen könnte. Ich bin leider nicht ganz sicher, aber ich hoffe es. Wir haben schon einige Vernehmlassungen von Kantonen bekommen. Ich darf auch daraus auf eine positive Akzeptanz schliessen. Das hat mich gefreut.

Gerade in unserem Land wird die Armeeerfrage mit grosser Heftigkeit diskutiert. Ich möchte deshalb einige Bemerkungen zur Rolle der Armee im neuen sicherheitspolitischen Umfeld voranschicken.

Trotz der jüngsten Veränderungen in Europa gilt für mich nach wie vor, dass Geschichte prinzipiell nicht vorhersehbar ist. Und so muss ich eben alle enttäuschen, die in diesem Armeeleitbild nachlesen wollen, welcher Gegner in welchem Jahr mit welchen Truppen die Schweiz anzugreifen gedenkt. Ich darf immerhin in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass es wahrscheinlich ein Armeeleitbild-Schreiber im Jahre 1920 genauso schwer gehabt hätte. Armut, wirtschaftliche Misere, ethnisches Konfliktpotential, auch Hoffnungslosigkeit können Nährboden für Nationalisten, Demagogen, Diktatoren und andere Volksverführer werden. Wir erleben das ja zurzeit in Eu-

ropa sehr dramatisch, im ehemaligen Jugoslawien, wenige hundert Kilometer von hier. Sie wissen, dass diese schwierige Mischung von unberechenbaren Faktoren auch noch etwas weiter weg existiert.

Ich halte die Meinung für falsch, Gefahren der gewaltsamen menschlichen Machtentfaltung seien auf ewig gebannt. Herr Loretan hat darauf hingewiesen, und ich meine, er hat recht. Richtig ist indessen, dass sich das Gefahrenspektrum sehr stark verschoben hat. Deshalb müssen wir ja auch nach neuen Antworten suchen.

Herr Plattner hat auf den Unterschied zwischen Traditionalisten und Fortschrittlichen hingewiesen und die meisten Votanten hier wahrscheinlich eher zu den Traditionalisten gerechnet. Ich weiss, dass in Ihrer Partei eine solche Tradition besteht, die Sie auch schon früher in die Waagschale geworfen haben. Ich habe das im Zusammenhang mit der Kampfflugzeugbeschaffung schon in den alten Protokollen der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg gefunden. Ich muss leider sagen, dass die Sicht Ihrer Partei bis jetzt immer falsch war, aber ich darf Ihnen sagen: Niemand hofft mehr als ich, dass die Sicht, die Sie jetzt haben, die richtige sein möge. Doch sie enthält ein spekulatives Element, und ich meine deshalb, dass Vorsorge nach wie vor angemessen ist.

Aber nicht nur die sicherheitspolitische Lage hat sich verändert, auch andere Rahmenbedingungen der Landesverteidigung sind im Umbruch. Wir sind wirtschaftlich völlig anders strukturiert, und wir haben einen Wertewandel. All das, meine ich, müssen wir berücksichtigen, wenn wir eine neue Armee strukturieren, weil eine Organisation wie die Armee von solchen Veränderungen – auch im Empfinden der Bürger, nicht nur sicherheitspolitisch – besonders betroffen wird. Es wäre geradezu erstaunlich, wenn in einer solchen Zeit ein Konsens in Armeefragen bestünde.

Wenn wir aber – und das ist meine feste Ueberzeugung; das sage ich jenen, die viel traditioneller denken als ich – die Armee angesichts dieser Veränderungen nicht nachhaltig anpassen, indem wir sie zu einem glaubwürdigen Instrument des Krisenmanagements der Jahrtausendwende machen, das Antwort auf die neuen Risiken und nicht auf die alten des kalten Krieges gibt, und indem wir sie für die heutige Zeit sozial- und wirtschaftsverträglich machen, dann könnte sie ihre demokratische Basis verlieren. In einer direkten Demokratie – das haben wir einmal erlebt, wo wir mit dem Stimmverhältnis 2 zu 1 noch Glück hatten – könnte das die Existenz dieser Armee kosten.

Herr Schoch hat auf gewisse Bremser hingewiesen. Herr Rüesch hat gesagt, dass Kritik legitim sein müsse, vielleicht auch aus einer anderen Richtung, als man sie gegenüber der Armee meistens hört. Ich muss echt politisch-schweizerisch beiden Recht geben. Ich muss allerdings sagen, dass die Kritik des traditionalistischen Flügels eine Zeitlang ein Ausmass annahm, das auch mich beschäftigt hat, indem ich plötzlich den Eindruck hatte, hier gebe es Freunde der Armee, die eigentlich mit viel mehr Lust auf das EMD schössen, als sie die gleichen Emotionen anwendeten, um uns zu helfen, diese Armee durchzuziehen und den Kritikern von der anderen Seite die Stirn zu bieten.

Das gesagt, bin ich absolut offen für konstruktive Kritik, wie sie hier geäussert worden ist. Aber ich möchte einigen dieser Kritiker noch sagen: Auch wenn Sie nur zu 80 Prozent einverstanden sind, helfen Sie uns doch zu 100 Prozent beim Durchsetzen, weil ich überzeugt bin, dass ohne diese Durchsetzung die Armee längerfristig gefährdet sein könnte. Wir stehen in dieser Reform unter Erfolgsdruck, und das wird häufig zu wenig realisiert.

In der Vergangenheit waren Armeen Instrumente zur Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln, sei es zur Aggression oder zur Verteidigung – Clausewitz ist schon zitiert worden. Das hat sich gewandelt:

1. Niemand darf den Wandel oder die Ungewissheit militärisch für seine machtpolitischen Zwecke missbrauchen. Die Mittel gibt es noch, auch die Mentalitäten. Rückfälle in die Konfrontation sind vielleicht nicht wahrscheinlich, aber auch nicht ganz ausgeschlossen. Deshalb braucht es nach wie vor Armeen, die verteidigen können.

2. Neue militärische Aufgaben sind zu erfüllen. Wir haben sie erwähnt: Katastrophenhilfe, Bewältigung von Massen-Flüchtlingsströmen, Sicherung von Waffenstillständen usw. Deshalb braucht es Armeen, die mehr können als verteidigen.

3. Weil keine Armee bedrohlich wirken, Angst oder Misstrauen verbreiten darf, braucht es Armeen, die nicht angreifen können – deshalb die Abrüstung. Solche Armeen sichern den Wandel; sie sind Stützmauern der Chancen und unentbehrliche Instrumente des politischen Krisenmanagements. Deshalb sind auch – ausser in der Schweiz – Armeen in ganz Europa gar nicht bestritten. Auch in Zukunft werden Armeen die Stützpfiler der Sicherheitsordnung sein. Ich meine, auch wir brauchen eine solche Armee.

Eine Armee besteht aus Menschen – das ist das Zentrale –, aus Material und Ausrüstung, aus Ausbildung und dem dazu erforderlichen Uebungsraum. Ueber all dem steht der Wille des Volkes, sich überhaupt behaupten zu wollen, der sogenannte Wehrwille.

Schon einmal haben wir eine Periode der Wehrverdrössenheit erlebt, den militanten Pazifismus nach dem Ersten Weltkrieg. Dort stellte sich die gleiche Frage wie heute, nachdem damals wir heute die Armee unter ständigen Beschuss geriet. Ich bin überzeugt, dass diese emotionale Diskussion um die Armee – gestatten Sie mir vielleicht diesen leicht philosophischen Exkurs – noch tiefere Ursachen hat als nur den sicherheitspolitischen Umbruch. Es schlagen sich darin auch die Identitätsprobleme nieder, die wir angesichts der Veränderungen in Europa zu haben scheinen; auch der Wertewandel.

Trotzdem halte ich es für natürlich, dass der Wehrwille auch mit der subjektiven Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage durch die Bürger zusammenhängt. Ich habe keinerlei Zweifel, dass im Falle einer fühlbaren äusseren Bedrohung dieser Wehrwille, der vielleicht da und dort etwas verschwunden sein mag, sofort wieder entstehen würde.

Im übrigen gestatte ich mir die Bemerkung, dass das Klima im Moment in der Armee bei weitem nicht so schlecht ist, wie es häufig dargestellt wird. Im Gegenteil, es ist sogar gut. Ich finde es grossartig, wie sich unsere jungen Leute in der Armee einsetzen; mit den Ausnahmen, die es immer gegeben hat.

Politisch aber – darauf haben einige von Ihnen hingewiesen – ist die Armee im Moment bedroht. Nicht weniger als vier Initiativen zielen konsequent auf die beiden Säulen Ausbildung und Rüstung. Die Rüstungs-Initiative zielt auf den Lebensnerv der Rüstungsindustrie. Die Waffenplatz-Initiative zielt auf den Lebensnerv der Ausbildung. Die Kampfflugzeug-Initiative zielt auf den Lebensnerv der Flugwaffe und damit auf einen Lebensnerv der Armee, und die Kostenhalbierungs-Initiative will unsere Armee zur Ortswehr ohne jede Dissuasionswirkung verkommen lassen.

Ich habe gehört, Herr Plattner, wie Sie das sehen, muss Ihnen aber sagen: Ihre Partei hat die Initiative auf dem Höhepunkt der realen Militärausgaben lanciert. Wir werden Ihren Anliegen bis 1995 bereits real um 20 Prozent entgegenkommen – Sie verlangen 50 Prozent. Aber erst dann wird die Initiative eingereicht, und wenn abgestimmt wird, ist die Ausgangsbasis schon viel schlechter; es wird noch dramatischer, und ich glaube, dass das eine glaubwürdige Armee nicht verträgt. Ich habe den Eindruck, dass diese Häufung System hat. Die Armee wird zwar nicht abgeschafft, aber sie wird kunstgerecht zerlegt, und im Endeffekt könnte das natürlich auf das gleiche herauskommen. Es schimmert ja aus Meinungsumfragen die etwas zwiespältige Haltung vieler Zeitgenossen dieser Armee gegenüber durch, Herr Rüesch hat darauf hingewiesen: Man ist zwar immer noch zu 70 Prozent für eine Armee, aber sie darf nichts kosten, sie darf keinen Raum benutzen, sie darf keinen Lärm machen, man darf sie nirgends sehen, und sie darf vor allem auch keine persönlichen Anstrengungen fordern. Vielleicht schlägt sich in dieser Haltung eine gewisse Individualisierung unserer Lebensweise, ein gewisser Verlust an Gemeinsinn, nieder. Die politische Verantwortung gebietet uns, Gegensteuer zu geben, weil es auch um die Zukunft einer selbstbewussten Schweiz geht, und deshalb teile ich die Meinung, dass opportunistische Verbeugungen vor dem Zeitgeist nicht Richtschnur sein können, und ich darf sagen, dass uns bei der ganzen Reform im Departement nie Opportunismus zu

Gevatter stand. Eine Richtschnur in dieser Verwirrung, die es natürlich gibt, soll dieses Armeeleitbild werden – Herr Uhlmann und Herr Rüesch haben diese Verunsicherung auch bei Kadern angeführt. Dieses Leitbild, diese Diskussion sollen ein gewisser Kompass in dieser Verunsicherung sein, und ich habe den Eindruck, dass dieser Kompass, seit wir dieses Leitbild publiziert haben, bereits zu wirken beginnt.

Im Bericht zur Sicherheitspolitik hat der Bundesrat die Strategie einer Sicherheitspolitik in unsicherer Zeit definiert. Sie haben hier ihre drei Säulen diskutiert:

1. Wir wollen eine Politik betreiben, welche die Realisierung der Chancen begünstigt. Das ist genau das, was Herr Plattner vorschlägt; das sind die Ost-Pakete, das ist die Demokratie, das ist die wirtschaftliche Hilfe – alles keine militärischen Aufgaben.

2. Wir wollen, weil es noch alte und neue Risiken gibt, gegen diese Risiken gewappnet bleiben.

3. Wir wollen die Mittel der Sicherheitspolitik, wenn sie schon vorhanden sind, für die Existenzsicherung einsetzen.

Das Hauptinstrument der ersten Säule ist die Aussenpolitik, dasjenige der zweiten Säule die Armee. Bei den anderen Säulen leistet diese subsidiäre Beiträge – Herr Bloetzer hat darauf hingewiesen. Ich teile seine Meinung nicht, dass wir in dieser subsidiären Tätigkeit keine Erfahrung hätten. Wir haben das gerade bei Ihnen, bei der Uberschwemmung in Randa im kleinen, aber doch bei etwas Wichtigem, üben können. Wir konnten es auch im Unerland und in vielen anderen Einsätzen – im Puschlav usw. – tun.

Abgeleitet von dieser sicherheitspolitischen Grundstrategie wird im Sicherheitsbericht der Auftrag der Armee definiert. Die Reihenfolge der Prioritäten in der Sicherheitspolitik ist: Kriegsverhinderung und Verteidigung, Friedensförderung, Hilfeleistung als Beitrag zur Existenzsicherung. Sie haben im Parlament diesem Auftrag indirekt zugestimmt, indem Sie Anträge zu anderen Prioritäten klar abgelehnt haben. Wir werden erstmals in der Geschichte des Landes diesen Auftrag neu im Militärgesetz verankern. Damit folgen wir einer Anregung aus Ihrem Rate. Damit kann auch das Parlament detailliert zu diesem Auftrag Stellung nehmen.

Sie stellen fest, dass diese Armee viel können muss: Im Bedarfsfall Migrationsnotstände bewältigen helfen, auch humanitäre Uno-Aktionen unterstützen, sensible Objekte der Infrastruktur sichern, Konferenzen schützen, Katastrophen bewältigen helfen usw., und als Ultima ratio muss sie das Land verteidigen können, das ist nach wie vor der Hauptauftrag, und in diesem Sinne kann ich Herrn Schmid Carlo beruhigen: Es wird keine eidgenössische Gratis-Dienstleistungsorganisation entstehen. Wir haben die Prioritäten ganz klar definiert. Die Armee muss das einzeln oder kombiniert, eskalierend bis zur Verteidigung oder alles zusammen, simultan tun können. Hier schiebe ich eine Frage ein, die Herr Loretan gestellt hat: Wo sind die Sensoren, wenn dieser Einsatz kommt; wie stellen wir fest, wann was zu tun ist? Er hat den strategischen Nachrichtendienst im Leitbild vermisst, auch Herr Morniroli hat eine entsprechende Frage gestellt. Ich habe jetzt die Stelle im Bericht nicht gefunden. Der Nachrichtendienst wird aber erwähnt, und auch im Sicherheitsbericht ist er mehrfach erwähnt. Sie haben nur deshalb nichts davon gehört, weil im Moment die Expertengruppe «Strategischer Nachrichtendienst» immer noch an der Arbeit ist und festgestellt hat, dass die Aufgabe schwieriger ist als angenommen und deshalb etwas in Zeitverzug geraten ist. Ich kann Ihnen aber sagen, dass verschiedene Modelle zur Diskussion stehen. Ich meine, dass das, was man früher so trivial mit Spionage bezeichnet hat, eher an Bedeutung verloren hat, seit viele Staaten öffentlicher informieren, und dass das Element der Analyse wichtiger geworden ist. Analysiert wird beispielsweise im EDA, analysiert wird im EJPD, analysiert wird bei uns, und es stellt sich die Aufgabe, wie man diese Analysen, die gemäss Sicherheitsbericht sehr stark vernetzt werden müssen, zu einem Instrument zusammenführt, das dem Bundesrat für seine Beschlüsse vernetzte Analysen unterbreiten kann. Hier ist man nun am Nachdenken, wie das mit möglichst wenig Aufwand, unter Schonung von Departementsegoismen usw., effizient gelöst werden kann. Wir werden Sie darüber gelegentlich informieren.

Die neue Armee wird kleiner sein, flexibler, moderner. Die Dienste sind kürzer, gesamthaft gesehen – ich komme noch darauf zurück –, aber intensiver. Die Ausbildung stützt sich auf eine zeitgemässe Infrastruktur. Die Kader instruieren nach modernen Grundsätzen und haben genügend Vorbereitungszeit, aber am Ziel des Kriegsgenügens wird nicht gerüttelt. Ausrüstung und Ausbildung müssen den Sprung in die neue Technologie schaffen. Es darf nicht sein, dass eine solche Armee den Anschluss an die moderne Technologie verliert; ein Armeemuseum schafft keine Glaubwürdigkeit. Auch die Soldaten des Jahres 2000 sollen motiviert und auf ihre Armee stolz sein dürfen.

Ich darf hier zu den Beständen zwei, drei Worte sagen. Herr Plattner hat auf ein Heer von 150 000 bis 200 000 Mann hingewiesen. Wir meinen, dass das mit den kurzen Dienstzeiten im Milizprinzip fast nicht mehr möglich wäre. Eine Milizarmee braucht eine gewisse Grösse, damit sie auch eine gewisse Durchmischung im Volk hat.

Herr Schoch hat auf die Ueberbestände hingewiesen. Ich denke, dass es rascher geht, als er gesagt hat, bis diese abgebaut werden. Wir müssen dem Zivilschutz eine sichere Altersgrenze für den Uebertritt geben. Wir brauchen grössere Reserven, weil wir mehr Kriegsdispensationen vornehmen und gewisse Aufgaben auf die zivile Ebene verlagern müssen. Es halten sich heute mehr Leute im Ausland auf, und rund 70 000 Mann werden im Kriegsfall nicht einrücken, so dass der Soll-Bestand von 400 000 Mann nur gesichert wird, wenn wir 470 000 Armeeingehörige haben. Schon im Jahr 2003 wird mit dem heutigen Dienstalder möglicherweise diese Grenze unterschritten, und wenn wir mit der Altersgrenze noch ein oder zwei Jahre tiefer gingen, müssten wir schon in drei oder vier Jahren die Grenze wieder anheben. Es war mir wirklich ein grosses Anliegen, nicht Ueberbestände zu lange mitzuschleppen.

Ich glaube aber, Herr Rüesch, dass es – vor allem wirtschaftliche – Gründe gibt, mit den Beständen nicht höher zu gehen, und deshalb meine ich, dass wir eine sinnvolle Grenze gefunden haben. Irgendwer hat irgendwo auch gesagt, das wirke etwas künstlich; man habe zuerst politisch entschieden, es müsse ein Drittel weniger sein, und sich erst nachher gefragt, ob das vernünftig sei. Ich gebe durchaus zu, dass ich gewisse politische Vorgaben gemacht habe. Hätte ich nämlich meine damaligen Mitarbeiter gefragt, wieviel sie brauchten, um die Aufgabe zu erfüllen, wäre mir wahrscheinlich ein Modell mit etwa 1,3 Millionen Mann unterbreitet worden. Ich habe es umgekehrt gemacht; ich habe eingesehen, dass diese Grösse aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Aber wir haben nach dem mathematischen Verfahren der Iteration, der Rückkoppelung, immer wieder gefragt: Ist diese Grösse sinnvoll, können wir damit die Aufgabe erfüllen? Und es zeigte sich, dass sich diese zuerst etwas pauschale Vorgabe in mehreren Durchgängen doch als recht gut und tauglich erwies. Auf das Problem der weiteren Verkleinerung komme ich noch zurück. Herr Huber hat einige Fragen des Einsatzes aufgeworfen. Ich möchte nicht Konzeptionsdiskussionen führen. Er bedauert, dass die Grenzbrigaden nicht mehr existieren. Ich begreife das; es wäre nicht natürlich, wenn ausgerechnet er nicht noch eine gewisse Wehmut empfinden würde. Es ist sicher richtig, dass die flächendeckenden Verteidigungsdispositive durch eine flexiblere Denkweise und durch flexiblere Mittel abgelöst wurden, und damit sind seine Sorgen entkräftet. Sie sagten, der Verzicht auf Sperrstellen und Sprengobjekte sei falsch. Das wäre tatsächlich falsch. Wir verzichten nicht darauf; wir bemannten diese Objekte nach wie vor, soweit wir es noch tun können. Der taktische Kommandant im Raum kann bei seinem Eintreffen darüber verfügen, wobei das sicher geübt werden muss. Man wird sicher nicht ständig kreuz und quer in der Schweiz herumfahren; das ist selbstverständlich. Aber diese gewachsene Infrastruktur bleibt erhalten. Wir meinen, dass man sich vielleicht von der alten Strategie sogar zuviel erhofft hat und sie heute besser macht, als sie war – so wie man heute dazu neigt, die neue schlechter zu machen, als sie ist.

Damit komme ich zur Ausbildung: Ich habe auch dort den Eindruck, dass man die heutige Ausbildung bisweilen etwas glorifiziert. Ich habe aber Verständnis für die Kritik, die Herr Frick

und Herr Uhlmann vorgebracht haben. Die neue Ausbildung ist ein Optimierungs-, kein Maximierungsprozess. Tatsächlich reduziert das Armeeleitbild 95 die Diensttage für Mannschaftsgrade von 11 auf 10 Monate, im Einklang mit der gesamteuropäischen Entwicklung. Wir möchten aber im Gesetz eine gewisse Flexibilität einbauen. Wir wollen die heutigen 331 Tage beibehalten, dem Bundesrat aber die Möglichkeit geben, diese Obergrenze in Zeiten der Entspannung zu senken, was im Moment einer Verkürzung um einen Monat entspricht. Der Bundesrat könnte aber bei Bedarf die Dienstzeit wieder verlängern. Vor dem letzten Weltkrieg ist man ähnlich vorgegangen, als die Wiederholungskurse und die Rekrutenschulen verlängert wurden. Eine Verlängerung ist politisch leichter durchführbar als eine sehr frühe Mobilisierung. Regierungen haben immer Mühe, rasch zu mobilisieren. Aber vorsorgliche Massnahmen im Ausbildungsbereich sind nach gemachten Erfahrungen durchaus denkbar. Wir optimieren die um einen Monat kürzere Dienstzeit so, dass per saldo die Ausbildung kaum verschlechtert wird.

Dank dem Verzicht auf Heeresklassen leisten die Mannschaften in Zukunft 10 dreiwöchige Wiederholungskurse. Sie müssen das mit den heutigen 8 Wiederholungskursen vergleichen. Zu dieser Dienstzeit dürfen der Landsturm und die Landwehr nicht gezählt werden, weil in diesen Heeresklassen etwas ganz anderes gemacht wurde. Faktisch verlängern wir also die Ausbildung; für Mannschaften kürzen wir sie nicht, das muss eindeutig festgehalten werden.

Was die Rekrutenschule anbelangt, bin ich nicht so pessimistisch wie Herr Frick. Diese Verkürzung wird nicht zuletzt durch einen gewissen Abbau an Ausbildungsstoff möglich. Wir verzichten teilweise auf die Verbandsausbildung, die in der Rekrutenkonfiguration ohnehin meistens von etwas fragwürdigerem Rendement war, als man heute zugeben will. Wir haben auch die differenzierte Rekrutenschuldauer geprüft, waren aber aus staatspolitischen Gründen der Meinung, dass es besser sei, wenn alle Rekruten gleich behandelt werden. Wir können beispielsweise im Fall der mechanisierten Truppen etwas nachholen, indem man ihre Angehörigen in den Zwischenjahren am Simulator üben lässt und das an den letzten Wiederholungskurs anrechnet. Ich gebe aber durchaus zu, dass der Zweijahresrhythmus, der nicht ganz so starr ist, sondern Ausnahmen kennt, didaktische Nachteile hat. Das war der Preis, den wir für die Bestandes- und Dienstpflichtreduktion zu zahlen hatten. Wir sind aber überzeugt, dass diese Nachteile zu einem guten Teil eliminiert werden können: durch verlängerte Kaderausbildung vor dem Wiederholungskurs und in den Zwischenjahren sowie durch verbesserte Nutzung bundeseigener Waffen- und Übungsplätze.

Ich nenne als Beispiel die Panzerhaubitzen. Wenn wir die neuen Abteilungen einsetzen, kommen wir bezüglich Übungsplätze an eine Grenze, bei der ich nicht sicher bin, ob wir bei jährlichen Kursen überhaupt noch genügend im Scharfschuss üben könnten. Die St. Galler unter Ihnen kennen die Probleme mit der Linth-Ebene. Beim Einjahresrhythmus hätten wir überdies sehr tiefe Bestände, was auch problematisch wäre. Beim Zweijahresrhythmus mit grösseren Beständen bekommen wir mehr Flexibilität in der Nutzung der Waffenplätze, was ebenfalls ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist. Dank der Verkürzung der Rekrutenschulen bekommen wir Übungsplatz für die Wiederholungskurse auf den Waffenplätzen. Nehmen wir beispielsweise die Grenadiere, wo vorgesehen ist, jeden zweiten Wiederholungskurs in Isone auf den permanent eingerichteten Plätzen zu absolvieren. Hier können wir die zwei Wochen Verkürzung der Rekrutenschule bei weitem kompensieren.

Wenn man das alles gesamthaft anschaut, ist es – meine ich – nicht so schlimm. Selbstverständlich werden wir aber die vorgebrachten Argumente noch einmal eingehend prüfen.

Bei den Kadern liegt mir etwas anderes am Herzen: Hier ist die Verkürzung nötig, um nach wie vor die Besten im Lande für die Kaderausbildung gewinnen zu können. Es wird uns von der Wirtschaft immer weniger Verständnis entgegengebracht; da liegt ein Problem, das wir ebenfalls anpacken müssen. Der abverdienende Einheitskommandant steht in dem für seine Karriere wichtigsten Alter. Wenn wir verkürzen, gewinnen wir viel-

leicht wieder etwas mehr Leute, die sich sonst nicht zur Verfügung stellen würden. Ausbildungsreformen sind wichtig. Noch wichtiger aber ist, dass wir wie früher die besten Köpfe in diesem Lande für die Armee gewinnen können, denn sonst sind alle Ausbildungsanstrebungen vergeblich.

Ich möchte etwas abkürzen und zu den Finanzen nicht mehr viel sagen. Sie wissen, dass wir sie reduzieren. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass der Anteil der Militärausgaben an den Bundesausgaben signifikant gesenkt wird. Ich teile die Meinung von Herrn Uhlmann, dass es falsch ist, im Parlament über Waffensysteme zu streiten, und dass man innerhalb der Budgets der Armee militärisch-technologisch optimal investieren sollte. Für mich stellt sich nicht die Frage, ob der Schweizer mit 3,5 Milliarden Franken für ein neues Flugzeug einverstanden ist, sondern es stellt sich die Frage, ob 10 oder 12 Prozent des Bundesbudgets in Zukunft eine Versicherungsprämie sind, die man sich für die Landesverteidigung noch leisten will oder nicht. Wenn man das tun will, muss der zur Verfügung stehende Betrag optimal verteilt werden. Ich habe aber eine gewisse Sorge, die ich Ihnen nicht verschweigen will: Ab 1995 brauchen wir dann wirklich wieder einen gewissen Teuerungsausgleich. Wir haben die Schwergewichte für die Investitionen bis etwa im Jahr 2007 klar festgelegt. Ständige Priorität hat die Ausbildung. Erste Priorität: Erneuerung der Luftverteidigung. Ich will jetzt, Herr Mornioli, nicht eine neue Kampfflugzeugdebatte eröffnen; ich gebe Ihnen gerne mein Nationalratsvotum, in der Hoffnung, ich könne Sie doch noch überzeugen. Die Luftverteidigung hat erste Priorität. Eine Neuevaluation, die zu etwas Billigerem kommt, sehe ich nicht, denn im Jahre 2000 werden alle Waffensysteme, die dann käuflich sein werden, das Doppelte oder das Dreifache kosten. Aber lassen wir erst einmal das Volk entscheiden.

Zweite Priorität bei der Rüstung hat die Elektronik: elektronische Kriegsführung und Erneuerung der Führungssysteme. Dritte Priorität haben die Gefechtsfeldbeweglichkeit und schliesslich das operative Feuer.

Ich bin mit Herrn Rüesch einig: Wir brauchen ein Armeeleitbild, das wirklich realisierbar ist. Wenn man uns aushungert, indem man uns nach dem Prinzip der Opfersymmetrie bei jedem neuen Budget, das nicht so gut aussieht, nochmals einen Schnitt ins Fleisch macht, können wir die «Armee 95» nicht realisieren. Ich bin Ihnen deshalb schon dankbar, wenn Sie dann, wenn es um die Budgets geht, auch B sagen, falls Sie hier beim Armeeleitbild A gesagt haben. Die Armee muss mit langfristig stabilen finanziellen Rahmenbedingungen rechnen können, weil sie ein Ganzes ist, das über Jahre entsteht. Die «Armee 95» muss mit dem anfangen, was wir heute haben. In fünfzehn Jahren kommt Neues hinzu. Das war auch bei der Konzeption 61 so. Dafür müssen wir einen gewissen Finanzrahmen, eine gewisse Stabilität haben. Wir haben für die Bundesfinanzen Opfer gebracht. Ich meine, dass die nötige Stabilität nun doch vom Parlament gewährt werden sollte.

Es wurde darauf hingewiesen, dass eine Milizarmee Kontinuität braucht, dass sie aber trotzdem dem Wandel angepasst werden muss. Zwischen Anpassung und Wandel besteht ein fast unauf löslicher Widerspruch. Wir versuchen, diesen Widerspruch mit dem Denken in Optionen zu lösen. Wir schaffen keine Armee für hundert Jahre, aber vielleicht für zehn, fünfzehn, zwanzig Jahre. Dann muss sie für lagegerechte Entwicklungen wieder offen sein. Wenn sich alle Chancen in Europa realisieren – das wird zwar einige Zeit brauchen –, schliesse ich nicht aus, Herr Plattner, dass einmal ein weiterer Verkleinerungsschritt kommt, der sich Ihrem Idealbild einer «Armee 2000» annähern könnte; denn ziemlich viele Ihrer Punkte – Friedensförderung usw. – sind doch als Ansätze in diesem Leitbild schon sehr gut enthalten.

Vielleicht gibt es aber nachhaltige Rückfälle. Dann hat Herr Rüesch recht: Dann heisst die Option Aufwuchs oder Steigerung der Kampfkraft. Ich teile seine Bedenken, dass eine Vergrößerung der Armee wahrscheinlich kaum mehr möglich sein wird. Aber was möglich sein würde, wäre eine raschere Modernisierung, eine Steigerung der Kampfkraft der bestehenden Armee. Das würde ich, wenn sich eine Verschärfung der Lage abzeichnet, auch politisch nicht völlig ausschliessen. Nur müsste früh genug damit begonnen werden.

Vielleicht will sich unser Volk einem Bündnis anschliessen; dann muss die Struktur der Armee das ermöglichen. Vielleicht wollen wir bewaffnet neutral bleiben, dann muss diese Armee auch in zwanzig Jahren noch das Land eigenständig verteidigen können.

Das ist das, was wir mit der «Armee 95» an Anpassungsfähigkeit eingebaut haben und was aus meiner Sicht die richtige Strategie sein wird.

Herr Schoch hat die Frage Schweiz und Europa aufgeworfen. Wir sind ein Teil Europas; wir sind Mitspieler und Mitverantwortliche. Ich meine, dass auch im Rahmen der bewaffneten Neutralität unsere Armee Europa nützlich ist. Sie verhindert, dass in unserem Land ein Risikoraum entsteht. Sie macht ihn stabil und berechenbar. Mit den neuen friedenspolitischen Massnahmen leistet sie Beiträge der friedenspolitischen Solidarität – künftiges Stichwort: Blauhelme.

Neuerdings gibt es in unserem Lande auch die Pose des sicherheitspolitischen Trittbrettfahrers. Herr Huber hat das als die «Flucht nach Europa» bezeichnet. Viele Leute glauben, uns würden dann schon Europa, die Uno oder sonstwer zu Hilfe eilen, wenn es einmal ernst gelte. Deshalb sei es verantwortbar, in unseren Wehranstrengungen nachzulassen. Dieser Irrtum hatte gerade bei der Flugzeugdebatte eine ziemlich grosse politische Bedeutung.

Natürlich könnten wir einem Bündnis beitreten, wenn wir dies tun möchten, aber es gibt hier nur eines, und das heisst Nato. Gerade bei den sicherheitspolitischen Trittbrettfahrern in der Schweiz stelle ich aber meistens wenig Bereitschaft fest, ausgerechnet der Nato beizutreten. Man kann auch nicht von einem Verteidigungsbündnis nur profitieren wollen. Man muss dazu etwas beitragen. Es besteht gerade in der Nato ein Konsens darüber, dass auch unangenehme politische Lasten solidarisch verteilt werden; dazu gehören beispielsweise Flugzeuge. Es ist auch eine berechnete Frage – ich habe das im Nationalrat gesagt –, ob Europa je bereit wäre, seine Schutzgarantien auf ein Land auszudehnen, bei dem man nie weiss, ob es sich plötzlich durch die Abschaffung seiner Armee aus der sicherheitspolitischen Solidarität hinausschleicht. Erst vor kurzem haben mehrere EG-Mitglieder – Sie konnten es in der «Neuen Zürcher Zeitung» lesen – ganz klar zu erkennen gegeben, dass sie für neutrale EG-Mitglieder keine Schutzgarantien übernehmen wollen.

Für den Bundesrat steht im Moment ein Beitritt zu einer militärischen Allianz nicht zur Diskussion. Und einem europäischen Sicherheitssystem können wir nicht beitreten, weil ein solches nicht existiert. Trotz aller Anstrengungen gibt es erst rudimentäre Ansätze zu einer solchen Ordnung. Deshalb gibt es im Moment für uns keine Alternative zur bewährten Maxime der bewaffneten Neutralität, aber ich schliesse nicht aus, dass sich unsere Neutralität in Zukunft aus politischen Gründen verändern wird. Das kann politische Gründe haben, indem von uns mehr Solidarität im Verhältnis zum neutralen Element gefordert wird, auch in unserem eigenen Interesse. Das kann militärische Gründe haben, wenn wegen des technologischen Fortschrittes die eigenständige Verteidigung eines kleinen Landes auf Dauer nicht mehr möglich wäre. Herr Mornioli hat auf die Gefahr der ballistischen Raketen hingewiesen. Ich halte das im Moment noch für keine Gefahr, aber wegen der Verbreitung des technischen Know-how kann es in zehn, fünfzehn Jahren eine sehr greifbare Gefahr werden. Dieser können wir sicher nicht allein mit SDI begegnen; das wird eine gesamteuropäische Aufgabe werden. Dann stellt sich für uns die Frage, ob wir in einem grösseren Verbund mitmachen wollen oder nicht. Die Armee kann sich an solche Entwicklungen anpassen, aber selber wird sie solche Entscheide nie fällen. Das sind politische Entscheide, über die gegebenenfalls Volk, Stände, Bundesrat und Parlament in aller Freiheit entscheiden müssen.

Aber ich muss hier noch etwas deutlich sagen: Wir dürfen auch nicht durch die mutwillige Schwächung der Armee so weit kommen, dass wir faktisch zu einem Bündnis gezwungen werden, weil wir sonst die eigene Sicherheit für unser Volk nicht mehr garantieren können. Wenn aber die Politik aus einer starken Position heraus – denn nur so hat man in einem solchen Umfeld etwas zu sagen – solche Entscheide fällen

will, muss die Armee sie nachvollziehen können. Es geht also wiederum um das Denken in Optionen.

Ich glaube, dass ich damit auf die meisten Fragen einigermaßen eingegangen bin.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie den bundesrätlichen Bericht in zustimmendem Sinne zur Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Die Kommission beantragt, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Zustimmung – Adhésion

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse

gemäss Seite 2 des Berichtes

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires

selon la page 2 du rapport

Angenommen – Adopté

An den Nationalrat – Au Conseil national

Schluss der Sitzung um 20.30 Uhr

La séance est levée à 20 h 30

92.009

Armeeleitbild 95 Plan directeur de l'armée 95

Bericht des Bundesrates vom 27. Januar 1992 (BBI I 850)
Rapport du Conseil fédéral du 27 janvier 1992 (FF I 843)

Beschluss des Ständerates vom 15. Juni 1992
Décision du Conseil des Etats du 15 juin 1992

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Mehrheit

Kenntnisnahme vom Bericht

Minderheit I

(Haering Binder, Carobbio, Gross Andreas, Hollenstein, Steiger)

Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, ein Armeeleitbild zu unterbreiten, das von folgenden Randbedingungen ausgeht:

1. Die Militärausgaben werden schrittweise auf 50 Prozent des heutigen Standes reduziert.
2. Die Truppenbestände werden bis auf 150 000 Mann reduziert.
3. Gleichzeitig wird ein Konzept zur Umwandlung militärahängiger Arbeitsplätze in zivile Beschäftigung erarbeitet und umgesetzt (Rüstungskonversion).

Minderheit II

(Meier Hans)

Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, bei der Ueberarbeitung des Leitbildes die Friedensförderung und die Existenzsicherung neben dem Verteidigungskampf zu den Hauptaufträgen der Armee zu machen.

Minderheit III

(Gross Andreas, Carobbio, Haering Binder, Hollenstein, Steiger)

Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag – zumindest im Sinne einer weiteren Option –, eine nichtmilitärische Friedens- und Sicherheitspolitik (Leitbild «Friedenspolitik 2005») zu konzipieren, die gemeinsam mit anderen europäischen Staaten auf die Vermeidung der Eskalation von Konflikten zu Gewalt einwirkt und so verhindert, dass Konflikte zu Kriegsursachen eskalieren, die früher zu Kriegen führten, die sich Menschen bei uns und anderswo nicht mehr leisten, weil sie sie kaum mehr überleben können.

Eventualantrag der Minderheit IV

(Carobbio, Gross Andreas, Haering Binder, Hollenstein, Meier Hans, Steiger)

(falls die Rückweisungsanträge abgelehnt werden)

Vom Bericht wird im ablehnenden Sinne Kenntnis genommen

Antrag Zwyygart

Kenntnisnahme vom Bericht

Der Bundesrat wird aufgefordert, einen Einsatzbericht darüber vorzulegen, welche Massnahmen zur Eingliederung der Arbeitnehmer in den Rüstungsbetrieben des Bundes in die zivile Produktion ergriffen werden sollen.

Proposition de la commission

Majorité

Prendre acte du rapport

Minorité I

(Haering Binder, Carobbio, Gross Andreas, Hollenstein, Steiger)

Renvoi au Conseil fédéral

avec le mandat de présenter un plan directeur qui contienne les conditions-cadres suivantes:

1. Les dépenses militaires seront réduites, par étapes, de 50 pour cent du montant actuel.
2. Les effectifs des troupes seront réduits à 150 000 hommes.
3. Simultanément, sera élaboré un concept de reconversion dans une occupation civile des places de travail dans le domaine militaire (Reconversion de l'armement).

Minorité II

(Meier Hans)

Renvoi au Conseil fédéral

avec mandat de fixer, lors de l'élaboration du plan directeur, comme missions principales de l'armée, la promotion de la paix et la préservation des conditions d'existence, en plus de la défense armée.

Minorité III

(Gross Andreas, Carobbio, Haering Binder, Hollenstein, Steiger)

Renvoi au Conseil fédéral

avec le mandat – au moins dans le sens d'une option supplémentaire – d'élaborer une politique non militaire de paix et de sécurité (Plan directeur «Politique de paix 2005»), conçue en collaboration avec d'autres Etats européens et destinée à exercer une influence, de manière à éviter que les conflits, par escalade, ne dégénèrent en violence; ce faisant, il y a lieu d'empêcher que cette escalade ne débouche sur des conflits armés qui, naguère, aboutissaient à des guerres que les hommes chez nous et ailleurs ne veulent plus faire parce que c'est à peine s'ils survivraient.

Proposition subsidiaire de la minorité IV

(Carobbio, Gross Andreas, Haering Binder, Hollenstein, Meier Hans, Steiger)

(au cas où les propositions de renvoi seraient rejetées)

Prendre acte du rapport en le désapprouvant

Proposition Zwyygart

Prendre acte du rapport

Le Conseil fédéral est invité à présenter un rapport complémentaire sur les mesures propres à intégrer dans la production civile les travailleurs occupés dans les entreprises d'armement de la Confédération.

Keller Anton, Berichterstatter: Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates hat am 27. Februar und am 25. Juni 1992 das Armeeleitbild 95 unter dem Präsidium von Helmut Hubacher zügig und in sachlicher Atmosphäre diskutiert. Anwesend waren Bundesrat Villiger und die Spitze des EMD, insbesondere Generalstabschef Häsler, Ausbildungschef Christen, Rüstungschef Wicki und Generalsekretär Ernst. Ich danke diesen Herren gleich zu Beginn für ihre kompetente Erläuterung des Leitbildes.

Wir sprechen über einen Bericht, der Zukunft in sich hat. Es geht darum, die Vorstellung zu umschreiben, wie die neue schweizerische Armee aussehen wird; eine Armee, die in den nächsten 10, 15, vielleicht 20 Jahren in den wesentlichen Zügen Bestand haben soll. Das vorliegende Leitbild ist die klar umrissene Absichtserklärung des Bundesrates. Es bringt noch nicht die gesetzlichen Grundlagen, aber es stellt die Weichen für diese gesetzlichen Grundlagen. Die Art und Weise, wie Sie diesen Bericht aufnehmen, wird entscheiden, wie unsere Armee verändert wird. Es ist deshalb entscheidend, dass die Meinungen hier auf den Tisch kommen. Im Sinn und Geist dieses Berichts – darüber kann kein Zweifel bestehen – greift die Veränderung tief in unsere Wehrtradition ein. Wir sind es uns gewohnt, eine Veränderung nur gemächlich vorzunehmen, weil wir der staatsphilosophischen Ueberzeugung sind, dass ein langsames Vorgehen nie so falsch sein kann wie ein rasches. Für viele ist es schon selbstverständlich geworden,

dass diese Armee verändert werden muss. Für viele ist es selbstverständlich geworden, dass sie im Sinne dieses Leitbildes verändert wird. Wir müssen aber gleichwohl wissen: Wir nehmen diese Aenderungen in einer Welt vor, die sich ebenfalls ändert, und es ist nicht auszuschliessen, dass diese Armee in einem Zeitpunkt realisiert sein wird, wenn sich die sicherheitspolitischen Umstände ebenfalls wieder verändert haben.

Daraus kann man ableiten: Dieses Leitbild muss zwar unbedingt Klarheit schaffen, aber darf auch nicht auf einer vorgefassten Meinung über die Zukunft beruhen. Diese Armee muss gefestigte Strukturen und Anpassungsfähigkeit in Einklang bringen. Das ist nicht einfach, es ist aber unverzichtbar. Ein Grundgefühl sicherheitspolitischer Unsicherheit ist heute kaum abzustreiten. Von da aus gesehen ist es nicht ganz erstaunlich, dass das vorliegende Projekt nicht von allen gutgeheissen wird. Für traditionell Orientierte weist es unwägbar, ja riskante Neuerungen auf; andere stellen mit Ungeduld fest, dass das Ende des kalten Krieges nicht zu noch weitgreifenderen Reformen inspiriert hat.

Vorerst einmal kann festgehalten werden: Der Bericht «Armee 95» (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren; Armeeleitbild 95) schliesst sich folgerichtig an den Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz «Sicherheitspolitik im Wandel» an. Das Leitbild geht aus diesem Bericht hervor; die beiden sind aus einem Guss. Die diffuse sicherheitspolitische Lage mit ihren Chancen und Risiken bildete einen Hauptgegenstand der seinerzeitigen Diskussion über den Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Sie wurde auch der Diskussion des Leitbildes zugrunde gelegt, ohne dass, verglichen mit der seinerzeitigen Diskussion, neue Aspekte hinzugefügt werden – wohl aber bekannte bestätigt!

Ich erachte es nicht als meine Aufgabe, den Inhalt des Leitbildes zusammenzufassen. Vielmehr geht es mir darum, einige Brennpunkte der Diskussion in unserer Kommission anzusprechen:

1. Der Stellenwert der Armee im Rahmen der Sicherheitspolitik, ihre Aufträge und die Gewichtung dieser Aufträge: Hauptauftrag der Armee bleibt nach wie vor die Fähigkeit, das Land zu verteidigen. Das ist natürlich nicht bloss Deklamation, sondern hat massgebliche Auswirkungen auf Organisation, Ausrüstung und Schulung. Der Hauptauftrag wird durch zwei weitere Aufträge ergänzt: Beteiligung an friedensfördernden Massnahmen und Mithilfe bei der Existenzsicherung der Bevölkerung. Das Leitbild bringt für diese begleitenden Aufträge die erforderlichen Präzisierungen.

Stichworte zum Thema Friedensförderung: Tätigkeiten unbewaffneter Beobachter-Spezialeinheiten aus Bereichen wie Genie, Sanität, Luft- und Strassentransporte, Reparatur und Betreuung, Uebernahme von Ueberwachungsfunktionen, Stichworte: Blauhelmkontingent in Bataillonsstärke, Schutz internationaler Konferenzen. Diese Truppen können im Rahmen der Uno, aber auch der KSZE zum Einsatz kommen. Wir werden uns darüber noch aussprechen.

In unserer Diskussion wurde auf die Bedeutung dieses Aktes der Solidarität gegenüber der Völkergemeinschaft hingewiesen. Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass die Rekrutierung der Mannschaft keine Probleme stellen dürfte, wohl aber jene der Kader. Die Kommissionsmehrheit teilt die Auffassung des Bundesrates, dass die Armee auf diesem Gebiet nur einen kleineren Auftrag übernehmen kann, denn Prävention, d. h. Konfliktentschärfung im Sinne des Berichtes über die Sicherheitspolitik der Schweiz durch Kooperation und internationale Hilfestellung, muss Inhalt der gesamten Politik sein, insbesondere der Aussen- und Wirtschaftspolitik.

Einige Bemerkungen zum Auftrag der Existenzsicherung der Bevölkerung: Es geht hier um Einsätze bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen, die auch im grenznahen Ausland möglich sein sollen. Hinzu kommen Schutz- und Bewachungsaufträge und die Mithilfe bei der Bewältigung von Flüchtlingsströmen zur Verstärkung der zivilen Behörden, aber auch des Grenzwachtkorps.

Die Kommission konnte sich überzeugen, dass für die Belange der Existenzsicherung namhafte und teilweise auch

neugebildete Formationen bereitgestellt und ausgebildet werden. Sie erachtet eine strenge Trennung auf diesem Gebiet von Zivilschutz und Armee bei Hilfseinsätzen nicht als sinnvoll – darüber haben wir bereits beim vorangehenden Geschäft diskutiert –, weil die Armee eben bedeutende und bestens geeignete Mittel zur Verfügung hat. Da diese Mittel subsidiär sind und die Einsätze unter der Führung ziviler Behörden durchgeführt werden, ist die Zusammenarbeit vorgezeichnet und geordnet.

Die Kommissionsmehrheit hat es abgelehnt, diese beiden Aufträge der Armee, also Friedensförderung und Existenzsicherung, auf die gleiche Höhe wie den Hauptauftrag Verteidigungskampf zu stellen. Wir werden über den Antrag der Minderheit II (Meier Hans) noch sprechen. Deutlich abgelehnt hat sie auch den Antrag, den die Minderheit III (Gross Andreas) hier vertritt, nämlich: den Bericht an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine nichtmilitärische Friedens- und Sicherheitspolitik zu konzipieren.

2. Mannschftsbestand und Konzeption: Das Projekt «Armee 95» sieht eine drastische Reduktion der Bestände um rund ein Drittel vor. Sie wird auf einen Bestand von 400 000 zurückgeführt, wozu noch etwa 12 bis 15 Prozent Mobilmachungsreserve kommen.

Die Grösse war in der Kommission Gegenstand der Diskussion. Wie kam man auf diese Grösse, warum nicht auf eine andere? Die Herabsetzung an sich wurde von keiner Seite bestritten. Es scheint so, dass die Lösung empirisch gefunden wurde, indem man gewisse Annahmen traf und diese dann auf ihre Verträglichkeit und Durchführbarkeit hin überprüfte. Die Verkleinerung der Heere entspricht einem internationalen Vorgang in der Nachphase des kalten Krieges. Es sprechen aber auch wirtschaftliche Gründe dafür. Ein Aderlass, wie ihn die Mobilmachung von mehr als 800 000 Mann darstellt, wäre für unsere Wirtschaft schon nach kürzerer Zeit nicht mehr zu verkraften. Der gestiegene Anspruch vieler moderner Arbeitsplätze macht zudem deren Inhaber in vielen Fällen kurzfristig unersetzlich. Die «Armee 95» ist indes immer noch ein personalstarkes Heer.

In der Kommission wurde die Frage nach weiterer Reduktion gestellt. Die Kommission konnte zur Kenntnis nehmen, dass das EMD unter anderem eine Variante mit 150 000 Mann studiert hatte. Sollte allerdings ein solches Heer glaubwürdig sein – die Kommissionsmehrheit teilte diese Auffassung –, dann wäre bezüglich Feuerkraft, Mobilität und auch Professionalität eine hohe Leistungsstufe unabdingbar. Der Generalstabschef hat die dafür nötigen kurzfristigen Kosten auf schätzungsweise 22 bis 27 Milliarden Franken beziffert. Hinzu käme natürlich noch die Frage der Akzeptanz in der Bevölkerung vor dem Hintergrund unserer Militärtradition.

Aus anderer Motivation heraus verlangt der Antrag der Minderheit I (Haering Binder) diese Grösse von 150 000 Mann. Darüber wird noch zu sprechen sein. Ich verrate Ihnen aber kein Geheimnis, wenn ich Ihnen schon jetzt sage, dass die Kommissionsmehrheit diesen Antrag ablehnen wird.

Dass mit einem stark verkleinerten Heer die flächendeckende Abwehr gemäss Konzeption vom 6. Juni 1966 nicht mehr zu leisten ist, war in der Kommission unbestritten. Die neue Konzeption der dynamischen Raumverteidigung verzichtet auf die örtlich verankerten Grenz- und Reduitbrigaden. Bemannt bleibt allerdings die Infrastruktur, welche dann von den jeweils in diesen Raum einmarschierenden eigenen Truppen übernommen werden kann. Gleichwohl soll der Kampf ab Landesgrenze geführt werden. Damit ist erhöhte Beweglichkeit gefordert, indem dort das Schwergewicht gebildet werden kann, wo ein Gegner angreift. Feld- und Gebirgsdivisionen besetzen wichtige Geländeteile und sperren entscheidende Achsen, andererseits führen die fünf Panzerbrigaden Angriffe. Dass an eine moderne Flugwaffe zum Schutz sich verschiebender Verbände – vor allem von Panzerverbänden – zu denken ist, kann aus militärischer Sicht nicht bestritten werden. Sollte die «Antiflugzeug-Initiative» angenommen werden, wäre eine Aenderung der Konzeption der dynamischen Raumverteidigung nötig.

Die Kommissionsmehrheit erachtet die im Leitbild vorgesehene Zahl von 400 000 Angehörigen der Armee als richtig.

Sollte sich die Weltlage längerfristig positiv entwickeln, kann auch über diese Zahl diskutiert werden.

3. Organisatorischer Umbau. «Armee 95» verzichtet auf die Trennung in drei Heeresklassen, reduziert das Dienstalalter auf 42 Jahre und verlangt vom Soldaten 10 Wiederholungskurse im Zweijahresrhythmus. Diese Massnahmen blieben in der Kommission grundsätzlich unbestritten. Es wurde aber kritisch angemerkt, dass in den Jahren nach dem Alter 30 die zivile Beanspruchung wächst, so dass die Verpflichtung zu dreiwöchigen Wiederholungskursen nicht eben angepasst erscheint. Zudem ist nicht von der Hand zu weisen, dass in der verhältnismässig langen Zeit bis zum nächsten WK einiges Können verlorengeht. Dieses Problem verschärft sich bei Dispensation vom WK, wenn dieser nicht in einer anderen Einheit geleistet wird, was hier natürlich wünschbar ist. Der Umfang des Abbaues wird ersichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass rund 1800 Stäbe und Einheiten aufgelöst werden. Ebenso wird eine bedeutende Entsorgungsaufgabe bezüglich Waffen, Material und Ausrüstungsgegenstände auf das EMD zukommen.

4. Neutralität und internationale Einbindung: Die Kommission ist verhältnismässig intensiv auf diesen Problembereich eingegangen. Die Frage ist schwierig, weil sie sich in einer Zeit stellt, in der die Tendenzen auch in unserem internationalen Umfeld alles andere als klar sind. Die Frage, die gestellt wird, lautet: Ist diese umgebildete Armee auf dauernde Neutralität und damit auf selbständige Verteidigung auszurichten, oder ist sie so zu konzipieren, dass sie auch in ein in Zukunft einzugehendes Bündnis oder in eine irgendwie gestaltete Zusammenarbeit passt?

Die Kommission war sich bewusst, dass die Bündnis- oder Zusammenarbeitsfrage heute einen hypothetischen Charakter hat. Diese Frage ist auch nicht eine Frage des Militärs, sondern der Politik. Europafähig werden ist für die Armee das kleinere Problem als für die Politik; so brachte es der Generalstabschef auf den Punkt. Europafähig wären ohne Zweifel die Panzerbrigaden und die neuen Flugzeuge, sofern wir sie beschaffen.

Mit Blick auf die europäischen Bündnissysteme wurde mit Bedauern eine gewisse Hintanstellung der KSZE befürchtet, die in ihrer Bedeutung durch den neugeschaffenen Kooperationsrat der Nato in den Schatten gedrängt werden könnte. Das Bedauern hat seinen Grund vornehmlich darin, dass wir Mitglied der KSZE, nicht aber der Nato sind, in die wir ja auch nicht eintreten wollen. Zurzeit im Nebel steht die Entwicklung der Westeuropäischen Union, und auch die Sicherheitspolitik auf der Grundlage der Maastrichter Verträge ist ungewiss.

Fasst man zusammen, so drängen sich zur Stunde keine Entscheide auf. Wohl aber muss die Lage aufmerksam verfolgt werden, denn es sind Entwicklungen denkbar, die von der Schweiz ein Mehr an Solidarität verlangen. Denkbar ist auch eine technologische Entwicklung, die es einem Kleinstaat verunmöglicht, eine völlig selbständige Sicherheitspolitik zu führen. Die Frage bleibt offen. Für die Kommissionsmehrheit ist es aber klar, dass die neutrale Schweiz nicht zum sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer in Europa absteigen darf, sondern im Rahmen des Möglichen und lagegerecht eine glaubwürdige Armee braucht.

5. Themenkreis Ausbildung und Personal: Die Verkürzung der Ausbildungszeit von 331 Tagen auf 295 für Soldaten und Gefreite leuchtet nicht unbedingt ein, wenn man den gestiegenen Anforderungen der Waffen, Geräte und auch der Zusammenarbeit der Truppen, der Verbände damit vergleicht. Es handelt sich um eine diskutabile Konzession an die berufliche Tätigkeit.

Positiv fällt in Betracht, dass WK-Truppen vermehrt eingerichtete Waffen- und Übungsplätze benutzen können. Positiv für die Übungen sind auch die im Zweijahresrhythmus bedeutend höheren WK-Bestände.

Besondere Bedeutung kommt aus der Sicht der Kommission der Motivation und Ausbildung der Unteroffiziere zu. Es geht dabei auch darum, junge Unteroffiziersanwärter finanziell besserzustellen. Bundesrat Villiger hat in der Kommission die Möglichkeit angesprochen, über die Erwerbssersatzordnung einen Weg zu diesem Ziel zu suchen.

Dass der Anteil der Kaderaus- und Fortbildung erhöht wird, stösst auf Zustimmung. Nicht unproblematisch ist aber, dass dadurch die Korporale in den ersten drei Wochen der RS nicht bei der Truppe sind, d. h., dass die jungen Rekruten nur vom Instruktionspersonal und vor allem von den Leutnants betreut werden. Zur Sprache kam in der Kommission auch die Instruktorenfrage in bezug auf Bestand und Ausbildung. Es wurde beispielsweise bedauert, dass das EMD von seinen 800 Stellen, die es in den nächsten Jahren wegen der Reduktion der Armee abbauen muss, nicht eine grössere Zahl in Instruktorenstellen umwandeln kann.

6. Zu den Finanzen: In der Kommission wurde auch die Frage nach dem Finanzplan gestellt, der sich aus diesem Leitbild entwickeln lässt. Von seiten der Verwaltung wird folgendes ausgesagt: Unter Beachtung einer angenommenen Inflationsrate von 5 Prozent wird das EMD bis 1995 – vom Stand 1990 an – eine reale Abnahme der gesamten Militärausgaben von 15 Prozent verwirklichen. Das EMD wird 1995 auf einem Anteil von 12 Prozent der Bundesausgaben stehen, verglichen mit einem Anteil von einem Drittel 1960. Allerdings rechnet der Bundesrat ab 1995/96 zum mindesten wieder mit dem Teuerungsausgleich.

7. Arbeitsplatzabbau infolge «Armee 95» und Fragen der regionalen Verteilung der Arbeitskräfte: In der Kommission wurde eingehend über die Frage diskutiert: Welche Auswirkungen wird «Armee 95» auf die Arbeitsplatzsituation in der Schweiz haben? Dieses Problem stellt sich weltweit bei vielen Armeen, in vielen Ländern in ähnlicher Weise. Die Situation ist überall schwierig, weil zurzeit in der ganzen Wirtschaft Rezession herrscht.

In der Schweiz betreffen die mit «Armee 95» verbundene Bestandesreduktion und ein langsamerer Rhythmus der Waffenbeschaffungen besonders die bundeseigenen Rüstungsbetriebe und Unterhaltsbetriebe (Zeughäuser). Es besteht bei uns in dieser Beziehung nun glücklicherweise keine private Rüstungsindustrie, die allein von Bestellungen für unsere Armee abhängig wäre.

Der Stellenabbau bei den Rüstungs- und Unterhaltsbetrieben ist weniger gesamtwirtschaftlich als vor allem für einzelne Regionen von Bedeutung. Das EMD hat deshalb einen kompetenten Beauftragten für diese Fragen ernannt. Generell lässt sich sagen, dass es in der heutigen Zeit nicht einfach ist, die Rüstungsbetriebe auf die Produktion von zivilen Gütern umzustellen. Der Staat darf damit auch nicht die Privatwirtschaft konkurrenzieren. Einzelne eidgenössische Rüstungsbetriebe sind auch schon an zivilen Arbeiten beteiligt: die Konstruktionswerkstätte Thun im Bereich Material- und Typenprüfung, die Munitionsfabrik Altdorf bei der Entsorgung von Kühlschränken und Asbest in Eisenbahnwagen, die Pulverfabrik Wimmis bei der Wiederaufbereitung von Batterien. Das sind Beispiele, die Schule machen könnten.

Bei der Frage der Arbeitsplätze in Bergregionen muss eine Lösung in Zusammenarbeit mit PTT, SBB und Privatwirtschaft gesucht werden. Gute Beispiele gibt es schon. Ein Teil der Munitionsfabrikation von Bührle soll in Altdorf weitergeführt werden, verbunden mit einer entsprechenden Verlagerung von Arbeitsplätzen. Bei der Erteilung von Zulieferaufträgen für Armeematerial sollen Firmen im Berggebiet nach Möglichkeit berücksichtigt werden, wenn sie preislich und qualitativ mit der Konkurrenz mithalten können.

Die Rüstungskonversion – um das verbrauchte Wort zu gebrauchen – unter Berücksichtigung des Berggebietes bei den Bundesarbeitsplätzen ist wichtig und muss mit grosser Energie weitergetrieben werden. Es ist aber sinnlos, deshalb den Bericht über das Armeeleitbild zurückzuweisen, wie dies eine Minderheit beantragt: Es ist dies Ziffer 3 des Antrages der Minderheit I (Haering Binder).

Etwas anders liegen die Dinge beim Antrag Zwygart: Er weist den Bericht nicht zurück, möchte aber einen Zusatzbericht zu dieser Frage.

Mit diesem Leitbild wird die Schweiz eine Armee haben, die sich nach wie vor nur zur Verteidigung des eigenen Landes eignet. Sie wird zusätzliche und bedeutende Fähigkeiten auf dem Gebiet der Friedensförderung und auf dem Gebiet des Existenzschutzes der Zivilbevölkerung haben. Auf der Grund-

lage dieses Leitbildes wird es eine Armee sein, die ernst genommen werden muss, die glaubwürdig ist und die auch im Volk Vertrauen finden kann.

Mit der Verabschiedung des Leitbildes können die weiterführenden Arbeiten in Angriff genommen werden; die Militärorganisation als gesetzliche Grundlage des Umbaus, das Dienstreglement, die Truppenordnung, die Truppenführung. Zum Schluss danke ich Herrn Bundesrat Villiger und seinen Mitarbeitern für die grosse Arbeit. Der Bericht hat eine gute Aufnahme gefunden, auch bei der überwiegenden Mehrheit der Kommission. Wenn auch die Botschaft dieses Berichtes nicht von allen gutgeheissen wird, so dürften doch nur wenige bestreiten, dass hier intensive und gründliche Arbeit geleistet worden ist.

M. Savary, rapporteur: Le plan directeur de l'armée 95 est directement basé sur le rapport 90 du Conseil fédéral sur la politique de sécurité de la Suisse, lequel est le cadre référentiel à long terme de la modernisation de notre armée. Votre commission s'est penchée de manière approfondie, lors de ses séances des 25 et 26 juin 1992, sur le rapport qui vous est soumis aujourd'hui. Elle vous propose d'en prendre connaissance en l'approuvant, par 13 voix contre 6 et une abstention. Dans mon rapport, je souhaite aborder avant tout la question centrale: pourquoi un nouveau plan directeur de l'armée? Et ceci devrait me permettre d'aborder les points essentiels discutés au sein de la commission.

La planification Armée 95 remonte au printemps 1989 et était, à l'origine, prévue pour les années 2005. Face aux modifications rapides de la situation internationale et dans la perspective de la votation sur l'initiative populaire «pour une Suisse sans armée», il a été décidé que le rythme de la planification soit accéléré. L'armée que nous connaissons aujourd'hui, l'Armée 61, a, dans sa mission, son armement et sa structure, suivi, au cours des 30 dernières années, l'évolution de la menace, venant avant tout, vous le savez, d'une confrontation des blocs Est/Ouest. A cette forme de menace aujourd'hui disparue, l'armée suisse a répondu avec ses moyens propres et avec une conception de la défense du territoire très stricte.

L'effondrement du bloc de l'Est a profondément modifié l'image de la menace et a contraint le Conseil fédéral à adapter sa politique de sécurité à la nouvelle situation. Dans le rapport 90 sur la politique de sécurité, il maintient le principe d'une défense armée mais reconnaît que l'image de la menace est devenue plus diffuse et difficile à cerner de manière précise. Pour ces raisons, les missions de l'armée ont été quelque peu redéfinies, mais l'armée – et c'est cela qui est important – reste avant tout un instrument de combat qui doit contribuer à la prévention de la guerre et à défendre, au besoin, notre pays et notre population. A cela sont venues s'ajouter la promotion de la paix et la préservation des moyens d'existence. L'armée devient ainsi multifonctionnelle.

A ces considérations politico-stratégiques sont venus s'ajouter d'autres éléments qui ont conduit aux propositions contenues dans le plan directeur de l'armée 95.

Les effectifs de l'armée sont actuellement de près de 625 000 hommes et même davantage si l'on prend en compte tous ceux qui ont une fonction ou qui sont incorporés. En cas de défense de la neutralité et en cas de guerre, la majorité d'entre eux seraient mobilisés. Une partie de l'économie serait bloquée, l'agriculture serait aussi paralysée, parce qu'il n'est plus possible de confier, comme par le passé, la responsabilité des machines de la ferme à une quelconque personne qui ne dispose d'aucune formation. Les effectifs importants sont, en outre, à l'origine de coûts considérables et nécessitent l'engagement d'un nombreux personnel pour assurer l'équipement des hommes et de son entretien. De telles dépenses doivent pouvoir être réduites dans le sens d'une concentration sur l'essentiel. Par ailleurs, le mode de service – un cours de répétition annuel, 19 semaines de paiement de galons pour les futurs commandants de compagnie – rend difficile le recrutement des cadres. L'économie privée considère, de plus en plus, que ces absences sont fâcheuses. De plus, nos effectifs sont aussi très élevés en comparaison des Etats européens environnants.

La réforme Armée 95 consiste, pour l'essentiel, à réduire les effectifs jusqu'à environ 400 000 hommes. Cela signifie que la conception de la défense militaire doit être adaptée, soit que les effectifs manquants devront être comblés par une mobilité accrue et une plus grande puissance de feu. La réduction des effectifs permet ainsi d'abaisser l'âge limite actuel de l'obligation de servir de 50 à 42 ans et le passage à une seule classe d'âge de l'armée. Ainsi, on tient compte des changements intervenus dans la situation politique et dans la société.

Le principe de milice n'est pas touché par les réformes contenues dans le plan directeur de l'armée 95 et la commission partage entièrement les raisons qui plaident en faveur du statu quo, en premier lieu, pour des raisons financières, car une armée de métier serait d'un coût très élevé, mais aussi en raison de considérations de politique intérieure qui sont à l'origine même du principe de milice. Les Suisses ne veulent pas conférer à l'Etat des pouvoirs trop étendus et souhaitent, par conséquent, que toutes les couches de la population soient plus largement représentées au sein de l'armée. Lever une armée d'engagés volontaires consisterait de plus à violer l'article 13, alinéa premier, de la constitution. En effet, conformément à cette disposition, la Confédération n'a pas le droit d'entretenir de troupes permanentes. Ce faisant, le législateur a aussi voulu empêcher la formation de troupes politiquement unilatérales. C'est, entre autres, pour ces considérations d'ordre politique, que le Conseil national a maintenu le principe de l'obligation de servir, à propos de l'introduction d'un service civil pour les objecteurs de conscience.

La mission de l'armée a été définie dans le rapport 1990 sur la politique de sécurité et l'Armée 95 devra être structurée de manière à être en mesure de satisfaire à toutes les exigences posées. Premièrement, l'armée contribue à la prévention de la guerre et défend, au besoin, notre pays et notre population. C'est toujours la mission principale et la mission la plus importante. L'armée devra démontrer constamment et de façon convaincante qu'elle a la volonté et la capacité de défendre le pays. Elle devra empêcher qu'un vide stratégique ne se forme en Suisse, protéger l'espace aérien, mener une défense terrestre à partir de la frontière et dans toute la profondeur du territoire et enfin poursuivre la résistance militaire également dans les territoires occupés. La majorité de la commission estime que c'est à l'armée, en premier lieu, qu'incombe la contribution à la prévention de la guerre, par la démonstration de son aptitude à la défense militaire. La nouvelle doctrine, dite de la défense dynamique, donnera à notre armée les moyens de marquer des efforts principaux en fonction de la menace.

Deuxièmement, l'armée contribue à la promotion de la paix. Elle le fera en fournissant du personnel dans le cadre de mesures propres à instaurer la confiance, à maîtriser les armements, à vérifier et à participer à des opérations internationales de maintien de la paix, ceci en collaboration avec les organes civils responsables.

Elle le fera également en assurant la protection armée des conférences internationales qui se déroulent sur le territoire helvétique, en plus de diverses actions déjà entreprises, «Bérets bleus» par exemple, formation d'observateurs de l'ONU, mise à disposition d'experts. Et, sous réserve d'approbation par le Parlement, notre armée devrait former des unités organisées, structurées selon les besoins et équipées en conséquence, prêtes à être engagées dans des opérations de maintien de la paix, sous la responsabilité de l'ONU ou d'autres organisations internationales. La commission a estimé que ces engagements ne pourront que renforcer l'image de notre armée auprès de l'étranger.

Troisièmement, l'armée contribue à préserver les conditions générales de survie. Elle y parviendra en tenant prêtes les formations particulièrement qualifiées pour l'engagement en cas de catastrophes; en engageant, en collaboration avec les services civils correspondants, des troupes spécialement instruites pour l'aide d'urgence en Suisse et, éventuellement, à l'étranger; en protégeant aussi la population et les installations d'importance vitale ou particulièrement exposées contre les violences perpétrées dans notre pays.

L'évolution du monde moderne a mis en évidence la multiplicité des risques que peut courir la population de notre pays.

Aussi est-il normal que l'armée renforce ses moyens, afin de pouvoir intervenir rapidement lors de catastrophes naturelles ou de manifestations d'actes de violence qui se situent en dehors des actions de guerre.

La majorité de la commission partage la position du Conseil fédéral selon laquelle ces actions s'effectueront d'après le principe de la subsidiarité, avec une responsabilité exclusive des autorités civiles. Ces tâches incomberont principalement aux formations territoriales de l'armée ainsi qu'aux troupes de sauvetage – c'est la nouvelle dénomination pour les troupes de protection aérienne – avec un échelon d'armée sous la forme d'un régiment en cas de catastrophes. Les bataillons d'infanterie des divisions territoriales seront également à même d'assurer des missions de garde et de surveillance, si la situation devait l'exiger.

La conception de l'engagement: la doctrine de combat actuelle de notre armée repose sur le principe dit de la défense combinée. Elle nécessite d'importants effectifs d'infanterie, avec des troupes sédentaires menant le combat dès la frontière. La réduction des effectifs envisagée touchera principalement les brigades-frontière et les brigades de réduit, ainsi que des formations du soutien et des places de mobilisation. C'est ainsi que près de 1800 unités et états-majors devraient être supprimés. En raison de ces diminutions d'effectif, la nouvelle doctrine d'engagement dite de la défense dynamique cherche à créer un rapport d'équilibre entre l'espace et le temps, les moyens et les forces à disposition. Il s'agit dès lors de fournir, de manière souple, des efforts principaux conformes à l'évolution de la situation. Cette doctrine passe impérativement par une sensible augmentation de la mobilité de l'armée ainsi que des moyens de feu lourds. Cela se traduira principalement par la création de cinq brigades blindées, subordonnées au corps d'armée et d'un régiment d'artillerie, élément de réserve opérative de l'armée.

La majorité de la commission est ainsi convaincue que, malgré la suppression des brigades-frontière, mais avec l'apport des régiments de forteresse, le combat pourrait être mené en cas d'attaque aussi près que possible de la frontière, en utilisant les points forts du terrain, sans risque de voir se former d'importantes zones démilitarisées. Il est évident que si l'acquisition d'un nouvel avion de combat devait être rejetée par le peuple et les cantons, lors de la votation de l'année prochaine, cette nouvelle conception de l'engagement se verrait privée de couverture aérienne et devrait, par conséquent, être revue.

Le chapitre concernant l'instruction a tout particulièrement retenu l'attention de la commission, en raison des profonds changements qu'il risque d'apporter dans la formation de nos soldats. Aussi je me permets d'aborder quelques questions centrales avec un peu plus de détails.

La durée de l'instruction: elle devrait passer de 331 à 300 jours, en utilisant toutes les possibilités de rationalisation. L'instruction de base sera portée de 17 à 15 semaines, mais le Conseil fédéral pourra, en cas de nécessité, ordonner que la durée de l'instruction soit à nouveau prolongée. Cette réduction de temps de l'instruction suscite de nombreuses réactions, et nombreux sont ceux qui pensent qu'elle entraînera inévitablement une diminution de l'aptitude au combat de notre armée. La commission est d'avis que tel ne devrait pas être le cas, mais à certaines conditions. L'instruction doit être intensifiée, notamment par l'apport de matériel d'enseignement de pointe, tels les simulateurs et l'optimisation des places de tir. En outre, afin de compenser l'absence des sous-officiers, lors des trois premières semaines de l'école de recrues, il s'agira de renforcer impérativement le corps des instructeurs, voire, dans certains cas, de recourir à des spécialistes civils ou à des officiers de milice qui peuvent consacrer quelque temps à l'instruction.

Le rythme des services: cette question a donné et donnera encore lieu à de longues discussions. Le modèle proposé par le Conseil fédéral prévoit, pour le gros de l'armée, des cours de répétition de 19 jours tous les deux ans. Une réglementation particulière sera concevable pour assurer la préparation à l'engagement et les besoins particuliers en matière d'instruction. La commission considère que le fait de regrouper des soldats

de 20 à 42 ans dans une même unité ne devrait pas poser trop de problèmes.

Les expériences faites dans certaines formations (troupes de soutien, de protection aérienne), depuis de nombreuses années, prouvent que la différence d'âge n'est pas un obstacle. En revanche, si l'on veut maintenir un niveau de l'instruction satisfaisant, il importera de prêter une attention toute particulière au problème de dispense des cours, afin d'éviter des périodes de quatre ans sans service. Les permutations de cours devraient avoir la priorité sur les dispenses.

En relation avec cette question, la commission voit également certaines difficultés pour les personnes âgées de 35 à 45 ans, période où elles occupent bien souvent déjà des postes à responsabilités. Par rapport au système actuel, il sera demandé un effort plus important à l'économie, ce qui n'ira pas sans poser de sérieux problèmes. Cette question extrêmement importante devra sans aucun doute être revue lors du débat sur la révision de la loi sur l'organisation militaire.

La durée du service pour les cadres: la commission souscrit aux propositions faites en la matière, en particulier en ce qui concerne les sous-officiers et les commandants d'unités. L'augmentation et la durée de l'école de sous-officiers pour les premiers et la réduction du paiement de galons pour les seconds ne peuvent que renforcer le niveau d'instruction, d'une part, et permettre de recruter des candidats de qualité, d'autre part.

J'en viens au dernier point qu'il m'a paru intéressant de soulever: la transition entre l'Armée 61 et l'Armée 95. Le passage de l'armée actuelle à la nouvelle armée demandera une planification détaillée dont la réalisation complète prendra des années. Cela impliquera d'importantes mutations de personnel et de nombreuses mesures dans le domaine du matériel. A ce sujet, nous devons mentionner quelques-unes des répercussions que le projet Armée 95 aura au niveau de l'armement: c'est ainsi que seront liquidés 1100 canons anti-chars, 150 chars 61, 130 avions Hunter et leurs munitions, 600 pièces d'artillerie et leurs munitions, 300 canons DCA avec leurs munitions, et également, vous le pensez bien, de nombreux ouvrages fortifiés.

Malgré une diminution des effectifs et la liquidation d'importantes quantités d'armements, la majorité de la commission considère qu'il importera de donner au Département militaire fédéral les moyens de la politique voulue par le Parlement afin qu'Armée 95 ne reste pas qu'une belle planification mais soit l'instrument le mieux à même d'assurer la défense de notre pays. Il convient également de remarquer que la conception d'engagement et les structures d'Armée 95 permettent de choisir ultérieurement diverses options, selon l'évolution de l'environnement stratégique et politique international ou d'autres critères déterminants. La structure et la grandeur de notre armée seront évidemment ajustées.

Ainsi le plan directeur de l'armée 95, tel qu'il vous est proposé, marque, de manière tangible, la première étape la plus importante réalisée par notre armée. Il lui donne les moyens de s'adapter à l'évolution future, que ce soit dans la direction d'un ordre de sécurité européen ou le retour dans une situation de confrontation. Pour toutes ces raisons, je vous propose de prendre connaissance en l'acceptant de ce plan directeur de l'armée 95.

Un certain nombre de propositions de minorité ont été faites à la commission et sont reprises aujourd'hui. Elles visent le renvoi au Conseil fédéral pour examiner soit une réduction des dépenses militaires de 50 pour cent, soit une armée de 150 000 hommes, ou encore un concept de reconversion dans le civil des places de travail perdues au Département militaire fédéral. Ces propositions ont reçu en commission des réponses pertinentes. Il est évident que, si elles sont acceptées, l'armée ne serait plus crédible. Elle ne pourrait plus remplir sa mission. C'est pourquoi toutes ces propositions ont été largement repoussées en commission et je vous recommande d'en faire de même. Je préciserai certains points tout à l'heure.

Ledergerber: Ich stelle fest, dass das Armeeleitbild 95 das Parlament offensichtlich nicht von den Sitzen zu reissen vermag – oder doch, im umgekehrten Sinne: Es hat die Mitglieder

von den Sitzen gerissen, und sie sind weggegangen. Aber das wird die Müdigkeit nach einer strengen Session sein.

Es steht heute ein Bericht, das Armeeleitbild 95, zur Diskussion. Da beginnt schon das Problem. Ein Bericht kann vom Parlament nur zur Kenntnis genommen oder zurückgewiesen werden. Das EMD hat in den letzten Jahrzehnten regelmässig Berichte über konzeptionelle Fragen unterbreitet. Das ist zwar löblich, aber im Grunde genommen ist ein Bericht ein völlig undemokratisches Mittel, weil das Parlament daran nichts ändern kann. Man kann dazu ja sagen, oder man kann in ablehnendem Sinne davon Kenntnis nehmen. Die Form von Berichten – ich will das nicht dem EMD unterstellen, aber ich muss das sagen – war übrigens in den ehemaligen Ostblockstaaten üblich: Die Regierung präsentierte einen ausführlichen Bericht über ihre Absichten, das sogenannte Parlament lobte diesen Bericht in einer langen Debatte, und zuletzt wurde applaudiert und damit die Regierungspolitik genehmigt.

In der Vergangenheit hat auch das EMD geglaubt, wenn das Parlament einen Bericht zur Kenntnis genommen habe, sei damit seine Politik abgesegnet. Ich möchte Sie daran erinnern, dass als Rechtsgrundlage für die Geheimarmee P-26 eine Passage des Sicherheitsberichtes 1973 benutzt wurde. Das Parlament hat es nicht gemerkt. In Kenntnis dieser Situation sollten wir eigentlich die Diskussion über den heutigen Bericht nicht einfach als lästige Pflichtübung über die Bühne gehen lassen, sondern mit doppelter Aufmerksamkeit zuschauen und zuhören, damit wir wissen, was alles auf uns zukommt, das wir nur im Multipack genehmigen können.

Ich spreche hier für die Minderheit der Kommission, die den Bericht an den Bundesrat zurückweisen will. Die Antragsteller werden ihre Anträge separat begründen. Die Argumentation stützt sich vor allem auf drei Argumente:

1. Die Armeeerform 95 geht zu wenig weit, sie kommt zu spät, sie ist inkonsistent.
2. Das Modell «Armee 95» entspricht nicht der veränderten Bedrohungslage.
3. «Armee 95» kostet immer noch viel zu viel Geld, das wir nicht haben und das – in dieser Form eingesetzt – nicht das bringt, was wir haben sollten.

Ich möchte diese drei Argumente etwas erläutern:

1. Zu Argument 1: Das Projekt «Armee 95» wurde im kalten Krieg geboren; es stammt aus der Mitte der achtziger Jahre. Herr Bundesrat Villiger hatte das Projekt übernommen – man muss ihm hier ein Kompliment machen –, hatte sich mit grossem Elan dahingegesetzt und ganz klar die Absicht bekundet, mit viel Einsatz noch in parlamentarischen Zeiträumen ein neues Konzept auf den Tisch zu legen. Wir anerkennen diesen Einsatz und dieses grosse Engagement.

Wir hätten Bundesrat Villiger aber vielleicht etwas mehr Fortune und ein Projekt gewünscht, das etwas länger Bestand haben könnte; denn wir sind der Meinung, dass dieses Projekt «Armee 95» eigentlich Makulatur ist und nie voll zum Tragen kommen wird. Die Logik in diesem Konzept ist die Logik des kalten Krieges. Herr Bundesrat Villiger hat das selber mit seiner prägnanten Formulierung gesagt: Wir wollen ein Projekt, das bei der Armee mehr Muskeln und weniger Fett bringt. Es ist ein Projekt der Stärkung der Armee und der Aufrüstung.

Zum Vorwurf der Inkonsistenz: Das Projekt «Armee 95» ist mit einer Methode entwickelt worden, die man eigentlich nirgends so anwenden darf. Man hat nämlich als Input vorgegeben, wie gross die Armee am Schluss sein soll: Sie soll am Schluss etwa 450 000 Mann umfassen. Diese Grösse war nicht das Resultat einer Evaluation von Bedrohungsalternativen, die man aufgebaut hat, sondern das war eine Vorgabe, sozusagen ex nihilo im EMD geschöpft; dieses Vorgehen ist in methodischer Hinsicht nicht tragbar und ergibt ein falsches Resultat.

Die Planung an diesem Programm «Armee 95» ist nachher weitergegangen. Man hat mehrere hundert Mannjahre hineingesteckt. Es ist sehr gute Planungsarbeit geleistet worden, leider nur mit falschen Vorgaben. Das Resultat sieht heute entsprechend aus.

Wir haben vor nicht allzulanger Zeit hier im Rat das sicherheitspolitische Konzept des Bundesrates diskutiert. Man muss sagen: In diesem Konzept hat der Bundesrat gezeigt, dass er durchaus auch luzide Momente hat; denn die Auslegeord-

nung der Bedrohungen, denen die Schweiz gegenübersteht, ist beachtlich und hat auch international Beachtung gefunden. Aber dieses Armeeleitbild 95 hat mit diesem sicherheitspolitischen Leitbild sehr, sehr wenig zu tun, und seine Erarbeitung hat auch abgekoppelt davon stattgefunden – abgesehen davon, dass der zweite Teil dieses sicherheitspolitischen Leitbildes so gehalten ist, dass praktisch jede Form einer schweizerischen Armee darin Platz hätte. Dieses Leitbild ist nach unserer Auffassung auch methodisch falsch, denn wenn man ein so grosses und teures System für die nächsten Jahrzehnte plant, müsste man von den grossen Alternativen ausgehen, müsste man sie evaluieren, müsste man Vorentscheide treffen, um nachher die Fein- und Detailplanung zu machen. In diesem Fall ist davon nichts vorhanden.

Ich habe ein Postulat eingereicht – ich glaube, es war vor zwei Jahren –, das vom Bundesrat verlangt hat, dem Parlament das Armeeleitbild in Varianten vorzulegen. Der Bundesrat hat dieses Postulat entgegengenommen; von Varianten ist in diesem Leitbild, das Sie vor sich haben, nichts zu sehen. Sie haben einen gebackenen Kuchen mit allen Details; Varianten werden am Schluss in kleinen Absätzen noch diskutiert. Man hat diese Varianten als Basis der Feinplanung nicht evaluiert.

Heute haben wir einen Schlussbericht vor uns, und das Parlament steht vor der Wahl: friss oder stirb! Die Minderheit der Kommission ist der Meinung: So kann und darf man komplexe, langfristige Systeme nicht planen und aufbauen. So kann offenbar nur noch die Armee operieren. Sie hat das Geld dazu; sie hatte bis jetzt die Definitionsmacht und eine ihr in blinder Treue ergebene Mehrheit im Parlament, die ihr Gefolgschaft leistete. Das wird sich ändern. Die Treue zu diesen EMD-Vorgaben wird auch in diesem Parlament deutlich abnehmen.

2. Zum Argument, «Armee 95» entspreche der veränderten Bedrohungslage nicht: Ich will hier nicht die Diskussion über den sicherheitspolitischen Bericht nachvollziehen, aber wir müssen ein paar Punkte festhalten. Es ist völlig klar – das sagen nicht wir, die Minderheit in der Kommission, sondern das sagen alle europäischen Länder und die Nato –: Die Zeit der grossen Landheere und der grossen Landschlachten, der terrestrischen Auseinandersetzungen mit Massenheeren, ist vorbei in Europa. Wir haben zwar gewisse Restbedrohungen – das ist in diesem sicherheitspolitischen Bericht aufgeführt –, vor allem die Möglichkeit von Terrorakten und solchen Dingen. Es gibt die Möglichkeit von Konflikten in Grenzgebieten in ganz Europa, nicht nur in Zentraleuropa. Da sind gewisse kleinere Bedrohungen vorhanden. Eine Armee, ob mit 450 000, 600 000 oder 200 000 Leuten, kann gegenüber Terrorakten mit Raketen zum Beispiel nichts ausrichten. Es entspricht auch nicht der veränderten Bedrohungslage in einem anderen Sinn.

Das neue Schlagwort in «Armee 95» heisst dynamische Raumverteidigung. Die Spötter innerhalb des EMD – und das ist wieder nicht die Kommissionsminderheit – sagen, dynamische Raumverteidigung heisse, dass wir das gleiche machen wie bisher: statische Verteidigung, aber mit weniger Leuten, die im Raum herumrennen müssen; darum ist es dynamische Raumverteidigung. Der Ausspruch stammt von Herrn Däniker. Die Militärs schliessen daraus zum Beispiel, dass sie mehr Panzer und panzerbrechende Mittel haben müssen. Aber die Schweizer Armee zählt heute, verglichen mit dem Ausland, in diesem Bereich bereits zu den stärksten Armeen. Ich erinnere Sie daran – Finnland ist neuerdings ein beliebtes Vergleichsland geworden –: Finnland hat eine ungleich viel grössere Landfläche, hat eine ungleich viel schwierigere eurostrategische Lage, und Finnland verfügt über 120 Panzer. Die Schweiz hat mehr als 800 Panzer, davon rund die Hälfte modernste Panzer. Wir liegen mit der «Armee 95» bei der gegenwärtigen europäischen Bedrohungssituation quer in der Landschaft. Wir rüsten auf, die anderen rüsten ab. Das ist die falsche Strategie.

3. Zum Argument, diese Armee koste viel zuviel Geld – das wir nicht haben und das wir in anderen Bereichen viel dringender einsetzen müssen –, ohne dass wir heute mit diesem vielen Geld etwas mehr an Sicherheit bekämen: Die Armee wird auch in Zukunft um die 6 Milliarden Franken pro Jahr kosten. Ich

muss Sie nach den gehaltenen Sanierungsübungen auffordern, vor den bevorstehenden Budgetdebatten einmal innezuhalten und zu überlegen: Wie wollen wir denn diese knappe Ressource Bundesgeld in diesem Land einsetzen, damit der grösste Nutzen für die Gemeinschaft entsteht? Viele von Ihnen sind noch nicht bereit, zu hinterfragen, was denn eine Milliarde Franken im Rüstungsbereich und im EMD-Bereich tatsächlich an Gemeinwohl in diesem Land bringt. Sie müssen in aller nächster Zeit dazukommen, sich diese Frage ernsthaft, seriös und ohne Scheuklappen zu stellen. Wir haben jetzt bei der Kultur, bei der Exportförderung für die kleinen und mittleren Betriebe, bei der Entwicklungshilfe, bei der AHV/IV gespart. Wir haben überall in Bereichen gespart, wo es sehr vielen Leuten in diesem Land wehtut, wo wir Bedarf an zusätzlichen Geldern, an Investitionen und Betriebskosten haben. Wir haben auch beim EMD etwas gespart, aber gemessen an der Bedrohungssituation und an dem, was wir noch brauchen, sind die verbleibenden 6 Milliarden Franken eindeutig viel zuviel. Wir müssen endlich etwas vom alten Bild wegzukommen, das EMD und das Militär seien eine heilige Kuh. Heute sind sie eine heilige Kuh, und sie sind noch viel mehr: ein Goldenes Kalb, und um dieses Goldene Kalb wird immer wieder herumgetanzt. Das muss endlich aufhören!

Nochmals ein Vergleich mit Finnland: Finnland – mit einem ungleich grösseren Territorium in einer viel schwierigeren Situation – gibt nur halb soviel für die Landesverteidigung aus wie die Schweiz, nämlich 3 bis 3,5 Milliarden Franken pro Jahr. Das Verhalten der Schweiz ist irrational. Es ist unpolitisch und verschwenderisch, und ich möchte Sie ganz deutlich daran erinnern, dass dieses Gebaren der Armee unserem Land auf die Dauer den sicheren Untergang beschert wird. Bereits heute sind über 40 Prozent der Bevölkerung für eine völlige Abschaffung der Armee – nicht die ganze Minderheit der Kommission steht an diesem Punkt: Wenn dieses Finanzgebaren weitergeht, wenn man auf der einen Seite für dieses Goldene Kalb unbesehene Geld hat und auf der anderen Seite sparen muss, wird die Tendenz steigen und die Armee daran scheitern. Dieses Goldene Kalb wird auf die Dauer zu einem sterbenden Schwan.

Die Kommissionsminderheit fordert ein Armeeleitbild, das die Bestände deutlich reduziert – so dass man sagen kann: Vor dem Hintergrund der heutigen Situation in Westeuropa ist das realistisch, etwa 150 000 bis 200 000 Mann. Wir wollen die Dienstpflicht weiter reduzieren: auf 32 Jahre bei den Soldaten, auf 45 Jahre bei den Offizieren. Wir wollen die Milizpflicht beibehalten. Wir wollen, dass die Sicherheitspolitik mehr Gewicht auf die Konfliktprävention legt als auf die militärische Abschreckung, und wir wollen, dass die Sicherheitspolitik aktive Konversionspolitik wird und aktiv jenen Regionen hilft, die darunter leiden, dass die Militärausgaben zum Glück endlich zurückgehen.

Die Kommissionsminderheit empfiehlt Ihnen, diesen Bericht mit den geschilderten Auflagen an den Bundesrat zurückzuweisen oder in ablehnendem Sinne von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Frau Haering Binder, Sprecherin der Minderheit I: Bei der Präsentation dieses Armeeleitbildes waren sich die Kommentatorinnen und Kommentatoren in ihrer zentralen Aussage weitgehend einig, und auch der Ständerat stimmte in diesem Sommer in diesen Tenor ein: Das Konzept «Armee 95» stellt einen ersten Schritt dar.

Doch die Armee ist kein Kleinkind, dessen erster Schritt an sich schon Anlass zur Freude gibt. Die Armee hat das Gewaltmonopol unseres Bundesstaates inne, und deshalb ist es staatspolitisch von zentraler Bedeutung, in welche Richtung es mit unserer Armee gehen soll. Ganz offensichtlich aber ist der Schritt, der mit dem Konzept «Armee 95» gemacht wird, derart klein, dass seine Richtung nicht auszumachen ist. Nur so ist zu erklären, dass Kommentatoren mit gänzlich unterschiedlicher Militärdoktrin zu ähnlichen Beurteilungen kommen konnten. Das Konzept «Armee 95» ist nicht mehr als ein Facelifting, als eine sanfte Renovation eines abbruchreifen Gebäudes, frische Tünche an einer Fassade mit Rissen.

In Ihrem Eintretensvotum in der Kommission haben Sie, Herr Villiger, ausgeführt, das Konzept «Armee 95» stütze sich auf den Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz ab. Ich denke, hier liegt bereits die Crux dieses Projekts. Mit diesem Bericht hat das EMD einen falschen, einen von der geopolitischen und friedenspolitischen Dynamik überholten Auftrag erhalten. Diesen veralteten Auftrag hat das EMD, das selber – und das ist systemimmanent – nicht über seine feldgrauen Nasen hinausschauen kann, konsequent zu Ende geführt. Aber die politische Verantwortung für diesen falschen Auftrag tragen Sie, die Sie damals mehrheitlich unseren Rückweisungsantrag zum Sicherheitsbericht abgelehnt haben.

Der Sicherheitsbericht 90 war in seiner Analyse der existenziellen Gefährdungen unseres Landes breit und offen. Was aber fehlte, war eine ebenso offene, redliche und präzise Analyse der militärischen Gefährdungen unseres Landes. Somit kam es, wie es dem EMD zuliebe kommen musste: In seinen Strategien blieb der Sicherheitsbericht dem Denken der alten «Militärmohikaner» verhaftet. Die Armee wurde zum nach wie vor wichtigsten Instrument unserer Friedenssicherung deklariert. Der Schritt von der Abschreckung zur Prävention wurde nicht vollzogen.

Diese alten Mohikaner treffen sich nun im Konzept «Armee 95» wieder. Schlagen Sie beispielsweise den vorliegenden Bericht auf Seite 17 auf. Hier wird die Armeekonzeption dargelegt. Ich habe meinen Augen nicht getraut: Hier wird unter dem neuen und modischen Titel der dynamischen Raumverteidigung die Armee vorbereitet auf «kriegerische Aktionen verschiedener Art und Intensität, von grösseren Grenzverletzungen über einen Durchmarsch oder die Besetzung von Landesteilen bis hin zu Angriffen aus der Luft und zum eigentlichen terrestrischen Angriff auf unser Land».

Es gibt kein plausibles politisches oder militärisches Szenario, das diese Armeekonzeption legitimieren würde – diese Aussage gilt, auch wenn an anderen Orten auf der Welt Krieg geführt wird. Das wissen nicht nur wir, das wissen auch Sie. In der Zwischenzeit wurden auch in bürgerlichen Kreisen und, wenn man genau hinhört, auch in der freisinnig-demokratischen Fraktion dieses Rates die Widersprüche dieses Armeeleitbildes erkannt: dieses Armeeleitbildes, das zwar «mehr Muskeln statt Fett» will, das jedoch die Konzeption einer High-Tech-Armee mit flexiblen und mobilen Verbänden angesichts der finanziellen Konsequenzen nicht zu Ende denken, geschweige denn realisieren kann.

Ich könnte jetzt genüsslich zurücklehnen und beispielsweise einige Absätze aus der Kritik von Herrn Lezzi in der «NZZ» vom letzten Freitag zitieren. Auch für ihn bleibt diese Armeerevision im überholten Denken des Ost-West-Konfliktes stecken, auch für ihn zeigt dieser ominöse erste Schritt noch nicht die richtige Richtung an. Nur – ich teile seine sicherheitspolitische Perspektive nicht. Unsere sicherheitspolitische Perspektive ist nicht eine hochspezialisierte High-Tech-Armee, die «tough» und hochspezialisiert ist und welche sich in internationaler Aufgabenteilung in ein europäisches Militärbündnis einordnet.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen wiederholt dargelegt. Vor zwei Wochen haben wir gemeinsam mit rund 20 Organisationen der Linken, der Friedensbewegung und aus kirchlichen Kreisen unsere Abrüstungs-Initiative eingereicht. Die Zielsetzungen dieser Volksinitiative nehmen wir mit unserem Rückweisungsantrag wieder auf. Wir verlangen vom Bundesrat eine Armeekonzeption, die von einer schrittweisen Reduktion der Militärausgaben bis auf 50 Prozent ausgeht, die die Armeebestände nicht nur auf 400 000, sondern auf 150 000 Mann und Frau reduziert und die diese Abrüstungsstrategie mit einem entsprechenden Konzept der aktiven Rüstungskonversion verbindet. Die Volksinitiative fordert zudem nach fünf Jahren eine weitere Volksabstimmung über zusätzliche Abrüstungsschritte. Wie meine persönliche Position dazumal aussehen wird, wissen Sie ja. Zusammen mit der Initiative für ein generelles Waffenausfuhrverbot, mit der Initiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» und der Initiative gegen den Kauf des F/A-18 spiegelt diese Volksinitiative die Dynamik der Friedensbewegung in unserem Land wider. Immer breitere

Bevölkerungskreise wollen die Friedenschance der veränderten geopolitischen Lage nutzen. Und immer weniger Leute können sich mit der Politik der Dinosaurier im EMD identifizieren, welche in ihrem Denken in alten Feindbildern gefangen bleiben.

Wir wollen abrüsten; die Bevölkerung will abrüsten. Das zeigen seit rund 15 Jahren sämtliche Umfragen, und das zeigt die breite Unterstützung, die wir für unsere Initiativen gefunden haben. Die einen wollen dies schneller tun, die anderen mit kleineren Schritten. Aber die Richtung dieser Schritte muss eindeutig sein. Der Rückweisungsantrag der Minderheit I zeigt diese Richtung auf.

Herr Villiger, meine Damen und Herren: Treten Sie nicht an Ort! Die Dinosaurier sind ausgestorben, weil sie sich den veränderten Umständen nicht anpassen konnten. Es gibt sie nur noch aus Plastik (*Frau Haering Binder überreicht Herrn Bundesrat Villiger einen Dinosaurier*). Lassen Sie sich dies eine Lehre der Geschichte sein!

Meier Hans, Sprecher der Minderheit II: Alles ist im Wandel. Zu Zeiten von Louis XIV hiess der Verwalter von Armee und Rüstung noch Kriegsminister, galt es doch damals, mit dem Instrument Armee Reich und Ruhm zu vergrössern. In diesem Jahrhundert heissen die Männer Verteidigungsminister, gibt man doch auf der ganzen Welt vor, man wolle mit der Armee nur Land und Leute verteidigen. Ich frage Sie: Warum könnte im nächsten Jahrhundert die Vorsteherin des Militärdepartementes nicht Friedens- oder wenigstens Sicherheitsministerin heissen? Herr Bundesrat Villiger, in einem Kaderbrief schrieben Sie kürzlich: «Meinen etwas verwegenen Entscheid, die alten Schiffe zu verbrennen und als Bundesrat Neuland zu betreten, habe ich keine Sekunde bereut.» So steht denn im Armeeleitbild 95 auf Seite 3: «Das Leitbild ist geprägt von einer grundlegend neuen Denkweise.» Gewiss, es sind Ansätze vorhanden, haben wir doch in dieser Legislatur die Militärkommissionen in Sicherheitspolitische Kommissionen umbenannt. Warum sollte man da nicht das EMD in ein EDFS umwandeln, in ein Eidgenössisches Departement für Frieden und Sicherheit?

In seinem Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz «Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel» analysiert der Bundesrat das neue Bedrohungsbild für unser Land ausgezeichnet. Zusammengefasst: Trotz oder gerade wegen dem Zerfall der Sowjetunion sind im Osten Europas, im Nahen Osten und in Nordafrika Konfliktpotentiale entstanden, die eine bewaffnete Verteidigungsbereitschaft nach wie vor nötig machen. Daneben aber stehen wir vor globalen Herausforderungen bisher unbekanntem Ausmasses: Das anhaltende Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt, die Auswirkungen der Industrialisierung und der schrankenlosen Mobilität auf die Biosphäre, die Ungewissheit der künftigen Verfügbarkeit sicherer Energievorräte sind nur die grössten der anstehenden Probleme. So weit der Bericht «Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel» des Bundesrates.

Im Armeeleitbild 95 vermisse ich den angekündigten «grundlegenden Wandel», und ich sehe niemanden «Neuland betreten». Ich lese folgende Überschriften: «Wahrung der Lufthoheit», «Luftverteidigung», «Aufgaben der Flugwaffe und der Fliegerabwehr auf Stufe Armee»; dort heisst es: «Die Flugwaffe und die Fliegerabwehr gehören zu den Hauptkampfmitteln in der Hand des Oberbefehlshabers.» Mich dünkt, das ganze Armeeleitbild 95 sei um den F/A-18 herum aufgebaut worden. Es hat sich nichts geändert; es wird weiterhin auf eine hochmobile, gepanzerte Armee gesetzt, die unter dem Luftschirm einer Hochleistungsflugwaffe den eingedrungenen Feind in Gegenstössen vernichtet, als ob man mit «Leos» und F/A-18 die drohende Erderwärmung, das Ozonloch und die Flüchtlingsströme bekämpfen könnte.

Zugegeben, Herr Bundesrat: Es steht im Armeeleitbild 95 auch etwas über Friedensförderung und Existenzsicherung. Und gerade hier hake ich mit meinem Antrag ein. Ich will mit meinem Rückweisungsantrag erreichen, dass Friedensförderung und Existenzsicherung neben der Verteidigungsbereitschaft zu Hauptaufgaben der Armee gemacht werden. Ich ma-

che mir zwar keine Illusionen, was die Frage betrifft, ob Sie meinem Antrag folgen werden.

Aber das Schweizervolk wird nächstes Jahr, bei der Abstimmung über die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» indirekt über dieses Armeeleitbild befinden. Ich hoffe, dass der Bundesrat nach der Volksabstimmung das Armeeleitbild umschreiben muss.

Herr Bundesrat, heute sind nicht mehr Grau- und Schwarzhelme, sondern Grün- und Blauhelme gefragt.

Gross Andreas, Sprecher der Minderheit III: Die Minderheit hat verschiedene Rückweisungsanträge gestellt, die einander nicht ausschliessen, sondern ergänzen.

Ich vertrete denjenigen Antrag, der statt eines Armeeleitbildes ein friedenspolitisches Leitbild für das Jahr 2005 vorschlägt, und zwar mit dem Grundgedanken, dass die heutige neue Situation nicht nur neue Chancen birgt, sondern auch eine neue Not – eine Not, die Konflikte zu Gewalt eskalieren lässt. Wir müssen das gemeinsam verhindern, weil der Krieg ein Kind dieser Gewalt wäre, aber der Krieg nicht mehr bewältigt werden kann; wir haben so alles Interesse daran, die Eskalation von Konflikten zu Gewalt zu verhindern und ihnen zuvorzukommen. Das ist eine Alternative zum Denken, das im Armeeleitbild 95 immer noch vorherrscht.

Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen offen und ehrlich sage: Dieses Dokument kommt mir wie ein Zeugnis der Paläontologie vor – das ist die Versteinerungskunde. Es ist Ausdruck eines versteinerten Denkens einer vergangenen Zeit, das unter unheimlichem Aufwand an Weiterbelebungsmaßnahmen künstlich am Leben erhalten wird. Mit einem versteinerten Denken kann man aber die geschilderten neuen Herausforderungen nicht bewältigen. Es ist ein Ausdruck versteinerten Denkens, dass man immer noch Konflikt mit Gewalt gleichsetzt. Das wird hier getan. Mehr Freiheit im Osten schafft mehr Konflikte; das ist etwas ganz Selbstverständliches. Das heisst aber noch nicht, dass daraus zwangsläufig auch mehr Gewalt entstehen muss.

Wenn dieses versteinerte Konzept ein bisschen entschlackt und modernisiert wird, dann nicht aufgrund der Einsicht in die neuen Chancen und in die neue Not, sondern aufgrund des inneren Drucks der Wirtschaft, die diese Belastung, diese Unkosten nicht mehr tragen wollte. Das war 1988/89 ursprünglich eine der Hauptmotivationen dieses neuen Armeeleitbildes. Die Hauptmotivation war nicht, auf die neue weltpolitische Situation von 1989 eine Antwort zu geben, sondern eine der wesentlichen Motivationen war dieser Druck der Wirtschaft, die diese Belastung der Volkswirtschaft durch die Armee nicht mehr tragen wollte.

Es ist Ausdruck versteinerten Denkens, in jeder andern Idee eine Bedrohung, in jedem Konflikt eine Gefahr zu sehen. Ein Konflikt kann auch eine Chance sein. Er muss nicht unbedingt zu Gewalt führen.

Ich möchte hier sagen, wo ich wirklich Gefahren sehe und wie ihnen begegnet werden könnte:

1. Die Gefahr, dass Konflikte zu Gewalt werden, ist dann am grössten, wenn wirtschaftliches Elend besteht, wenn die Lebenschancen in diesen betreffenden Gebieten nicht so verteilt sind, dass jeder die Chance hat, das Nötigste zu bekommen, um zu leben. Wenn in einer wirtschaftlich elenden Situation Konflikte entstehen, ist die Gefahr gross, dass es zu Gewalt kommt. Deshalb glaube ich, dass ein wesentlicher Teil des Geldes, das bei uns heute von der Armee gebunden ist, für den wirtschaftlichen Ausgleich im Süden und im Osten investiert werden muss.

2. Eine der grossen Gefahren, die heute bestehen, ist der Atomschrott, der im Osten liegt. Ein grosser Teil des Eismees ist absolut verwüstet. In Finnland und in Norwegen ist das die Hauptdiskussion. Gleichzeitig fehlt Russland das Geld, um diesen Atomschrott zu beseitigen, zu entsorgen, überhaupt, ihn so zu versiegeln, dass er keine ständige Lebensbedrohung ist. Es braucht unsere Hilfe, um diese Gefahr bewältigen zu können – als kollektive Anstrengung Westeuropas, nicht der Schweiz alleine; aber die Schweiz muss ihren Teil der Verantwortung übernehmen.

3. Die grosse Gefahr ist sehr wahrscheinlich die Unverträglichkeit, die weltinnenpolitische Unverträglichkeit unseres Lebensstils. Wir können nicht weiter so mit der Natur umgehen. Wir sind an eine Grenze gelangt. Die Natur hält das nicht mehr aus; sie schlägt zurück. Dieser Gefahr trägt das Armeeleitbild 95 nicht Rechnung. In dieser Situation drohen Konflikte auch eher zur Gewalt zu werden.

4. Schliesslich die kulturellen Defizite, die Altlasten der Diktatur: Diese hat die Menschen nicht befähigt, nicht gelehrt, Konflikte zu lösen, ohne zu Gewalt zu greifen. Das ist heute, in der ehemaligen Sowjetunion, in Russland, wahrscheinlich das grosse Problem; hier liegt eine der Quellen des Nationalismus.

Konflikt und Elend verursachen Nationalismus, weil die Nation vermeintlich der letzte Halt ist, den diese Menschen zu haben glauben. Hier müssen wir kulturelle Arbeit leisten; wir müssen von diesen Völkern lernen, aber auch mit einem gewissen Selbstbewusstsein zu ihnen gehen und ihnen sagen, welche Erfahrungen wir gemacht haben, wo es bessere Voraussetzungen gibt. Kulturelle Differenzen, unterschiedliche Glaubenszugehörigkeit, unterschiedliche Ethnien müssen nicht notwendigerweise zu Gewalt führen.

Wenn wir das nicht tun, gibt es ungeheuer viel Gewalt, die uns bedroht. Wenn wir aber einfach zuwarten, bis daraus ein Krieg entsteht, ergreifen wir die Chance nicht, die wir haben, nämlich diesen Krieg rechtzeitig zu verhindern, den auch wir nicht überleben könnten. Diese Chance haben wir heute, aber nicht indem wir mit versteinertem Denken warten, bis etwas auf uns zukommt, sondern indem wir heute schon sehen, wo die Gefahr liegt, und heute mit anderen zusammen die Chance so ergreifen, dass jene Ursachen, die früher zu Kriegen geführt haben, heute und in Zukunft nicht mehr zu Kriegen führen; denn wenn sie einmal zum Kriege geführt haben, ist es zu spät. Dann können wir nicht mehr sagen, wir hätten es besser vorher tun sollen.

Herr Koller hat heute im Zusammenhang mit dem Zivilschutz gesagt, das sei Wunschdenken, das sei realitätsfremd. Meiner Meinung nach ist es realitätsfremd, mit einem versteinerten Denken eine neue Situation bewältigen zu wollen. Es ist realitätstüchtiger, zu merken, dass eine neue Situation neue Chancen und neue Not in sich birgt, dass man auf die neue Not aber anders reagieren und eingehen muss als auf die vergangene Not, die nicht mehr vorhanden ist. Das führt dazu, dass andere Kleinstaaten in Europa z. B. die Wehrpflicht lockern bis abbauen, so Holland und Belgien.

Das sollte uns ermutigen, dieses Armeeleitbild 95 zurückzuweisen und eine nichtmilitärische Friedenspolitik zu skizzieren, die der neuen Situation Rechnung trägt, die Gefahr rechtzeitig erkennt und nicht wartet, bis es zum Krieg kommt – denn dann wäre es mit Sicherheit zu spät.

M. Carobbio, porte-parole de la minorité IV: Au cas où les propositions de renvoi seraient repoussées – ce que je ne souhaite pas – je vous propose de prendre acte du rapport en le désapprouvant puisque nous n'avons pas la possibilité de présenter des propositions de modification.

Les rapporteurs de la majorité vous ont présenté les propositions du Conseil fédéral. En gros, tout en admettant que la situation politique mondiale depuis la fin des années quarante a profondément changé et que les dangers d'une attaque militaire contre la Suisse sont aujourd'hui minimes, ils acceptent pleinement les propositions de réforme du Conseil fédéral. La majorité considère que la situation en Europe est toujours instable, cela en se référant aux foyers de tensions en Europe centrale et dans les pays de l'ex-Union soviétique. De son point de vue, cette situation nous impose d'être militairement vigilants et de continuer à disposer aussi pour les années nonante, d'une armée performante et crédible, c'est-à-dire d'une défense militaire axée sur la protection de notre espace aérien avec le nouvel avion de combat. Les réformes envisagées – réduction des effectifs, limitation de l'obligation de servir à 42 ans, cours de répétition tous les deux ans, armée plus mobile – gardent à mon avis un aspect traditionnel et même, par certains côtés, vieux. Elles sont conçues en fonction du maintien d'une armée importante, mécanisée et aussi

dans l'hypothèse d'être prête à faire face à une agression militaire provenant de l'extérieur, hypothèse qui, aujourd'hui, dans la réalité européenne, est peut-être difficile à soutenir.

Certes, le nouveau plan directeur, tout en réaffirmant que la mission principale de l'armée reste celle «d'empêcher la guerre de déborder sur notre territoire», parle aussi d'une deuxième mission, celle en faveur de la protection de notre population et de ses bases existentielles, ainsi que de la collaboration à la promotion de la paix. Mais cette deuxième mission reste néanmoins trop secondaire.

Cette analyse de la situation et ces propositions de réforme ne sont pas celles que la minorité et moi-même pouvons accepter. Le rapport – et c'est la première critique que je fais – a évalué une seule variante de réforme de l'armée et donne l'idée de n'être fait que pour justifier l'achat du nouvel avion de combat, le maintien d'effectifs disproportionnés par rapport à nos exigences effectives, y compris en comparaison avec d'autres pays, et ceci pour maintenir une défense militaire financièrement onéreuse par rapport à nos possibilités. D'autres variantes possibles n'ont eu droit qu'à quelques considérations sommaires dans les dernières pages du rapport du Conseil fédéral. Ce choix unilatéral d'une seule variante dans une situation en mouvement – et qui continue à changer – justifie à lui seul le renvoi du rapport du Conseil fédéral et même, au cas où cette proposition ne serait pas acceptée, le refus du rapport.

En effet, même en prenant comme référence – et c'est l'autre élément de mon raisonnement – le rapport sur la politique de sécurité – que j'avais combattu mais qui reste officiel puisqu'il a été accepté – et en tenant pour acquise l'obligation constitutionnelle selon laquelle la défense du pays est une des tâches de la Confédération, je prétends qu'il y a des raisons valables et importantes pour demander dans un rapport sur le plan directeur de l'armée, tenant compte de la situation où nous nous trouvons, l'étude d'autres variantes de réforme outre celle considérée par le Conseil fédéral. Cela doit se faire au moins à trois niveaux: précisément, à propos des objectifs de la politique de défense et donc de la mission de l'armée, des modalités d'engagement et de la structure de l'armée ainsi qu'au niveau des dépenses militaires courantes et d'armement.

Tout d'abord, je le répète, les objectifs en matière de politique de défense considérés dans le projet Armée 95 et contenus dans le rapport sur le plan directeur en discussion ne reflètent pas suffisamment, à mon avis, les nouvelles données de la situation politique militaire en Europe. Il existe, comme dans le rapport sur la politique de sécurité, une contradiction entre les analyses et les conclusions qu'on en tire. En particulier, elles ne tiennent pas suffisamment compte du fait que les menaces militaires ne sont plus les menaces principales pour la sécurité et l'indépendance du pays. De toute façon, la tâche de la Suisse dans un monde, une société qui changent rapidement n'est plus celle de continuer, pour assurer sa sécurité, à miser ses choix et ses ressources sur l'objectif prioritaire d'une défense militaire nationale autonome et d'une armée dotée des armes les plus sophistiquées. D'autres objectifs, telles la promotion de la paix et une sécurité collective européenne non basée sur les armes, doivent être assumés comme prioritaires pour notre politique de défense. Ce que ne fait pas le plan directeur en discussion. Pour une telle politique – voilà une conclusion – une armée comme celle qui nous est proposée n'est ni nécessaire ni justifiée. Dans une telle politique, les tâches qu'une armée pourrait avoir seraient plutôt celles de police, de collaboration pour les cas de graves catastrophes naturelles ou technologiques ou de corps de soutien pour les missions de paix que nous devons développer. Les modalités d'engagement et la structure de l'armée devraient donc subir une refonte en profondeur, bien au-delà de ce que l'on nous propose. Il faudrait un nouveau rapport – je pourrais l'appeler «rapport armée 2000». Ce nouveau rapport, je l'espère, nous l'aurons un jour, surtout si la situation se modifie encore.

La minorité de la commission et moi-même ne pouvons donc que rejeter la conception de l'engagement de l'armée, axée sur des unités mobiles, dotée d'armes les plus sophistiquées et coûteuses, une armée, je le répète, dont l'avion de combat F/A-18 est l'élément fondamental qui ne correspond pas aux nécessités réelles de notre pays.

De plus, la variante choisie a empêché une réforme plus radicale sur le plan des effectifs. La réduction d'un tiers des effectifs, prévue dans le projet, est à mon avis nettement insuffisante. Elle continue à faire de la Suisse un pays doté d'une armée aux effectifs importants, supérieurs à ceux d'autres pays d'Europe. La conséquence logique en est des engagements financiers élevés pour les dépenses courantes, et surtout pour les dépenses d'armement, excessifs même par rapport aux besoins et aux possibilités. La réduction limitée des effectifs ne permet pas une réduction importante des dépenses courantes, ce que nous aurons besoin de faire. Ainsi, une armée comprenant de grandes unités terrestres mécanisées et une aviation dotée d'avions tels que le FA/18 demandera toujours de gros investissements en armements.

Une telle conception ne répond pas, je le répète, aux exigences de notre pays, ni aux possibilités financières de notre Etat. C'est la raison pour laquelle je vous invite à accepter au moins les propositions de renvoi et, dans le cas contraire, à prendre acte de ce rapport en le désapprouvant.

Frau Hollenstein: Heute haben wir vom Armeeleitbild 95 Kenntnis zu nehmen.

Ein erster Kritikpunkt betrifft die Form des Armeeleitbildes 95, denn es liegt bloss in der Form eines Berichtes vor. Somit haben wir als Parlament im Prinzip gar nichts zu sagen. Wenn wir nachher «Kenntnis nehmen», wird das als Zustimmung interpretiert. Änderungen sind keine möglich. Dies ist sicher mit ein Grund für drei verschiedene Rückweisungsanträge.

Zum Inhalt: Ich respektiere die Bemühungen des Bundesrates zur Reform, doch leider geht diese Reform allen Mitgliedern der grünen Fraktion zuwenig weit. Ja, was von den Reformbemühungen übrigbleibt, verdient den Namen Reform gar nicht mehr.

Die weiteren Kritikpunkte sind folgende:

1. Es fehlt eine ehrliche Fragestellung, wieviel Armee wir überhaupt brauchen und ob ein Krieg überhaupt überlebbar wäre. Es fehlt eine ehrliche Selbstkritik.

2. Das Armeeleitbild ist weiterhin vom vorwiegend abwehrstrategischen Denken der vierziger Jahre geprägt. Um es mit den Worten von Ständerat Schoch zu sagen: «Ich meine, die EMD-Verantwortlichen hätten es nicht bewerkstelligt, sich von der Zweit-Weltkriegs-Igel-Mentalität so weitgehend zu lösen, wie das heute der Fall sein müsste.» (AB 1992 S 503)

Die im Bericht dargelegte Abwehrhaltung will glaubhaft machen, man könne sich durch die Hochtechnisierung der Armee – koste es, was es wolle – schützen. Die angestrebte Verteidigungsfähigkeit suggeriert, Kriege könnten durch optimale Rüstung verhindert werden. Der Aspekt, dass Gewalt und Kriege durch den Verlust von Lebensgrundlagen entstehen, wird ausser acht gelassen.

3. Das Armeeleitbild 95 ist ein Bericht zur Legitimation des F/A-18-Kaufs. Nun ist bekanntlich die Volksinitiative gegen die Flugzeugbeschaffung hängig. Dadurch ist das Armeeleitbild in Frage gestellt und zurückzustellen.

4. Der Zerfall der Staaten im Osten sowie neue sicherheitspolitische Risiken wie die Weiterentwicklung von nuklearen und chemischen Massenvernichtungsmitteln, der illegale Waffenhandel, ein sich vertiefendes Wohlstandsgefälle zwischen Nord-Süd und Ost-West werden im Armeeleitbild 95 als neue Hauptaufgaben diagnostiziert.

Konsequenterweise müsste sich der Bericht auch zum Waffenhandel von Schweizer Firmen und zur schweizerischen Handels- und Wirtschaftspolitik äussern. Doch hier schweigt der Bundesrat.

5. Die Option, mit der sich die Schweiz eine sicherheits- oder gar verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit der EG offenhält, ist aus unserer Sicht sehr gefährlich. Statt Abrüstungsschritte via KSZE und Uno einzuleiten und die Waffenausfuhrkontrolle zu verstärken, wird damit die Option einer vereinten Euro-Armee offengehalten.

6. Der Nutzen des obligatorischen Schiessens wird allgemein sehr bezweifelt. Zudem führt das Obligatorische in vielen Gemeinden zu grossen Lärmbelastungen. Es ist mir unverständlich, warum trotzdem daran festgehalten wird.

7. Dass die Armee in eigener Sache richten kann, ist ausserordentlich stossend. Die Militärjustiz gehört deshalb abgeschafft.

8. Unsere Armee ist unverantwortlich teuer. Es darf doch nicht sein, dass täglich 18 Millionen Franken für eine Fehlkonzepktion verschleudert werden. Täglich 18 Millionen Franken – am Sonntag etwas weniger, werktags etwas mehr – für die schweizerische Landesverteidigung ist zuviel, und dies auf Kosten viel dringenderer friedenssichernder Bedürfnisse.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: Die «Armee 95» ist ein Aufrüstungsprogramm mit dem Ziel einer High-Tech-Armee, das der veränderten Weltlage nicht gerecht wird. Das ganze Programm hat zum Ziel, die Rüstungswunschliste zu legitimieren: möglichst bald neue Kampfflugzeuge und Schützenpanzer, nach der Jahrtausendwende die nächste Tranche Kampffjets.

Das Sicherheits- und Machbarkeitsdenken des EMD reicht auch bezüglich der Katastrophenhilfe nicht aus. Der Eindruck entsteht, dass sich die Armee mit der ausgebauten Katastrophenhilfe ein besseres Image geben will. Das EMD spielt sich als Krisenmanager für Situationen auf, in denen es milliardenschwere Rüstung nicht braucht. Die Zukunftsprobleme unserer Welt lassen sich auch mit milliardenschwerer Aufrüstung nicht hinter die Landesgrenzen vertreiben.

Die Mehrheit der grünen Fraktion ist für eine vollständige Trennung der militärischen Aufgaben der Armee von den zivilen Aufgaben und stimmt für den Antrag der Minderheit I (Haering Binder). Die ganze Fraktion unterstützt aber den Rückweisungsantrag der Minderheit III (Gross Andreas), mit dem Auftrag, ein Leitbild für Friedens- und Sicherheitspolitik zu konzipieren.

Schmid Peter: Ohne die Notwendigkeit einer Armee grundsätzlich in Zweifel zu ziehen – und aus dieser Perspektive spreche ich im Namen einer Minderheit unserer Fraktion –, muss ich meiner Vorrednerin recht geben, auch wenn ich es etwas moderater ausdrücke: Es ist im Grunde recht wenig Neues im Bericht des Bundesrates zu finden.

Auf den ersten Blick lassen zwar die vier erwähnten Teilkonzepte (Beitrag zur Friedensförderung, Beitrag zur allgemeinen Existenzsicherung, Kriegsverhinderung, Verteidigungskampf) berechnete Hoffnung aufkommen, der Bundesrat habe seine Akzente jetzt wirklich neu gesetzt. Aber die Reihenfolge der angeführten Teilkonzepte lässt mitnichten auf eine entsprechende Prioritätenliste schliessen. Während nämlich der vierte Teil in epischer Breite konkretisiert wird, bleibt es bei den drei anderen bei eher allgemeinen Vorstellungen und recht knappen Formulierungen. Weshalb dies so ist, lässt sich wohl auch ohne weiteres erklären. Für die rein militärischen Belange lassen sich natürlich viel leichter Leute finden, die darüber schon einiges geschrieben haben und sich darum relativ mühelos über Verteidigungskonzepte äussern können. Schwieriger ist es offenbar, für neue Ansätze einer modernen Sicherheitspolitik Experten zu finden. Aber ich frage mich, weshalb man denn nicht gerade jene zu einer Mitarbeit beigezogen hat, die in der Lage sind, dem Bundesrat konkrete Vorschläge zu unterbreiten, also z. B. Leute aus der «Kommission Schoch». Das gemeinsame Suchen nach Lösungen sollte doch allmählich zur Selbstverständlichkeit werden.

Vorläufig suchen wir im Armeeleitbild 95 zum Beispiel vergeblich eine Antwort auf die Frage nach dem Einbezug der Schweiz in eine grenzüberschreitende friedensfördernde Zusammenarbeit, die über das Taktisch-Militärische hinausgeht. Wir vermissen auch eine Stellungnahme zur Frage der Gleichwertigkeit von zivilen und militärischen Diensten und zur Ersetzung der allgemeinen Wehrpflicht durch eine allgemeine Dienstpflicht. Auch Problemen des erzieherischen und zwischenmenschlichen Umgangs sollte gebührend Platz eingeräumt werden. Der Bericht betont allzusehr nur strategische, strukturelle, organisatorische und fachdidaktische Aspekte.

In unserer Fraktion herrscht Einhelligkeit – wie schon gesagt worden ist – in der Unterstützung des Minderheitsantrages III (Gross Andreas), nicht aber beim Minderheitsantrag II (Meier Hans), der nur von jenen getragen wird, die immer noch da-

von ausgehen, dass Angehörige der Armee nicht weniger lernfähig sind als andere.

Nicht einig sind wir uns auch beim Minderheitsantrag I (Haering Binder); eine Mehrheit unserer Fraktion stimmt ihm zu, eine Minderheit, für die ich spreche, lehnt ihn ab.

Diese Minderheit der Fraktion teilt zwar ebenfalls die Auffassung, wonach die militärische Seite unserer Sicherheitspolitik an Bedeutung abnimmt; sie ist aber dennoch für eine etwas behutsamere Art der Umstrukturierung. Diese drastische Reduktion riecht allzusehr nach Eindämmung einer Institution, die man letztlich für die Verursacherin jenes Unheils hält, gegen das sie ankämpfen soll. Selbst wenn wir dereinst einmal imstande sein werden, alle Ursachen der Gewalt auszuschalten – was ich nicht glaube –, gibt es einstweilen noch die akute Gewalt, die plötzlich auftretenden Bedrohungen und kriegerischen Auseinandersetzungen, gegen die wir uns mit legitimen Instrumenten, an welche wir die Gewalt zu delegieren haben, wehren müssen. Dass Armeen auch eine gewisse Eigendynamik und ein Eigenleben im Staate entwickeln können, würde ich nicht rundweg bestreiten. Aber sie tun dies wohl um so stärker, je mehr sie Sondertruppe sind.

Eine drastische Reduktion der Armee, wie sie im Antrag der Minderheit I (Haering Binder) vorgeschlagen wird, wäre nur unter gleichzeitiger Einführung einer erweiterten Dienstpflicht diskutabel.

Leu Josef: Das Armeeleitbild 95 gibt im organisatorischen und operativ-taktischen Bereich eine erste und zeitgerechte Antwort auf den sicherheitspolitischen und militärischen Wandel. Das armeekritische Argument, diese neue Konzeption beruhe auf einer sicherheitspolitischen Beurteilung aus der Zeit des kalten Krieges, ist nach Auffassung der CVP-Fraktion nicht haltbar. Immerhin hat der Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz international grosse Beachtung gefunden, weil er zeigt, in welche Richtung sich Sicherheitspolitik entwickeln kann.

Die Grundsätze im Sicherheitsbericht erweisen sich nach wie vor als gültig. Das vorliegende Armeeleitbild 95 entspricht denn auch weitgehend dem neudefinierten Armeeauftrag mit den folgenden Schwerpunkten: Friedensförderung durch Kooperation und Hilfeleistung, Kriegsverhinderung durch Verteidigungsfähigkeit, Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung, ständige angemessene Bereitschaft.

Die Herausforderung für die politischen und militärischen Verantwortungsträger liegt darin, dass Berichte und Absichten in einem Zeitpunkt verfasst werden müssen, in welchem definitive Aussagen noch kaum gemacht werden können. Ich denke an die Diskussionen um ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Die Weiterentwicklung der KSZE ist in vollem Gang. Funktion und Kontrolle der nationalen Sicherheitskräfte sind aber noch nicht definiert. Im Wissen, dass eine Armee von den Realitäten und nicht von den Perspektiven auszugehen hat, muss trotzdem eine schrittweise Annäherung über die KSZE an die europäischen Verteidigungsinstitutionen eingeleitet werden.

Beim vorliegenden Armeeleitbild 95 ist positiv anzuerkennen, dass sich die Reformen nicht nur auf Bestandesreduktionen beschränken. Der Abbau des Sollbestands auf 400 000 Armeeangehörige war ohnehin in erster Linie eine zwingende Notwendigkeit unserer demographischen Entwicklung und einer völlig veränderten Wirtschaftsstruktur. Unsere heutige Wirtschaftsstruktur würde nämlich eine Mobilisierung von über 600 000 Eingeteilten nicht mehr verkraften. Erst in zweiter Linie kann die Anpassung der Bestände und damit auch der Doktrin mit dem stark verschobenen Gefahrenspektrum begründet werden.

Es sind aber auch Reformen eingeleitet, die in die weitere Zukunft reichen. Ich erwähne unter anderem die zu schaffenden Spezialformationen im Dienste der Friedensförderung. Ich erwähne die im Dienste der Existenzsicherung stehende neue Territorialstruktur mit der Unterstellung von Füsilierbataillonen. Diese Spezialverbände werden für Schutz und Betreuung zur Unterstützung der zivilen Behörden eingesetzt. Damit kann vor allem auch der Gewalt unterhalb der Kriegsschwelle begegnet werden. Man entspricht damit einem modernen

Konfliktbild. Im Bereich der Verteidigungsbereitschaft erwähne ich den Wechsel von der infanteriestarken, flächendeckenden Abwehr hin zur dynamischen Raumverteidigung mit weniger Personal, dafür mit mehr Beweglichkeit und Feuerstärke.

Wir beurteilen das Armeeleitbild 95 aus heutiger Sicht als ersten Schritt zu einer neugestalteten Armee.

Es gibt im Armeeleitbild aber auch Elemente, die nach Auffassung unserer Fraktion einer weiteren Vertiefung bedürfen:

1. Zur Ausbildung: Mit der Ausweitung des Auftrages für die Armee und ihrer weiteren Modernisierung werden andere und zusätzliche Ausbildungsbedürfnisse abgedeckt werden müssen. Wird es nicht je nach Truppengattung und Aufgabe differenzierte Basisausbildungs- und Weiterbildungszeiten brauchen? Gäbe es nicht im Bereich Flexibilisierung von Dienstpflichtalter und Dienstdauer eine Lösung?

2. Im Sinne einer allgemeinen Dienstpflicht wäre nach unserer Auffassung im Bereich Armee und Zivilschutz ein Nebeneinander statt einem Nacheinander sinnvoll.

3. Das Armeeleitbild 95 schafft die Voraussetzung dafür, dass sich die Armee flexibel auf veränderte Situationen und Entwicklungen einstellen kann.

Was wird vorgenommen, wenn sich längerfristig ein Schwergewicht Richtung Existenzsicherung abzeichnet? Kann dann das relativ kostenintensive Konzept der dynamischen Raumverteidigung im Bereich der Verteidigungsbereitschaft gleichzeitig in seiner geplanten Form aufrechterhalten werden?

4. Ist das Verharren im reinen Milizgedanken noch angezeigt? Entspricht der reine Milizgedanke noch der Entwicklung, in deren Mittelpunkt moderne Aufklärungs- und Führungssysteme und neue Munitionstechnologien von höchster Zielgenauigkeit und Wirkung stehen? Bewerten wir das Milizsystem, das vielen Rahmenbedingungen nicht mehr entspricht, nicht zu hoch? Veränderungen in der Werthaltung unserer Gesellschaft und in der Arbeitswelt stehen dem Milizsystem negativ gegenüber.

Damit spreche ich nicht für eine Berufsarmee als Alternative. Es geht mir darum, die Milizarmee nicht zum Mythos erstarren zu lassen. Unser System sollte Platz für die weitere Einführung begrenzter professioneller Elemente haben.

5. Im Bereich des regionalen Ausgleichs haben wir den Eindruck, dass das Projekt Koberio nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt wurde. Im Rahmen der Restrukturierung müssen in betroffenen Regionen Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Belastung einzelner Regionen mit Ausbildungs- und Schiessplätzen bleibt gleich gross oder nimmt zu. Hier muss im Interesse der Akzeptanz ein Zusätzliches an Ausgleich und Innovation geboten werden.

Abschliessend bitte ich Sie im Namen der Fraktion, sämtliche Rückweisungsanträge abzulehnen. Ich bitte Sie, das Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission zu unterstützen und vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La séance est levée à 13 h 00*

92.009

Armeeleitbild 95
Plan directeur de l'armée 95

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 2076 hiervoor – Voir page 2076 ci-devant

Maurer: Ich wende mich zuerst an Frau Haering Binder und Herrn Ledergerber: Sie argumentieren heute reichlich kompliziert. So, wie Sie argumentieren, müssten Sie für die Abschaffung der Armee einstehen. Ihre Argumentation geht deutlich in diese Richtung. Aber Sie müssen wissen, dass Sie damit falschliegen. Das Volk ist Ihren Schmalmeien nicht erlegen und hat im völligen Bewusstsein der hohen Kosten zur Abschaffung der Armee nein gesagt.

Wenn Sie so mutig sind, hätten Sie aus dieser Abstimmung – so meine ich persönlich – die politischen Konsequenzen ziehen müssen.

Auch Herr Gross Andreas möchte ich sagen: Konflikt bedeutet in seiner letzten Konsequenz immer noch Gewalt. Es hat schon vor Tausenden von Jahren Leute mit Ihrem Kredo gegeben, aber die Welt hat sich nicht verändert, höchstens in dem Sinne, dass die Zahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen zugenommen hat, und das wird leider auch in Zukunft so bleiben.

Die SVP-Fraktion nimmt in zustimmendem Sinn Kenntnis vom Armeeleitbild 95. Diese Zustimmung bedeutet für uns auch ein ganz klares Ja zur Armee und ein Ja zu den Konsequenzen, die sich aus diesem Armeeleitbild ergeben.

Dieser Bericht ist aber nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Armee reform, und dieser weitere Schritt darf nicht in Richtung der Armeeabschaffung gehen. Die Armee reform hat sich primär an den Aufgaben, die wir der Armee zuweisen, zu orientieren und nicht an der Akzeptanz der Armeegegner. Wir stellen uns allen Versuchen entgegen, die dieses Armeeleitbild zum Anlass nehmen, die Armee schrittweise abzuschaffen.

Ich möchte Ihnen unsere Erwartungen und Forderungen im Zusammenhang mit der Realisierung des Armeeleitbildes 95 in fünf Punkten skizzieren:

1. Die Ueberführung der Armee, die Reduzierung des Sollbestands um über 200 000 Wehrmänner, die Schaffung neuer Strukturen usw. sind ein gigantisches organisatorisches Werk. Wir erwarten, dass ein zweiter Schritt parallel dazu anläuft, nämlich die verwaltungsinterne Reorganisation. Wir erhoffen uns davon einfachere Strukturen, einen massiven Abbau der oft überbordenden Bürokratie im EMD und eine effizientere Verwaltung, die für das Wohl der Truppe arbeitet und nicht umgekehrt. Selbstverständlich sind die Rüstungs- und Dienstleistungsbetriebe darin inbegriffen. Die Frage der neuen Organisation, beispielsweise die Zusammenfassung von Armee und Zivilschutz im gleichen Departement, die Straffung von Bundesämtern usw., hat für uns hohe Priorität. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze kann hingegen nicht Sache des EMD sein, weil wir damit verschiedene Dinge vermischen. In diesem Sinne lehnen wir auch den Antrag Zwygart ab.

2. Eine zentrale Stellung nehmen in diesem Armeeleitbild die Ausbildungsfragen ein. Es geht darum, die Verkürzung der Ausbildungszeit und die längeren Unterbrüche mit einer effizienteren Ausbildung aufzufangen. In Ansätzen zeigt der Bericht die Verbesserungsmöglichkeiten auf. Diese Vorstellungen sind zu konkretisieren, und die finanziellen und personellen Konsequenzen sind aufzuzeigen.

Wir erachten dabei die folgenden Punkte für besonders wichtig: Wir brauchen der heutigen Zeit entsprechend mehr und gut ausgebildete Instrukto ren. Die Kader der Armee sind zeitgemäss und umfassender auf die Ausbildung und Führung der Truppe vorzubereiten. Die Infrastruktur der Ausbildungsplätze muss mit modernen Hilfsmitteln verbessert werden. Für die Ausbildung müssen die entsprechenden Hilfsmittel wie Simulatoren, aber auch Munition und Treibstoffe in genügendem Mass zur Verfügung stehen. Eine moderne und effizientere Ausbildung fördert den Wehrwillen und vermeidet Leerläufe.

3. Die Aufgaben der Armee werden neu definiert und erweitert. Mit der Realisierung von «Armee 95» geht es darum, ein flexibles Instrument zu bilden, mit dem in kurzer Zeit auch neue Aufträge gelöst werden können. Wir möchten aber davor warnen, unserer Miliz zu viele Aufgaben zu überbinden. Die Armee hat auch in Zukunft die primäre Aufgabe, durch Verteidigungsbereitschaft den Krieg zu verhindern. Die Idee der sogenannten Blauhelmtuppe ist noch wenig konkret. Es geht darum, die Möglichkeiten der Milizarmee nicht zu überschätzen. Es ist daher wohl ehrlicher, sich früh genug einzugestehen, dass wir mit unserem Milizheer in Zukunft spezifische Aufgaben auf diesem Gebiet nicht lösen können.

4. Die Glaubwürdigkeit der Armee hängt auch mit ihrer Ausrüstung zusammen. Wir müssen uns in diesem Zusammenhang darüber im klaren sein, dass eine kleinere Armee nicht weniger kosten wird. Wir werden uns aber realistisch erweisen immer wieder die Frage stellen müssen, mit wie wenig Leuten und mit wie wenig Rüstungsgütern der Auftrag erfüllt werden kann. Die Mittel aber, die zur Auftrags Erfüllung benötigt werden, müssen und wollen wir unserer Armee auch in Zukunft

zur Verfügung stellen. Es werden nicht weniger sein, wenn wir an die neuen Aufgaben und an die sich weiterentwickelnde Technik denken.

5. Für uns bleibt eine Frage offen, nämlich die Frage einer möglichen Integration in ein europäisches Sicherheitskonzept. So interessant diese Frage auch sein mag, wir können sie heute nicht beantworten. Wir werden sie aber in einem nächsten Schritt wohl oder übel diskutieren müssen. Das ist ein äusserst brisantes Thema, weil es nicht ausschliesslich ein wehrpolitisches, sondern auch ein politisches Thema ist.

Für unsere Fraktion steht die Fortführung der bewaffneten Neutralität in Unabhängigkeit in dieser Frage ganz klar im Zentrum.

Ich möchte Sie nun bitten, vom Armeeleitbild 95 in zustimmendem Sinn Kenntnis zu nehmen und sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

Cincera: Gestatten Sie mir, dass ich zuerst kurz darauf zu sprechen komme, wie diese Debatte geführt wird. Die sozialdemokratische Fraktion hat es fertiggebracht, sich in dieser Debatte, die in Kategorie III eingeteilt ist, mit einer ganzen Anzahl von fast gleichlautenden Anträgen ein Forum zu schaffen, um wieder einmal ihre Armee-Abschaffungs-Ideale vorzutragen. Wir werden uns in der Freisinnig-Demokratischen Partei überlegen müssen, ob wir das nächste Mal verschiedene Anträge stellen: einen, den Bericht mit Applaus zu genehmigen, einen zweiten, ihn mit starkem Applaus, und einen dritten Antrag, ihn mit sehr viel Applaus zu genehmigen, damit wir auch drei Sprecher mehr hier am Podium haben.

Dann vielleicht noch etwas zum Ton: Frau Haering Binder, Sie politisieren engagiert, das wissen wir alle. Aber es ist doch nicht der Stil dieses Hauses, dass man Mitarbeiter des EMD dauernd dem Tierreich zuordnet und ihnen Ausdrücke wie «feldgraue Nasen» und dergleichen zuordnet. Ich bin überzeugt, dass Sie, wenn wir Ihnen gegenüber gleich handelten, beleidigt wären, und Sie wären auch zu Recht beleidigt.

Jetzt aber zum Armeeleitbild 95: Ein Leitbild ist – der Name sagt es ganz klar – eine Darstellung und Auflistung zukünftiger Massnahmen. Es zeigt auf, wie ein definiertes Ziel erreicht werden soll, ohne schon beim Start jedes Detail zu regeln. Weil kein definitiver Status festgelegt wird, kann jeder nächste Schritt flexibel den neuen Erkenntnissen und Anforderungen angepasst werden; zudem können die gemachten Erfahrungen laufend berücksichtigt werden. Das heute zu diskutierende Armeeleitbild setzt deshalb richtigerweise mittelfristige Schwerpunkte bei der Konzeption und Planung der Landesverteidigung, ergänzt durch Optionen für die Weiterentwicklung. Es wird zur Grundlage des künftigen Handelns. Obwohl dieses Handeln zielorientiert ist, bleibt der notwendige Spielraum erhalten, um die nötigen Schritte flexibel auszugestalten. Das ist auch die Grundlage für unsere Diskussion.

Die Basis für das Armeeleitbild 95 ist der sicherheitspolitische Bericht; dieser wurde von unserem Parlament auch genehmigt. Er gibt Auskunft über die sicherheitspolitische Lage, über die möglichen Entwicklungen und die notwendigen Instrumente, welche uns zur Bewältigung der verschiedenen möglichen Entwicklungen zur Verfügung stehen müssen. Eines dieser Instrumente trägt den Namen «Armee» und hat in diesem Land und in der Entwicklung der europäischen und der Weltgeschichte einen ganz bestimmten Stellenwert, auch in der Zukunft. Aus dem sicherheitspolitischen Bericht geht klar hervor, dass die Armee in der Zukunft durch eine grössere Multifunktionalität geprägt sein wird.

So wird das Armeeleitbild 95 zu einem Weissbuch über die Armee. Es stellt ein Konzept vor und gibt einen Ueberblick über das Ganze. Zur Umsetzung wird uns später ein völlig neues Wehrgesetz vorgelegt werden, in welchem die Realisierung der neuen Armee konkret geregelt sein wird. Vieles, was heute in Form von Anregungen, Wünschen und Kritik vorgetragen wurde und noch vorgetragen werden wird, kommt dann zum Zug, wenn wir das neue Wehrgesetz behandeln werden.

Eine zweite Massnahme besteht in der Reform des EMD, dessen Strukturen selbstverständlich auch verändert und der grösseren Multifunktionalität der Armee angepasst werden müssen.

Welches sind nun die Hauptinhalte oder Hauptziele des neuen Armeekonzeptes?

1. Die Armee soll sich den neuen Fakten in der Sicherheitspolitik anpassen.

Hier gehen unsere Meinungen natürlich auseinander.

2. Die Armee soll kleiner sein, sie wird von etwa 680 000 auf 470 000 Mann reduziert.

3. Die Armee soll den Wertewandel in der Gesellschaft auch in der Ausbildung berücksichtigen.

Die Armee bleibt auch nach dem Armeekonzept 95 eine Verteidigungsarmee. Ihr Hauptauftrag ist und bleibt es, den Krieg im eigenen Land zu verhindern. Am Prinzip der Milizarmee und der allgemeinen Wehrpflicht wird richtigerweise festgehalten. Die Bestandesreduktion wird durch Verkürzung der Dauer der Wehrpflicht erreicht. Gleichzeitig werden die Heeresklassen abgeschafft, eine nach meiner Meinung längst fällige Massnahme.

Die Anpassung an die neuen sicherheitspolitischen Bedürfnisse führt zur Abkehr von der bisher mehr oder weniger statischen zur dynamischen Raumverteidigung. Als Folge dieses Umschaltens werden die Grenzbrigaden abgeschafft und dafür Panzerbrigaden aufgestellt. Dies – und das muss hier mit aller Deutlichkeit festgehalten werden – setzt einen wirkungsvollen Luftschirm voraus. Die Kontrolle des Luftraumes ist heute eine der wichtigsten und dringendsten sicherheitspolitischen Forderungen. Ohne moderne Luftwaffe, ohne Kontrolle des Luftraumes und ohne Luftschirm ist keine Sicherheit zu haben, ist keine Armee einsatzfähig.

Herr Ledergerber, Sie haben Finnland angesprochen, das mit weniger Panzern auskommt. Das liegt zum Teil am Gelände, zum Teil am Grenzverlauf und an der viel längeren Grenze. Aber Finnland will dafür seine Armee durch eine ganz hervorragende Luftraumverteidigung sichern und hat dieser mit der Anschaffung von 64 F/A-18-Flugzeugen auch den entsprechenden Vorrang gegeben.

Eine wesentliche Komponente im Armeeleitbild ist auch der Ausbau der territorialen Grundstruktur, inklusive des Aufbaus eines Katastrophenhilfekorps auf Armeestufe als Alarmorganisation. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir den Hinweis, dass wir vielleicht doch darangehen sollten, den Umbau des EMD in ein «Sicherheitspolitisches Departement» ernsthaft zu prüfen. Wir besprachen vorhin das Zivilschutzleitbild. Herr Ledergerber kritisierte heute morgen beim Zivilschutzleitbild unsere Unfähigkeit, in Gesamtverteidigungskategorien zu denken. Ein Umbau des EMD in ein Sicherheitspolitisches Departement wäre so eine Gelegenheit, in Gesamtverteidigungskategorien zu denken. Die angestrebte Multifunktionalität käme dann vermutlich ebenfalls besser zum Tragen. Verteidigung, Friedenssicherung in ihren verschiedensten Formen und Katastropheneinsatz könnten auf jeden Fall optimiert werden.

Im Armeeleitbild 95 steht auch einiges von Wichtigkeit über die Ausbildung. Besonders wichtig ist für die FDP-Fraktion, dass die Kaderrekrutierung und die Laufbahnplanung der Kader differenziert gestaltet werden. Nur mit guten und gut ausgebildeten Kadern können Motivation und Qualität verbessert werden.

Die «Armee 95» wird auch weniger kosten. Das EMD bringt bekanntlich im finanziellen und personellen Bereich zurzeit die grössten Opfer. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass jetzt die Schmerzgrenze erreicht ist. Wir wissen wohl, dass die Gegner der Armee das Ziel ihrer Wünsche auch über den Entzug der finanziellen Mittel zu erreichen versuchen.

Eine Gesamtwürdigung des Armeeleitbildes 95 führt zur Feststellung, dass dieses riesige Unterfangen präzise, weitsichtig und vor allem vernetzt geplant wurde. Die Generalstabsabteilung und die Gruppe für Ausbildung haben mit ihren und weiteren Planungsinstrumenten eine überzeugende Arbeit geleistet. Sehr sorgfältig wurden – das nur so nebenbei bemerkt – auch die Liquidationsmassnahmen geplant; denn der Bestandesabbau wird zu enormen Entsorgungsproblemen und -bedürfnissen führen. Man plante diese Liquidationsmassnahmen technisch und terminlich sehr detailliert und umweltgerecht. Herr Bundesrat Villiger, Sie dürfen dies als Kompliment an Sie und Ihre Mitarbeiter verstehen.

Nun zu den verschiedenen Minderheitsanträgen, die begründet wurden. Die FDP-Fraktion lehnt sie alle ab und bittet Sie, das gleiche zu tun.

Der Minderheitsantrag III (Gross Andreas) zeugt von seinen utopistischen Wertvorstellungen für diese Welt. Es ist eigentlich nicht ganz korrekt, die Abschaffung der Armee auf dem Wege eines Minderheitsantrages zum Armeeleitbild realisieren zu wollen.

Mit dem Antrag der Minderheit I (Haering Binder) wird etwa der halbe Weg beschritten: Falls die ganze Abschaffung nicht gelingt, kann man wenigstens die Hälfte abschaffen, um so schrittweise ein Stück weiter zu kommen.

Was diese Minderheitsanträge anbelangt, darf ich Sie wieder einmal an unseren Verfassungsauftrag erinnern. Wir haben laut Verfassung den ganz wichtigen Auftrag, die Sicherheit dieses Landes gegen aussen und im Innern zu gewährleisten. Die Armee ist das wichtigste Instrument, mit dem dieser Verfassungsauftrag erfüllt werden kann. Vorläufig gilt er noch, und das Parlament trägt mit an der Verantwortung, diesen Verfassungsauftrag auch durchzusetzen.

Wir lehnen auch den Minderheitsantrag II (Meier Hans) ab. Friedensförderung ist ja zum grössten Teil eine aussenpolitische Aufgabe. Die Armee hat im Rahmen dieser aussenpolitischen Aufgabe eine sekundäre Rolle, eine Hilfsrolle, zu spielen. Sie übernimmt das, was sich aus der Aussenpolitik ergibt. Auch dafür sind im sicherheitspolitischen Bericht und im Armeeleitbild 95 genügend Hinweise zu finden.

Ich bitte Sie deshalb, das Armeeleitbild 95 zu genehmigen und alle anderslautenden Anträge abzulehnen.

Dünki: Die Mehrheit der LdU/EVP-Fraktion nimmt vom vorliegenden Armeeleitbild 95 in zustimmendem Sinne Kenntnis. Unsere Fraktion begrüsst im besonderen die vorgesehenen strukturellen Aenderungen in der Armee, insbesondere die Auflösung der Altersklassen und die Zusammenfassung der Kampfinfrastruktur. Sie ist aber nicht davon überzeugt, ob es auch richtig ist, die Reduit- und Grenzbrigaden aufzulösen. Etwas, das sich in der Vergangenheit bewährt hat, sollte man nicht ohne Not aufgeben. Dem Schutz der Grenzen und des Alpenmassivs mit seinen Uebergängen muss auch in Zukunft grösste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir bezweifeln, dass dies mobile Einheiten besser können als Kräfte, welche fest stationiert und deshalb mit dem Gelände bestens vertraut sind.

Wir bejahen auch die Anforderungen an die «Armee 95», wie sie im Leitbild umschrieben sind. Grossen Wert legen wir auf die Aussage, dass die Armee künftig in verstärkter Masse Hilfe bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen leisten muss. Richtig ist, dass die Armee nur Personal und Mittel zur Verfügung stellen soll; die Einsatzverantwortung muss bei den zivilen Behörden liegen.

Absolut nicht einverstanden sind wir mit der Feststellung, dass für «Armee 95» ein neues Kampfflugzeug vordringlich sei. Wir haben vor ein paar Monaten den Kauf des F/A-18 abgelehnt mit dem Hinweis, dass eine billigere Lösung den gleichen Zweck erfüllen würde. Hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Warten wir den Volksentscheid über die Initiative ab! Erst dann wissen wir, ob die schweizerischen Bürgerinnen und Bürger bereit sind, für dieses Kampfflugzeug derart tief in die Tasche zu greifen. Unserer Ansicht nach wäre es besser gewesen, für den Schutz unseres Luftraumes eine billigere Variante voranzutreiben: Wir hätten nicht nur Geld, sondern auch Zeit gespart. Von diesem Kapitel des Leitbildes distanzieren wir uns. Wir sind überzeugt, dass es nach der Volksabstimmung sowieso neu überarbeitet werden muss.

Mit Ausnahme des neuen Kampfflugzeuges unterstützen wir auch die geplanten materiellen Ausbauschritte. Es stellt sich sofort die Frage, was mit der beträchtlichen Menge an Material und Munition geschieht, welche liquidiert werden sollen. Hiezu nimmt Frau Grendelmeier Stellung.

Ganz erfreulich ist die Absichtserklärung, dass durch eine menschenorientierte Führung dem Wandel in der Gesellschaft Rechnung zu tragen sei. Die Botschaft hören wir gerne, aber das EMD muss auch dafür sorgen, dass sie bis zur Basis vordringt und dort vollzogen wird. Sie muss von allen richtig

verstanden werden. Einige Militärköpfe sind schwer umzuerziehen, damit diese berechnete Forderung auf allen Stufen auch erfüllt wird. Durch das Herabsetzen des Dienstpflichtalters, auch desjenigen der Offiziere, besteht aber die Hoffnung, dass sich die Vorgesetzten Mühe geben werden, jeden Wehrmann ernst zu nehmen und ihn menschenorientiert zu führen. Ich kann Ihnen nicht verhehlen, dass einige Fraktionsmitglieder den Minderheitsanträgen zustimmen werden. Sie wollen, dass die Militärausgaben und die Truppenbestände weiter reduziert werden. Sie möchten auch die Arbeitsplätze retten und sie zivilen Bereichen zuführen. Für den letztgenannten Gedanken habe ich volles Verständnis. Solche Anstrengungen sind notwendig und werden auch an die Hand genommen. Herr Zwygart wird zu gegebener Zeit zu seinem Antrag Stellung nehmen.

Ich gehe immer noch von der Voraussetzung aus, dass unsere Armee der Existenzsicherung und der Friedensförderung dient. Die Hauptaufträge bleiben, nämlich die Kriegsverhinderung und die Verteidigungsfähigkeit. Ein Land, das frei bleiben und seine Unabhängigkeit wahren will, kann nicht auf eine eigene Armee verzichten. Diese Armee muss sich aber den veränderten Situationen in der Welt anpassen. Das neue Leitbild trägt diesem Gedanken voll Rechnung.

Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass die Mehrheit unserer Fraktion nach wie vor zu einer leistungsfähigen, modernen Armee steht. Sie unterstützt deshalb das Leitbild mit den geäußerten Vorbehalten. Sie bittet Sie, vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen und alle Minderheitsanträge abzulehnen. Wir haben alles Interesse an einem stabilen Europa mit einer funktionstüchtigen schweizerischen Armee, die auch für andere Aufgaben wie zum Beispiel Katastrophenhilfe eingesetzt werden kann. Leisten wir für die Friedenssicherung im Land und um unsere Grenzen einen sinnvollen Beitrag!

Frau Grendelmeier: Ich habe eigentlich zu diesem Armeeleitbild 95 nur eine Frage zu stellen. Sie sehen auf Seite 147f., dass unglaublich viel Material liquidiert wird. Das ist schön; das freut uns. Wir sind eine friedliebende Fraktion. Wenn man dieses Material – Waffen und Munition – verringern kann, ist das unter Umständen eine Chance. Die Möglichkeiten, Aggressionen gefährlich auszuleben, werden reduziert. Nur, Herr Bundesrat, Sie wissen so gut wie ich, Material löst sich nie auf, verschwindet nie. Es wird weitergegeben. Ich möchte nun aber wissen, was mit diesem Material passiert. Wird es weiterverkauft? Wenn ja, wohin? Wir haben heute morgen im Zusammenhang mit dem Zivilschutz generell über die neue geopolitische Lage gesprochen. Wir haben festgestellt, dass diese Welt sich höchstens in ihrer bipolaren Orientierung aufgelöst hat, aber keineswegs friedlicher geworden, sondern weiterhin unsicher ist. Wir haben im Osten neue Staaten, die sich mit demokratischen Strukturen schwertun, die keine Schulung im demokratischen Umgang mit Macht haben, die auf das Faustrecht ausweichen werden und es zum Teil schon tun und die sich nichts sehnlicher wünschen als Waffen und Munition. Nun könnte man nicht zuletzt aus den finanziellen Überlegungen, die uns während der letzten Tage beschäftigt haben – nämlich aus unserem ungeheuren Defizit heraus, in das wir hineingeschlittert sind, und angesichts der Möglichkeit, dass sich ein Markt von höchst begierigen Abnehmern auftut –, versuchen, diese Waffen an kriegführende oder -gefährdete Länder weiterzuverkaufen.

Ich sage das nicht, weil ich Ihnen Böses unterstellen will, Herr Villiger. Ich weiss aber, dass die Schweiz im Umgang mit Waffen und Waffenhandel ihre liebe Mühe bekundet. Es war letztlich Bundesrat Furgler, der von einem «Selbstbedienungsgladen Schweiz» gesprochen hat; die Tessiner Kollegen werden ein Lied davon singen können, was es bedeutet, wenn sich jeder Mann bei uns hemmungslos mit Waffen eindecken kann, sehr wohl zu unfriedlichen Zwecken.

Meine Frage lautet also, Herr Bundesrat Villiger: Was passiert mit diesen 1080 Panzerabwehrkanonen, 150 Panzern 61, 350 schweren Kanonen inklusive eines Teils der Munition, 260 Haubitzen 46, 130 Hunter-Flugzeugen inklusive Munition, 300 Flabkanonen 54, zahlreichen Festungsgeschützen und Sprengobjekten? Ich fürchte, dafür gibt es einen Markt. Ich

möchte, dass Sie diesen mit allen Kräften unterbinden und uns sagen, auf welche Weise Sie das tun möchten.

M. Spielmann: Tout d'abord, une observation concernant le débat et les multiples interventions enregistrées à cette tribune.

Le vote du peuple se rapportant au maintien de l'armée a été clair. Nous avons donc reçu le mandat de la maintenir et je le respecterai, même si je continue à penser que la meilleure manière de défendre la paix, ce n'est pas de se préparer à la guerre. Cela dit, nous avons un mandat précis et c'est dans ce cadre qu'on nous a présenté le projet du Conseil fédéral relatif à la conception de l'armée des années 95. C'est sur ce terrain que j'entends exprimer un certain nombre d'observations.

Certains des préopinants ont argumenté en disant que pour maintenir une armée crédible il fallait la doter en matériels crédibles et en moyens d'intervention performants. C'est vrai, mais il n'en demeure pas moins que pour maintenir une défense crédible dans ce pays, il s'agit aussi de s'appuyer sur sa population, c'est-à-dire de combler en partie le fossé existant entre une partie de la population et l'armée, et de faire admettre une conception de défense du pays qui puisse avoir l'adhésion de la plus grande majorité de nos concitoyens, sans quoi rien ne servirait de dépenser de l'argent pour les moyens les plus sophistiqués.

J'estime donc à ce propos que le rapport qui nous est présenté ne répond pas aux objectifs. Au contraire, je considère qu'il s'en distance sur trois points. Premièrement, le développement et la sophistication technique du matériel d'armement conduisent fatalement à mettre la capacité de défense du pays dans les mains d'une minorité de spécialistes. Elle deviendra, de ce fait, de moins en moins l'affaire de l'ensemble de la population. Par ce choix tactique, technique et politique, on élargit le fossé dont je parlais ci-dessus. Deuxièmement, on ne peut pas parler de l'adhésion de la population à la défense du pays sans aborder la question du coût. La situation financière générale dans laquelle se trouve notre pays a été l'occasion d'un large débat, même si tout le monde ne partage pas les mêmes opinions sur son état et sur ses causes. Or, force est de constater que, parmi les multiples arrêtés d'assainissement que ce Parlement a acceptés, on a refusé d'entrer en matière sur l'un d'entre eux: l'arrêté H, celui qui précisément traitait de l'acquisition du matériel d'armement. C'est quand même paradoxal de penser que l'on économise aux dépens de l'AVS, du social, de l'instruction, que l'on prend des mesures linéaires pour réduire l'ensemble des dépenses de l'Etat et que le seul point relatif au militaire échappe aux mesures d'économies. Il y a là aussi – je le répète encore une fois – une réalité qui élargit le fossé dont je parlais précédemment. Le troisième point, qui ne me semble pas le moins important dans le rapport du Conseil fédéral et les perspectives qu'il nous trace, c'est celui de l'adaptation de notre armée – ce que je qualifierai d'un terme à la mode: l'eurocompatibilité – consistant à de voir dans quelle mesure les acquisitions d'armements – je pense, bien sûr, aux armes les plus sophistiquées et notamment aux plus contestées – les avions – pourraient s'intégrer dans une structure de défense commune, dans quelle mesure notre armée pourrait participer avec des actions aux décisions prises par l'ONU. A ce propos également, il faut dire clairement qu'il y a un fossé toujours plus grand entre la participation à des expéditions que j'appellerai punitives et l'application des résolutions de l'ONU à la carte et de manière unilatérale. On a dit oui quand il s'agissait de défendre les intérêts du pétrole, mais on ne demande pas l'application des résolutions quand elles concernent les droits de l'homme. Cette manière d'agir va à l'encontre de ce que souhaite la population.

Par conséquent, s'agissant de ces trois éléments fondamentaux, je ne partage pas l'avis exprimé par ce rapport sur l'armée 95. Je considère qu'il doit être revu et que l'on doit s'efforcer de combler ce fossé entre la population et son armée. La seule défense crédible est de faire admettre cette dernière à l'ensemble de nos concitoyens. On ne défend pas un pays contre l'opinion de ses habitants.

Hubacher: Die sozialdemokratische Fraktion anerkennt die Reformbemühungen des EMD. Diese kolossale Aufgabe, den etwas schwer und mühsam zu bewegendem Koloss Armee reformieren zu wollen! Das ganze Verfahren ist ja auch äusserst schwierig und mühsam.

Wir meinen aber, dieses Armeeleitbild 95 leide an einem fast nicht zu heilenden Geburtsfehler. Es fehlt ihm für unsere Begriffe die politische Zielvorgabe, der politische Auftrag. Die Armee hat sich diesen Auftrag eigentlich selber gegeben. Sie arbeitet wie in einer geschützten Militärwerkstätte, indem jetzt seit Jahren diese «Armee 95» um die 450 000 Mann herum aufgebaut und argumentativ gestützt wird. Richtigerweise wäre aber eigentlich ein Auftrag von Bundesrat und Parlament fällig gewesen. Das EMD konserviert für unsere Begriffe diese alte Krankheit, dieses alte Leiden: es gibt keinerlei Varianten.

Herr Ledergerber hat seinerzeit ein Postulat eingereicht, das der Rat überwiesen hat. Er äusserte darin das Anliegen, dass dieses Armeeleitbild auch in Varianten, mit Alternativen, vorzulegen wäre. Aber der ewige Mangel an Flexibilität hält an, wir haben wieder nur eine Marschrichtung; sozusagen im Anhang wird dann in Telegrammform noch etwas Alternatives, so etwas wie das «Kleingedruckte», nachgeschoben.

Wir haben also einen Eintopf. Das erinnert mich an das berühmte Wort des ehemaligen Bundesrates Willi Ritschard, dass die Armee das Land verteidigen sollte und nicht immer sich selber. Wir haben den Eindruck, dieses Armeeleitbild sei im Grunde genommen eine Pflichtübung, die zum Teil aus demographischen Gründen angegangen wurde. Seit 1989 kommt die Veränderung in Europa dazwischen; das gibt dem Auftrag eine plausible Grundlage. Aber eigentlich ist die Armee so sehr in sich selber verliebt, betrachtet sich leider zum Teil sogar als Selbstzweck, dass dieser Auftrag für uns zu wenig auftragsbestimmt ausgeführt wird.

Bei der Lektüre des Anfangs des Berichts hat man zwar das Gefühl, es herrsche ein Hauch von Veränderungswille. Aber wenn man den Bericht zu Ende liest, ihn zu gewichten und die Bemühungen anzuerkennen versucht – wir wissen, dass es vor allem für die politische Führung schwierig ist, diesen Koloss umzugestalten –, wird man den Eindruck nicht los, die ganze Geschichte sei so etwas wie eine Occasion. Man behandelt, man verjüngt, man versucht zu reformieren; aber es ändert sich eigentlich doch sehr wenig. Der Bericht – das ist jetzt eine persönliche Wertung – erinnert mich an eine Welt von gestern. Jetzt haben wir wochenlang über Eurolex, EWR, Europa und unsere Zukunft diskutiert. Verglichen mit jener Thematik kommt mir dieses Armeeleitbild 95 wie etwas leicht Antiquiertes, Vergangenes vor.

Es bleibt zu bemerken, dass für unsere Begriffe ein Missverhältnis zwischen Mannschaftsbestand und Geld besteht. Obschon in diesem Rat eine solide bürgerliche Mehrheit besteht, und im Ständerat erst recht, gehen wir davon aus, dass der Armee inskünftig zuwenig Geld zur Verfügung gestellt werden kann, um eine effiziente Armee- und Rüstungspolitik betreiben zu können. Das heisst, es wird dann zu viele Leute und zu wenig Geld, zu wenig Waffen geben. Das ist ein altes Uebel; es wird nicht kuriert. Mit dieser Reform können Sie aus einem alten Maultier kein elegantes Rennpferd machen.

Ein weiterer Punkt – Herr Dünki hat bereits darauf hingewiesen –: Was passiert eigentlich, wenn im Juni 1993 die Mehrheit des Schweizervolkes den F/A-18-Kredit refusieren wird? Das ist ja nicht völlig auszuschliessen; dies bestätigen mir auch Kollegen bürgerlicher Herkunft, wenn ich mit ihnen unter vier Augen rede. Was kann dann mit diesem Armeeleitbild noch angefangen werden? Was ist das Papier dann noch wert? Wir glauben, dass das EMD auf diesen demokratischen Ernstfall überhaupt nicht vorbereitet ist und relativ hilflos, wehrlos, konzeptionslos dastehen wird.

Sie werden die Betrachtung in der «Neuen Zürcher Zeitung» von Herrn Lezzi vom letzten Samstag wohl auch gelesen haben; wie immer ist er ein unverdächtiger Zeuge. Es wird dort ganz klar signalisiert, dass das Armeeleitbild 95 das Prädikat «genügend» nicht verdient; es genügt nicht, es sollte mehr in Richtung Reform gehen. Ich habe fast den Eindruck, dass dieses Dokument Armeeleitbild 95 als Literatur aus der Militär-

schreibstube zu betrachten ist, aber eigentlich sollte diese Geschichte nun neu geschrieben werden.

Von da her gesehen ist das Papier als Denkanstoss an sich interessant, leider ist es aber nicht mehr aktuell, und vor allem bringt es keine Lösung.

Borer Roland: Ich habe heute mit Frau Grendelmeier einfach Pech. Ich möchte ihr schon wieder eine Antwort auf ihre Fragen geben, und sie ist wieder nicht hier. Wir haben europaweit oder weltweit Tausende von Museen, die an diesem Rüstungsmaterial, das hier zur Liquidation angeboten wird, Interesse haben. Es sind heute weltweit gesuchte Raritäten, weil sie nirgendwo mehr vorhanden sind.

Die Fraktion der Auto-Partei nimmt vom Armeeleitbild 95 Kenntnis. Wir haben in diesem Leitbild sehr positive Aspekte gefunden. Wir haben aber auch einige Punkte gefunden, die wir sehr kritisch beurteilen und die in Zukunft vor allem bei Budgetberatungen auch unsere Kritik hervorrufen werden.

Ich möchte vorausschicken, dass wir die gegen das Armeeleitbild 95 vorliegenden Anträge ablehnen werden.

Was ist uns aufgefallen? Es ist uns im positiven Sinne aufgefallen, dass man versucht, eine moderne, leistungsfähige Armee aufzubauen, die dem militärischen Umfeld angepasst ist, das heute in Europa – inklusive Osteuropa – besteht.

Wir wollen das Material modernisieren. Wir wollen veraltetes Material ersetzen und neues beschaffen. Wir wollen die Armee verkleinern. Es ist eine Verkleinerung, die vielleicht mengenmässig noch ein wenig grösser ausfallen könnte.

Das Problem ist, dass wir am Gedanken der Milizarmee festhalten wollen. Vergleicht man ein Berufsheer, ein stehendes Heer zahlenmässig mit einer Milizarmee, so vergleicht man einfach Äpfel mit Birnen. Wir brauchen einfach in unserer Milizarmee mehr Leute, als dies in einer Berufsmarine oder in einem stehenden Heer der Fall wäre.

Wir haben festgestellt, dass im Armeeleitbild 95 auch gedanklich Änderungen vorgenommen werden. Wir kommen von der flächendeckenden Abwehr – eine Kampfform, die unsere Armee bis heute eigentlich immer als «diejenige, welche» angesehen hat – zur dynamischen Raumverteidigung. Diese ist unseres Erachtens der Struktur unseres Landes, den Ueberbauungen, den veränderten Landschaftsformen angepasst, und sie ist deshalb richtig.

Wir finden es positiv, dass es weiterhin primär die Aufgabe der Armee sein wird, dissuasiv zu wirken, Verteidigungsbereitschaft nach aussen zu signalisieren. Wir finden es positiv, dass man – wenigstens halbherzig – versucht, in der Verteidigung unseres Landes selbständig zu bleiben.

Es nützt nichts, wenn die bürgerliche Mehrheit heute zum Armeeleitbild 95 ja sagt und nächstes Jahr die Initiative gegen die Beschaffung des F/A-18 nicht bekämpfen wird. Alle bürgerlichen Politiker in diesem Saal sollten sich darüber klarwerden: Ein blosses Lippenbekenntnis für eine Armee nützt nichts. Ohne modernen und glaubwürdigen Luftschirm bringt die ganze Reform im Zusammenhang mit der «Armee 95» nichts.

Wir haben Bedenken bei der Reduktion der Ausbildungszeit für die Grundausbildung. Wenn wir die Ausbildungszeit in den Rekrutenschulen reduzieren – und das wollen wir ja –, so heisst das vor allem für die technischen Truppen, dass auch die Organisation der Rekrutierung und Aushebung grundsätzlich reformiert wird. Man muss dann versuchen, die berufliche Grundausbildung, die ein zukünftiger Soldat mitbringt, zu nutzen und die Leute dementsprechend einzusetzen. Dies ist heute leider oft nicht der Fall.

Welches sind unsere Kritikpunkte? Sehr sauer aufgestossen ist unserer Fraktion ein möglicher Einsatz von Blauhelmsoldaten. Stellen Sie sich vor, welche volkswirtschaftlichen Kosten entstehen, wenn wir die 600 Mann eines Blauhelm-Bataillons ein halbes oder auch ein ganzes Jahr aus dem Berufsleben herausnehmen und irgendwo auf der Welt einsetzen. Das ist mit einer Milizarmee doch schlicht ein Ding der Unmöglichkeit. Die einzige Alternative, die wir in diesem Zusammenhang sähen, wäre ein Berufsbataillon, also ein Bataillon, das sich aus Berufssoldaten zusammensetzt, die frei verfügbar eingesetzt werden könnten, wo jeder die Risiken kennt, wo jeder die Risi-

ken mit einem ganz normalen Arbeitsvertrag eingeht. Nur auf diese Art ist ein Blauhelm-Einsatz unseres Erachtens überhaupt möglich.

Wir haben festgestellt, dass die finanziellen Mittel immer spärlicher fließen. Auch das Militär muss den Gürtel enger schnallen. Ich kann Herrn Cincera unterstützen: Die Schmerzgrenze ist sicher erreicht. Wie wollen wir die Armee modernisieren – das wird Geld kosten –, wenn wir zusätzliche Aufgaben übernehmen wollen, die noch einmal mehr Geld kosten? Ein Blauhelm-Bataillon wird uns nicht gratis zur Verfügung stehen.

Wie wird die Presse reagieren, wenn zum ersten Mal ein Milizsoldat der Schweizer Armee nach einem Blauhelm-Einsatz tot nach Hause geschickt wird? Ich erinnere Sie an die Reaktionen der Presse, als ein Journalist – im beruflichen Einsatz selbstverständlich – im Gebiet des früheren Jugoslawiens umkam. Was wurde da in der Presse nicht alles geschrieben! Und nun stellen Sie sich vor, Sie schicken einen Milizsoldaten an den gleichen Ort, und es passiert dasselbe. Undenkbar!

Wir haben Alternativen. Alternativen wären z. B. der Einsatz von Blaumützen. Wir könnten z. B. mit dem Einsatz von Medizinerinnen im Ausland unserer humanitären Tradition, die wir bis heute gepflegt haben, in viel grösserem Masse gerecht werden. Ich glaube, dieser Einsatz würde vom Ausland als nicht weniger solidarisch betrachtet.

Ein weiteres Problem sind unseres Erachtens die Vorgaben im Zusammenhang mit der Ausbildung. Die «Armee 95» steht vor der Tür. In drei Jahren sollte die Realisierung beginnen. Instrukturen sind heute zu wenige vorhanden. Man hat es verpasst, die Arbeitsplätze, die bei der Armee abgebaut wurden, zum Aufbau des Instruktorienkorps zu benutzen.

Die Benützung von festen Ausbildungsplätzen und die Verlängerung der Kaderausbildung der Unteroffiziere erachten wir als positiv. Das ist sinnvoll.

Obwohl wir kritische Stellen in diesem Armeeleitbild 95 gefunden haben, stellen wir keine Rückweisungs- und keine Aenderungsanträge. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass das Armeeleitbild eine Zielrichtung vorgibt und dass das EMD unter Herrn Bundesrat Villiger absolut in der Lage sein wird, zeitgemäss zu handeln und das Leitbild auch in Zukunft den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Bischof: Am 27. Januar 1992 hat der Bundesrat seinen Bericht an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren, das sogenannte Armeeleitbild 95, vorgelegt. Dieses Armeeleitbild basiert auf dem Bericht 90 vom 1. Oktober 1990 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz; es bildet hiermit auch den Rahmen für das Konzept der Armee.

Warum überhaupt ein neues Armeeleitbild? Die Schaffung und erst recht die Verwirklichung eines neuen Armeeleitbildes bedürfen einer Begründung. Eine Milizarmee wie die unsere kann nicht nach Lust und Laune heute so strukturiert und morgen wieder anders gestaltet werden. Wer eine Armee wie die unsere neu gestalten will, hat sicher gute Gründe dafür; diese Gründe sind alle vorhanden. Sie liegen eindeutig in der Veränderung des sicherheitspolitischen, aber auch des gesellschaftspolitischen Umfelds der Armee. Die bisherige Armee war in Struktur und Auftrag, in Ausrüstung und Konzeption auf eine vorhandene, jederzeit aktualisierbare Konfrontationslage zwischen den beiden ehemaligen Blöcken in Europa ausgerichtet. Auf mögliche Bedrohungen antwortete die Schweiz mit ihren Mitteln, mit einem genau definierten Konzept, nämlich jenem der Abwehr – Herr Ledergerber lacht. Im Bericht 90 hat der Bundesrat seine Sicherheitspolitik den veränderten Bedrohungssituationen angepasst. Er bejaht nach wie vor die Notwendigkeit einer bewaffneten Landesverteidigung. Trotzdem verkennt er nicht, dass neben militärischen Bedrohungen andere, neue Formen der Bedrohung in Erscheinung getreten sind – darum auch der Auftrag, die Armee neu zu definieren.

Das Armeeleitbild 95 präsentiert nun die Lösungen für Aufgaben, die der Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz der Armee gestellt hat. Im Bereich der Konzeption müssen die neuen Aufträge der Existenzsicherung und der Friedensförderung nebst dem Kampfauftrag verarbeitet werden. Die Existenzsicherung wird durch die Territorialverbände der Armee

gewährleistet, durch die Rettungs- und Spitalformationen wie auch durch bestimmte Infanterieverbände. Damit kann auf kantonaler und regionaler Ebene Hilfestellung bei Katastrophenfällen geleistet werden. Der Kampfauftrag wird gestützt auf die neue Militärdoktrin der dynamischen Raumverteidigung durch weniger, dafür aber flexiblere und einsatzstärkere Verbände erfüllt.

Die «Armee 95» ist die richtige Antwort auf die veränderten gesellschaftlichen und demographischen Verhältnisse in der Schweiz. Das Festhalten am Milizsystem und an der allgemeinen Wehrpflicht, der Abbau des Bestandes der Armee-Angehörigen auf 400 000 Leute sowie die Einführung einer einzigen Heeresklasse sind gute Rahmenbedingungen für eine moderne Schweizer Armee. Die «Armee 95» ist die richtige Antwort auf eine künftige Entwicklung, auf die aktuellen, unabhärbaren Gefahren und Risiken. Das neue Armeeleitbild ist zwingend und auch dringend notwendig. Die Weiterführung einer eigenständigen Verteidigungsfähigkeit und auch die Einbindung in ein internationales Sicherheitssystem lassen sich auf der Basis des Armeeleitbildes 95 verwirklichen. Es zeigt den Weg auf; wir müssen ihn weitergehen. Das sind wir der Generation, die unsere Armee trägt und die sie auch in Zukunft tragen muss, schuldig.

Abschliessend möchte unsere Fraktion aber doch noch auf einen negativen Punkt hinweisen. Unter dem Titel «Friedenssicherung» will man der Uno Blauhelme zur Verfügung stellen. Dies geschieht zwar auf freiwilliger Basis. Trotzdem widerspricht dies wieder einmal unserem Volksnein zur Uno. Generell passt uns die Salamtaktik, die darin besteht, dass wir bei immer mehr Uno-Organisationen mitmachen, überhaupt nicht.

Die Fraktion der Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi lehnt alle Minderheitsanträge ab und beantragt Ihnen Zustimmung zum Armeeleitbild 95.

Scherrer Werner: Als Vertreter der EDU möchte ich vorab dem Wehrminister und seinen Mitarbeitern für den gut aufgebauten Bericht bestens danken und gleichzeitig meine volle Zustimmung bekunden. Die militärische und die politische Entwicklung, weltweit und besonders in Europa, sind ausgewogen dargestellt und im Sinne unserer Verfassung beurteilt worden. Nach wie vor gilt es, gemäss Artikel 2 unserer Verfassung, die Unabhängigkeit gegen aussen zu behaupten und im Innern für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Trotz Wohlstand und allgemeiner Friedenseuphorie sind wir heute als Staat und auch als Bürger von drei Seiten bedroht. Diese Bedrohungen haben einen inneren Zusammenhang und als Ursache alle den gleichen Mangel, dass wir nämlich den Preis für die Freiheit und die Unabhängigkeit nicht mehr bezahlen wollen.

Die Schweiz ist durch einen nie vorher dagewesenen moralischen Niedergang als Folge der Aufgabe ethisch-christlicher und moralischer Werte akut gefährdet. Man hat bewusst bewährte Ordnungen und Autoritäten verlassen, die nicht zuletzt für eine Armee, auch für die schweizerische Armee, wichtig sind.

Unser Land ist weiter bedroht durch den von Bundesrat und Parlament vorgezeichneten Weg in ein integriertes Europa. Um des wirtschaftlichen Profites Willen geben wir unsere jahrhundertalte Unabhängigkeit auf und unterstellen uns fremden Richtern.

Als dritte Gefahr zeichnet sich der fehlende Wille zur Selbstverteidigung ab.

Ich lehne alle Anträge der Linken und Grünen entschieden ab, auch die geäusserten Unterstellungen wie «kalte Krieger», «versteinertes Denken», «Mohikaner» und «Dinosaurier» und was wir sonst alles gehört haben. Mit Unterstützung vieler Medien wird uns schon seit vielen Monaten eingetrichtert, dass bald ein Friedensreich anbrechen werde – das Gegenteil ist der Fall, die Konflikte werden noch zunehmen.

Was mir im Leitbild fehlt, ist die Wiederaufnahme der im Zweiten Weltkrieg gut funktionierenden Tätigkeit von «Heer und Haus». Ich frage Sie alle, was uns ein gutes Armeeleitbild 95 ohne die geistige Unterstützung des Volkes nützt. Es ist jetzt die vorrangige Pflicht der leider sehr mat gewordenen bürgerlichen Parteien, angesichts der wie Meereswogen auf

uns zukommenden armeerfeindlichen Initiativen, eine Pro-Armee-Kampagne durchzuführen.

Es stellt sich für mich auch die akute Frage der weiteren Bundesratsbeteiligung der SP. Wer den wesentlichen Grundauftrag der Verteidigung unseres Landes nicht mehr mittragen will und kann, gehört nicht in unsere Regierung.

Abschliessend fordere ich den Bundesrat auf, den vorgesehenen Abbau von Personal in den Rüstungsbetrieben bis zum Jahr 2000 zu erstrecken; damit können wir viele Härtefälle mildern. Es ist eine völlig widersinnige Politik, wenn wir einerseits in unseren Armeebetrieben die Angestellten entlassen – und den Grossraum Thun, wo ich herkomme, trifft das natürlich ganz besonders – und andererseits für diese Leute Sozialpläne aufstellen müssen und das Geld dann in diese Sozialpläne stecken. Das verstehen unsere Arbeiter im Grossraum Thun nicht mehr.

M. Leuba: On a abondamment parlé dans cette salle de la réforme du Parlement et de la manière d'accélérer nos travaux. On me permettra de m'étonner, à ce propos, que nous trouvions sur nos tables trois propositions de renvoi plus une proposition de prendre acte en désapprouvant, émanant du même groupe politique – ces propositions allant du rouge vif au carmin en passant par le rouge tout court – et qui nous placent devant l'alternative suivante: ou bien ce groupe politique a de telles divergences en son sein qu'il propose le renvoi pour des motifs complètement différents – et dans ce cas-là ce n'est plus un groupe politique – ou bien il pratique l'abus du règlement de notre conseil, ces propositions n'ayant pour seul objectif que de permettre aux représentants de ce groupe de s'exprimer pendant 40 ou 50 minutes au lieu des 10 minutes réglementaires!

Malheureusement, je crains que la deuxième explication ne soit la bonne. M. Gross Andreas qui dit être très attaché aux droits démocratiques – je le crois d'ailleurs sincère – devrait aussi être assez intelligent – je crois également qu'il l'est – pour savoir que l'abus des droits démocratiques conduit toujours à la restriction de ces droits et qu'il est ensuite trop tard pour se plaindre celle-ci. En outre, j'ai le désagréable sentiment d'être pris pour un naïf si nous ne dénonçons pas cette manoeuvre, et cela ne me plaît pas d'être pris pour un naïf! Le groupe libéral approuve les grandes lignes du plan directeur Armée 95. Son approbation est toutefois assortie de remarques, de réserves et de conditions. Nous sommes tout d'abord heureux que le Conseil fédéral et le Département militaire fédéral aient élaboré une nouvelle conception de l'armée. La précédente datait de 1961, soit d'il y a plus de trente ans, et la conception de l'engagement, de 1966. C'est donc moins le résultat médiocre de la votation du 26 novembre 1989 que l'évolution de la situation internationale qui devait être prise en compte; c'est ce que l'on a fait. On a en effet voté en 1989 sur l'armée de 1961, alors que la situation avait complètement changé puisque, précisément en novembre 89, le mur de Berlin tombait.

Tout comme le Conseil fédéral, nous ne croyons pas que nous ayons à craindre, de façon primaire, une guerre généralisée en Europe, en tout cas pas une guerre intra-européenne. Toutefois, nous décelons trois menaces au moins. Tout d'abord, contrairement à ce que nous croyions il y a dix-huit mois encore, la guerre n'a pas été bannie d'Europe, et l'atrocité du conflit yougoslave est là pour nous le rappeler, comme d'ailleurs les troubles dont souffre l'ancienne République démocratique allemande, qui dénotent une renaissance de la xénophobie et du racisme et qui devraient inquiéter certains aussi dans cette salle. Ensuite, il y a les menaces contre l'Europe, qui proviennent tout d'abord d'un Islam qui se proclame lui-même conquérant, d'une natalité non contrôlée dans les pays du tiers monde, ainsi que des déséquilibres économiques et écologiques. Enfin, il y a les troubles possibles à l'intérieur de nos frontières et, là, l'armée pourrait jouer un rôle important pour protéger nos organes vitaux dans une époque et dans une société particulièrement fragiles à cet égard.

Compte tenu de la modification de la menace, et uniquement de cela, nous approuvons à la fois la conception de la défense dynamique et la réduction des effectifs qu'elle implique. Mais

si nous pouvons émettre un regret, c'est qu'il nous paraît que, dans tout le raisonnement, on a commencé par réduire les effectifs et, ensuite seulement, on s'est demandé quelle mission on donnerait à cette armée réduite. Nous pensons qu'il faut faire l'inverse, nous croyons – et nous allons le répéter – que c'est d'abord la mission de l'armée qui doit être déterminée et que c'est en fonction de cette mission que l'on se donne les moyens nécessaires.

Toujours selon le principe de l'adaptation des moyens à la mission, nous approuvons donc la réduction des effectifs. Cependant, nous rappelons que cette réduction ne se fera pas «verticalement» mais «horizontalement»: c'est par les classes d'âge que l'on diminue l'effectif et non pas en réduisant la conscription. Cela nous paraît aussi nécessaire dans la conception de la défense dynamique.

Enfin, nous voudrions insister sur la nécessité, qui est bien mise en évidence dans le rapport, de l'acquisition d'un avion de combat moderne, sans lequel toute défense dynamique est impossible.

Mesdames et messieurs, c'est à prendre ou à laisser! Je vous citerai le rapport: «Celui qui ne peut pas assurer la protection de l'espace aérien perd la liberté d'action au sol.» Dès lors, je poserai la question à M. Villiger, chef du Département militaire fédéral: dans l'hypothèse malheureuse où le peuple refuserait l'achat de l'avion de combat, ne conviendrait-il pas de revoir le programme Armée 95 car, avec les moyens que nous aurions à disposition, nous ne pourrions plus assurer les missions fixées dans ce rapport?

Toujours à ce propos, nous répétons que la mission première d'une armée est d'être prête à défendre avec efficacité la patrie et sa population. Donc, la préparation à la guerre, aussi désagréable que cela puisse sonner à nos oreilles, est la tâche essentielle et nous devons le réaffirmer, même si cela n'est pas très populaire. C'est seulement avec une armée efficace que l'on exerce un effet dissuasif et que l'on assure la paix à notre population, ce qui est finalement l'objectif que nous devons rechercher. La question européenne nous paraît d'ailleurs peu importante concernant le problème que nous avons à résoudre. En effet, nous savons que les pays qui nous entourent, ceux de la Communauté ou ceux de l'Espace économique européen ont tous une armée efficace. Dès lors, notre souci doit être qu'il n'y ait pas de maillon faible à l'intérieur de cet ensemble européen.

Enfin, j'insiste sur le fait que nous n'avons pas une armée pour occuper nos jeunes gens pendant un certain temps ou pour faire des travaux que les civils feraient certainement mieux qu'eux. Nous ne sommes pas opposés à des actions de maintien de la paix ni à ce que l'armée intervienne en cas de catastrophe. Il est clair que lorsque la maison brûle, tout le monde doit intervenir. Mais il s'agit indiscutablement de l'utilisation de l'armée pour des tâches subsidiaires parce qu'elle existe, et non de tâches essentielles et primordiales de notre armée.

Nous ne voulons pas entrer ici dans les détails des structures. Nous dirons simplement notre inquiétude à propos du nouveau type des cours de répétition: 10 cours tous les 2 ans, de 22 à 40 ans, cela signifie – nous l'avons déjà dit en séance de commission – qu'au moment où les jeunes hommes entre 30 et 40 ans ont les plus grandes contraintes de la vie active, quand ils font leur place dans leur profession, ils devront consacrer davantage de temps au service militaire que dans le système actuel. Il me semble qu'il y a là un défaut important qui ne correspond pas à ce qu'on a cherché pendant longtemps, c'est-à-dire concilier l'activité militaire avec les obligations de la vie civile.

Nous dirons un dernier mot au sujet du postulat qui demande au Conseil fédéral de réduire progressivement la durée du service militaire. Nous ne voterons pas ce postulat, même si le Conseil fédéral l'accepte. Nous pensons qu'il n'est pas très heureux que la réforme de l'armée se fasse par petites tranches, alors qu'elle forme un tout: si certains éléments sont sans doute agréables au citoyen, d'autres lui sont plus désagréables, mais on ne peut pas les vendre séparément. Pour cette raison, nous avons les plus grands doutes sur le fait qu'on puisse ainsi réformer l'armée par petits bouts. Le passage de l'armée 61 à l'armée 95 sera déjà difficile. La période

d'adaptation ne sera pas aisée, comme on nous l'a démontré en commission. Nous souhaitons que cette réforme se fasse dans les meilleures conditions et non pas par une adaptation par tranches, ce qui provoquerait sans aucun doute des périodes de faiblesse et d'inadaptation.

Keller Anton, Berichterstatter: Ich bin erstaunt, wie diese Reform von den Gegnern des Leitbildes in ihrem Ausmass heruntergespielt wird. Als Generalstabsoffizier kenne ich die bestehende Armee und kann sie mit dem vergleichen, was das neue Leitbild vorschlägt.

Ich habe den Eindruck, dass der Unterschied zwischen den beiden Armeen enorm gross ist. Das wird sich alles zeigen, wenn die alte Armee in die neue übergeführt werden muss. Die Probleme, die dann zu lösen sein werden, werden sehr gross sein. Die Kluft, die sich in dieser sicherheitspolitischen Diskussion aufgetan hat, ist unüberbrückbar. An der Frage, ob unsere Armee weiterhin in der Lage sein soll, einen Verteidigungsauftrag auszuführen, scheiden sich ganz offensichtlich die Geister.

Herr Hubacher hat gesagt, dass Alternativen zu diesem bestehenden Leitbild und zum Bild der Armee in diesem Leitbild fehlten. Ich kann das verstehen. Was aber die SP vorschlägt, was den Minderheitsantrag I (Haering Binder) betrifft, ist das eben keine Alternative, die von einer Mehrheit dieses Rates richtig erfasst und auch akzeptiert werden könnte. Diese Variante liegt enorm abseits. Wenn die SP-Fraktion – das muss man klar sehen – den Minderheitsantrag I (Haering Binder) unterstützt, dann markiert sie meines Erachtens mit aller Deutlichkeit, dass sie in Richtung Abschaffung der Armee marschiert; denn diese Armee von 150 000 Mann ist zwar sicher zu gebrauchen, z. B. für Aufgaben der Friedensförderung, für Aufgaben der Existenzsicherung und für weitere Aufgaben – beispielsweise im Umweltschutz. Aber mit dieser Armee lässt sich kein Verteidigungskampf führen, so wie ihn das Leitbild vorsieht. Darüber muss man sich im klaren sein. Eine solche Armee verdient den Namen Armee nicht mehr.

Insbesondere diesen Antrag der Minderheit I (Haering Binder) müssen wir mit aller Deutlichkeit ablehnen.

Ich bitte Sie, vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen, wie es die grosse Mehrheit der Kommission getan hat. Abzulehnen ist der Minderheitsantrag II (Meier Hans). Er wurde in der Kommission mit 14 zu 1 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Abzulehnen ist auch der Minderheitsantrag I (Haering Binder). Die Kommission hat ihn mit 14 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Abzulehnen ist ferner der Minderheitsantrag III (Gross Andreas). Die Kommission hat ihn mit 14 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Ebenso ist der Eventualantrag der Minderheit IV (Carobbio) abzulehnen. Er ist in der Kommission mit 13 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt worden.

Aus unserer Sicht kann dagegen das Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates angenommen werden. Die Kommission hat es mit 15 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.

M. Savary, rapporteur: Les critiques de la minorité envers le Département militaire fédéral et envers ceux qui ont conçu le rapport sur l'armée 95 sont injustifiées. En effet, ce rapport tient compte de la situation politique et militaire en Europe. Il contient un certain nombre de réflexions, de propositions, une nouvelle conception de l'engagement et deux nouveautés essentielles: la promotion de la paix et l'engagement de certaines troupes en cas de catastrophe. C'est un document pensé et qui forme un tout. Mme Haering Binder a dit: «Nous voulons le désarmement, le peuple veut le désarmement.» Je pense que c'est là prendre ses désirs pour des réalités. Que veut le peuple? Il veut vivre en paix et dans la sécurité. Pour cette raison, nos citoyens savent qu'ils doivent entretenir une armée et que cela va coûter quelque chose. Nombreux sont les pays au monde qui nous envient, où l'on aimerait mieux entretenir une armée dissuasive plutôt que d'avoir à subir la guerre ou l'insécurité. Je suis persuadé que seule une armée digne de ce nom, aujourd'hui comme demain, peut nous préserver de la guerre.

M. Gross Andreas, tout en prêchant le pacifisme, reconnaît que la misère économique peut déboucher sur la violence et demande que nous fassions davantage dans le sens de la promotion de la paix. Ce premier pas a déjà été fait grâce à ce qui est proposé. Mais il y a des limites au discours et à l'engagement des «Casques bleus». Vous pouvez, comme moi, regarder ce qui se passe à Sarajevo et constater que, pour l'instant, rien n'a été réglé avec des discours ni avec l'engagement des «Casques bleus». Je n'ose même pas penser à ce qui pourrait arriver si ceux-ci étaient pris sous les tirs de l'artillerie qui domine cette ville.

Il y a deux propositions sur lesquelles j'aimerais apporter quelques précisions. La première demande à ce qu'on en vienne à une armée de 150 000 hommes. Elle ne précise pas le type d'armée désiré. Les auteurs de cette proposition veulent-ils une armée de type garde nationale, avec un armement léger, soit 150 000 gendarmes destinés à préserver une sécurité minimum dans le pays? Ou veulent-ils que ces 150 000 personnes composent une armée hautement mobile, disposant d'un armement et de technologies de pointe du genre: forces d'action rapide? Avant de se déterminer en vue de réduire le nombre des militaires, il faudrait savoir quel genre d'armée l'on veut.

De toute façon, un tel effectif permettrait, en cas de conflit armé, de faire face pendant une durée limitée à une attaque venant d'une direction, mais il ne serait pas possible de mener un combat de longue durée, de couvrir tous les points vitaux du territoire, de faire face à plusieurs menaces simultanées et de manoeuvrer en profondeur. En tout état de cause, une réduction immédiate à 150 000 hommes est irréalisable. Les travaux pour le passage de 625 000 à 400 000 hommes le prouvent. Nous ne disposons pas de la capacité administrative, technique et financière nous permettant de réaliser une telle réorganisation à court terme. En outre, il faut prendre en compte l'impact politique et économique.

Un autre problème qui a été soulevé est celui de la réduction de 50 pour cent du budget du Département militaire fédéral. Si l'on prend en considération cette proposition, l'armée ne peut tout simplement plus remplir les missions qui lui sont confiées dans le rapport sur la politique de sécurité de 1990. Des moyens matériels minimums sont nécessaires à cette fin et les coûts de ces missions ont été évalués au plus près. Compte tenu des moyens financiers prévisibles, il a fallu étaler cette réalisation sur environ 16 ans, ce qui équivaut à un renouvellement relativement lent – entre 30 et 40 ans – des équipements. La réduction des dépenses militaires de 50 pour cent devant se faire, pour l'essentiel, au détriment des investissements, cela signifie l'impossibilité d'acquérir certains équipements indispensables, l'incapacité de renouveler à un rythme raisonnable nos moyens militaires, et l'impossibilité de rénover ou de construire des infrastructures. Cette réduction de 50 pour cent rend impossible la réalisation du projet Armée 95 et exige que l'on redéfinisse, sur le plan politique, la mission de l'armée. Il faudrait reporter sur des organisations civiles des tâches aujourd'hui accomplies par l'armée, et ce n'est pas ce que vous voulez.

Pour toutes ces bonnes raisons, je vous demande, au nom de la majorité de la commission, de repousser toutes les propositions de minorité.

Bundesrat Villiger: Noch kaum je gab es in der Völkergemeinschaft einen grösseren Konsens, was den Einsatz von Armeen betrifft. Es braucht Armeen, und zwar braucht es Armeen, die gleichzeitig gegen den Krieg und für den Frieden arbeiten.

In einer Zeit des grossen politischen und wirtschaftlichen Gefalles sichern Armeen nach wie vor das Gleichgewicht, indem sie verhindern, dass noch immer vorhandene und in der Geschichte auch immer wiederkehrende Kräfte dieses Gleichgewicht verletzen können. Das ist der klassische Abhalte- und Verteidigungsauftrag der Armeen. In einer Zeit mit der Chance, dass nach Jahrzehnten der unversöhnlichen Fronten ganz Europa zur Demokratisierung findet, stützen Armeen einen schwierigen Prozess, der gar nicht anders als mit Instabilität, Spannungen und Konflikten ablaufen kann. Das ist die Friedensförderung.

In einer Zeit mit möglichen gravierenden Flüchtlingsproblemen müssen Armeen die zivilen Behörden unterstützen können, wenn diese ihre humanitären Aufgaben nicht mehr bewältigen können.

Und in einer Zeit mit leider eher grösser werdenden Katastrophenrisiken müssen Armeen zur Existenzsicherung beitragen und bei Katastrophen die zivilen Institutionen unterstützen können.

Innerhalb eines halben Jahrzehnts haben sich Umfeld und Aufgabenstellung der Armeen grundlegend verändert. Wir in der Schweiz haben darauf reagiert und eine tiefgreifende Armee reform eingeleitet. Noch ist der Wandel nicht abgeschlossen, noch ist der Ausgang nicht absehbar, und deshalb muss die Reform so angelegt sein, dass die Armee auch weitere Entwicklungen auffangen kann. Wir müssen – mit anderen Worten – Optionen offenhalten.

Wer heute eine Reform mit Anspruch auf ewige Richtigkeit postuliert, politisiert unehrlich. Wer angesichts der veränderten Lage und der wichtigen neuen Aufgaben nur deshalb auf eine Reform verzichtet, weil der weitweite Umwälzungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, geht mit der Verantwortung fahrlässig um.

Die «Armee 95» ist der Schritt, der heute nötig, verantwortbar und realisierbar ist und der in den internationalen Proportionen verhältnismässig ist.

Herr Ledergerber hat hier den Satz wiederholt, der auch durch tausendfache Wiederholung nicht wahrer wird, alle anderen würden abrüsten, nur die Schweiz rüste auf. Wir machen genau das gleiche, was andere auch machen: Wir verkleinern die Armee; wir mustern natürlich das alte und nicht das neue Material aus, und wir erneuern sie, wenn auch in einem verlangsamten Rhythmus. Deshalb habe ich gesagt: Wir sind innerhalb der internationalen Proportionen absolut verhältnismässig. Wer jetzt weniger will, verkennt die Realitäten, und wer viel mehr will, läuft Gefahr, von der Geschichte möglicherweise dereinst bestraft zu werden. Für beides könnte ich die Verantwortung nicht übernehmen.

Ich kann nun – und ich hoffe auf Ihr Verständnis – nicht auf alle Detailfragen eingehen, die hier aufgeworfen worden sind. Ich möchte aber, bevor ich auf die eigentlichen Ausführungen eingehe, noch etwas zum Stellenwert dieser Debatte sagen.

Frau Hollenstein und Herr Ledergerber haben den Bericht kritisiert: Sie sagten, man könne nichts verändern, man könne nichts dazu beschliessen. Ich muss diese Kritik mit aller Vehemenz zurückweisen, weil ich eher Lob erwartet hätte. Es hat uns niemand gezwungen, diesen Bericht hier zu präsentieren, sondern wir hätten Ihnen direkt die gesetzliche Realisierung vorschlagen können. Es ging mir aber darum, mit diesem Bericht sozusagen in der Öffentlichkeit und im Parlament den Puls zu fühlen, und Sie werden selbstverständlich bei dem total revidierten «Militärgesetz» Gelegenheit haben, zu einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Wir haben beispielsweise vor, den Auftrag der Armee in das Gesetz aufzunehmen. Sie können sich dazu äussern, Anträge stellen. Sie werden die Obergrenze der Bestände bestimmen können usw. Ich meine also, dass wir in bezug auf die Mitsprache des Parlaments bei der Gestaltung der Streitkräfte sehr viel weiter gehen als irgendein anderes Land. Ich finde das aber auch richtig.

Zu den sicherheitspolitischen Herausforderungen: Das Ende des kalten Krieges hat in der Tat neue und hoffnungsvolle Aussichten für die Zukunft dieses Kontinents eröffnet. Es besteht die Chance, dass auch der östliche Teil des Kontinentes zu Demokratie, zu Menschenrechten und zu politischer Stabilität findet. Allerdings ist dieser Aufbruch Europas erst eine Chance und noch keine endgültige Realität. Realität und Wahrnehmung klaffen auch sehr häufig auseinander. Ich möchte davor warnen, sich Illusionen hinzugeben, die nur deshalb tausendfach bestätigt werden, weil Tausende gerne hätten, dass sie wahr wären. Sicherheitspolitik darf sich nicht von Illusionen oder von Wunschen denken leiten lassen. Sie muss sich an den Realitäten orientieren.

Ich sehe im wesentlichen drei Kategorien von neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen:

1. Eine akute sicherheitspolitische Herausforderung im Südosten. Es ist dies vor allem die Lage auf dem Balkan und in ge-

wissen benachbarten Gebieten. Was sich im ehemaligen Jugoslawien abspielt und uns alle bewegt und erschüttert, ist ein klassischer Eroberungskrieg, in welchem die Aggressoren bis heute für ihre bestialische Gewalt mit Erfolgen belohnt worden sind. Je nach Ausgang dieses Konflikts könnte dieser Krieg Präjudizwirkungen für andere Kriege haben. Es wird Spuren hinterlassen, wie die Welt, wie Europa mit diesem Krieg umgeht.

2. Ein latentes sicherheitspolitisches Risiko ergibt sich aus der prekären politischen und wirtschaftlichen Lage des Ostens. Enttäuschte Hoffnungen, Armut, wirtschaftliche Misere, ethnisches Konfliktpotential, Reste alten Denkens und alter Machtstrukturen könnten zum Nährboden für Nationalisten, Diktatoren und andere werden. Sie wissen auch, dass nach wie vor grosse nukleare und auch konventionelle Potentiale vorhanden sind. Das alles dürfen wir weder verdrängen noch mit der Nonchalance des Unbetroffenen überspielen.

3. Eine weitere Ebene der Herausforderung ist eine schlechende sicherheitspolitische Bedrohung, die primär, aber nicht ausschliesslich vom Süden ausgeht, die diffus ist, schwer fassbar. Hier sind die neuen Risiken gemeint wie Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen, Migration, aggressiver religiöser Fundamentalismus, illegaler Waffenhandel, Drogen, Terrorismus, organisiertes internationales Verbrechen usw.

Das Schwierige ist, dass diese drei Kategorien ineinander überfließen, sich gegenseitig beeinflussen und damit ein Risikogemisch bilden, das plötzlich da und dort explosiv werden könnte.

Die Tatsache, dass wir heute nicht unmittelbar bedroht sind, darf uns nicht zur Illusion verleiten, dass wir es nie mehr sein werden. Gerade die letzten drei Jahre haben einmal mehr gezeigt, dass Geschichte prinzipiell nicht vorhersehbar ist, und ich beneide zum Beispiel Frau Haering Binder oder Herrn Ledergerber um ihre Sicherheit in der Beurteilung der Zukunft. Ich selber bin sehr viel unsicherer.

Trotz dieser Risiken gibt es die Chancen für ein sicheres Europa, die ich erwähnt habe. Aber wir müssen Anstrengungen unternehmen, dass diese Chancen eine Chance haben. Ich darf einige Stichworte zu einer Politik der Chancenrealisierung geben. Durch eine Mischung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Massnahmen muss versucht werden, die Stabilität in den Problemländern zu fördern. Das geht durchaus auch etwas in der Richtung des Minderheitsantrages III (Gross Andreas). Aber es ist auch genau der Kern der ersten Säule unserer neuen Sicherheitspolitik, die wir hier beschliessen haben. Es ist eine europäische Sicherheitsordnung anzustreben, die durch ein Netz aus Kooperation, rechtlichen Vereinbarungen und auch militärischen Mitteln den raschen Wandel in friedlichen Bahnen hält, ein Netz sozusagen, das man über dieses Risikosystem stützen kann und das Explosionen verhindert.

Innerhalb einer solchen präventiven Politik sind Streitkräfte unentbehrlich. Weil niemand in Versuchung geraten darf, seine Streitkräfte ausserhalb seines Landes aggressiv zu missbrauchen, müssen sich die westlichen Demokratien nach wie vor mit modern ausgerüsteten Armeen verteidigen können. Weil aber diese Streitkräfte stabilisierende Faktoren sein müssen und niemanden bedrohen dürfen, müssen sie auf eine hinreichende Verteidigungsfähigkeit begrenzt sein. Innerhalb einer künftigen europäischen Sicherheitsordnung – und auch jetzt schon – sind Streitkräfte für friedenspolitische Massnahmen unabdingbar; einige Stichworte: Peace-keeping, Peacemaking, Militärbeobachter usw.

Weil die herkömmlichen nichtmilitärischen Instrumente der staatlichen Sicherheit angesichts neuer, diffuser Bedrohungen im Krisenfall überfordert sein könnten, erhalten die Streitkräfte subsidiär zur Unterstützung der zivilen Organe unter deren Leitung neue Aufgaben. Die Berechtigung von Armeen als Instrumente mit vielfachen Aufgaben ist deshalb in der Völkergemeinschaft unbestritten.

Die Frage heisst also nicht, ob es weiterhin Armeen braucht, sondern wie diese Armeen ausgestaltet sein müssen, damit sie zu Instrumenten solidarischer Zukunftssicherung werden. Das führt mich zu den drei Stichworten «Verteidigungsfähig-

keit», «Multifunktionalität» und «Kooperation». Genau diese Stichworte stehen am Anfang unserer Reform.

Was heisst das alles für unsere Armee? Der Auftrag dieser Armee wird schon im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz definiert. Er lautet in der Reihenfolge der Prioritäten:

1. Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft und Verteidigung;
2. Friedensförderung;
3. Hilfeleistung als Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung.

Damit wird der Auftrag unserer Armee erweitert und dem neuen Umfeld angepasst. Sie ersehen daraus, dass diese Armee sehr viel mehr tun können müssen: im Bedarfsfall Migrationsnotstände bewältigen helfen, Uno-Aktionen unterstützen, sensible Objekte der Infrastruktur sichern, Konferenzen schützen, Katastrophen bewältigen helfen, und als Ultima ratio muss sie das Land verteidigen können. Und zwar muss sie das alles einzeln können, à la carte nach Bedürfnissen kombiniert, eskalierend bis zur Verteidigung oder alles zusammen simultan. Damit sie das alles kann, muss sie verändert werden. Deshalb ist der erste Grund für diese Reform die Anpassung an die neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten.

Die neue Armee ist kleiner und flexibler als die heutige; die Ausbildung stützt sich auf eine zeitgemässe Infrastruktur; die Kader instruieren nach modernen Grundsätzen und haben auch genügend Vorbereitungszeit; Ausrüstung und Ausbildung schaffen den Sprung in die moderne Technologie. Das alles deckt sich, Herr Maurer, genau mit dem, was Sie in bezug auf Ausbildung gefordert haben.

Ich teile auch die Meinung von Herrn Dünki, der hier von der menschenorientierten Führung gesprochen hat. In dieser Hinsicht ist in den letzten Jahren schon sehr viel passiert. Das muss so sein. Aber ich sage auch ganz klar, dass das nicht dazu führen darf, dass wir bei den Forderungen nachlassen, denn diese müssen noch immer auf die Tauglichkeit im Ernstfall ausgerichtet sein.

Es gibt aber auch innenpolitische Zwänge, die eine Armee reform unauusweichlich machen. Viele der nicht sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sind im Umbruch; ich erwähne nur drei davon:

1. Die Wirtschaft ist anders strukturiert als vor dreissig Jahren, und die Mobilisierung von 800 000 Männern im Konfliktfall ist nicht mehr realistisch.
2. Die Haltung der Menschen zu vielen überlieferten Werten ist ebenfalls in rasantem Umbruch.
3. Unsere finanziellen Möglichkeiten sind eingeschränkt. Eine zu grosse Armee können wir uns nicht leisten.

Es wurde hier die Frage gestellt, ob nicht «Armee 95» gestoppt werden müsste, wenn zum Beispiel das Kampfflugzeug nicht käme. Ich muss Ihnen dazu sagen: Der Point of no return zum Verbleiben bei der alten Armee ist eigentlich schon aus finanziellen Gründen erreicht. Wir müssen weiterfahren.

Wenn wir die Armee nicht anpassen und sie nicht für die heutige Zeit sozial- und wirtschaftsverträglich machen, könnte sie ihre demokratische Basis verlieren. Das kann in einer direkten Demokratie an die Existenz der Armee gehen. Das ist genau der Grund, warum wir nicht nur gegenüber jenen unnachgiebig sind, die eine glaubwürdige Armee überhaupt in Frage stellen, sondern auch gegenüber jenen, die sich gegen die Reformen sträuben.

Herr Cincera hat die Departementsstruktur angesprochen. Dazu möchte ich nur sagen, dass die Armee reform auch eine Veränderung und eine Verkleinerung des Departements zur Folge haben muss. Da wir aber nicht alles gleichzeitig machen können – weil wir es sonst nicht mehr bewältigen würden –, wollen wir das stufenweise tun. Das ist jetzt in Planung und wird schwerem Gewicht erst dann realisiert werden, wenn die Armee reformiert ist.

Zum Thema Schweiz und Europa: Wir sind ein Teil Europas; wir sind Mitspieler und Mitverantwortliche, und auch im Rahmen der bewaffneten Neutralität ist diese Armee «europa-nützlich». Sie verhindert, dass unser Land je ein Risikoraum werden könnte. Sie macht diesen Raum stabil und berechenbar, und ich meine, dass auch der solidarisch ist, der sein eigenes Haus selber in Ordnung hält und anderen nicht zur Last fällt.

Neuerdings gibt es in unserem Land aber auch die Pose des sicherheitspolitischen Trittbrettfahrers. Manche glauben, uns würde dann Europa, die Uno oder sonst jemand zu Hilfe eilen, wenn es einmal ernst gelte. Deshalb sei es verantwortlich, in unseren Wehranstrengungen nachzulassen.

Wir könnten natürlich einem europäischen Verteidigungsbündnis beitreten, aber da gibt es nur eines, und das heisst Nato. Mir fällt jeweils auf, dass gerade bei den sicherheitspolitischen Trittbrettfahrern keinerlei Bereitschaft zu einem allfälligen Nato-Beitritt besteht. Man kann von einem Verteidigungsbündnis nicht nur profitieren. Man muss auch Beiträge leisten. Auch unangenehme politische Lasten, wie etwa die Luftverteidigung, müssen gemeinsam getragen werden. Für den Bundesrat steht aber – und das sage ich ganz klar – ein Beitritt zu einer militärischen Allianz nicht zur Diskussion.

Oft wird dann gefordert, wir sollten selbstverständlich nicht der Nato, sondern einer europäischen Sicherheitsordnung beitreten. Da muss ich zuerst einmal fragen, was das eigentlich ist und ob es so etwas überhaupt schon gibt. Eine Sicherheitsordnung, die diesen Namen verdient, ist ein System kollektiver Sicherheit, das sich am Uno-Vorbild orientiert. Ihm liegt eine von allen Mitgliedern anerkannte Rechtsordnung zugrunde. Und gestützt auf eine solche Rechtsordnung können Zwangsmassnahmen gegenüber Rechtsbrechern beschlossen werden. Sie wissen, dass der Uno-Sicherheitsrat politische, wirtschaftliche und sogar militärische Sanktionen beschliessen kann. Theoretisch könnte die KSZE im Auftrag der Uno allfällige Zwangsmassnahmen durchführen, die vom Sicherheitsrat der Uno beschlossen sind.

In der Praxis ist aber bei der Realisierung einer gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitsordnung mit sehr grossen Problemen zu rechnen, und mir scheint, diese seien eher grösser geworden. Die gemeinsame Werte- und Rechtsbasis als Voraussetzung für eine wirksame kollektive Sicherheit fehlt noch weitgehend.

Weil die KSZE nach der Formel «Konsens minus eins» im Konsensverfahren entscheidet, setzt jeder Beschluss das Einverständnis von heute 51 Mitgliedstaaten voraus. Er kann damit jederzeit durch fehlende Bereitschaft zum Einverständnis verhindert werden. Die KSZE hat eindrucksvolle Leistungen im Hinblick auf den Umbruch im Osten erbracht, aber ihre Probleme im Hinblick auf die heutige Lage sind offenkundig geworden.

Sie wissen alle, dass auch die Nato und die WEU eine neue Rolle suchen und dass die Meinungen darüber sehr geteilt sind. Nüchtern betrachtet ist davon auszugehen, dass ein stabiles gesamteuropäisches, kollektives Sicherheitssystem noch in weiter Ferne liegt, und es wäre unverantwortlich, die eigene Sicherheitspolitik auf ein nicht-existentes System statt auf Realitäten abzustützen.

Im übrigen wäre die Beteiligung an einer solchen Ordnung kein Ersatz für eigene Verteidigungsanstrengungen. Die bisherigen weltweiten Erfahrungen zeigen, dass Mechanismen kollektiver Sicherheit keinen ausreichenden Schutz gegen gewaltsame Uebergriffe wie in Jugoslawien, Irak, Kuwait usw. bieten. Hier hilft eben trotz allem nur die nationale oder gemeinsame Verteidigung. Darum ist auch die Finalität von Maastricht nicht die kollektive Sicherheit, sondern die gemeinsame Verteidigung der europäischen Union, allerdings unter Achtung von noch sehr viel nationaler Eigenständigkeit.

Die Forderung nach einer Eingliederung in eine europäische Sicherheitsordnung erweist sich deshalb bei näherem Besehen als Leerformel. Solange wir keinem Militärbündnis beitreten wollen, gibt es für uns keine Alternative zu einer eigenständigen, angemessenen Verteidigung, man könnte auch sagen zur bewaffneten Neutralität.

Natürlich kann die Schweiz auch im Rahmen einer weiter verstandenen Neutralität Beiträge der sicherheitspolitischen Solidarität leisten, und ich selber bin überzeugt, dass sie das in der nächsten Zeit vermehrt tun muss, denn die Grösse der Probleme erfordert Beiträge aller, auch von uns. Ich denke an die friedenspolitischen Massnahmen, die hier auch kritisiert worden sind. Sie wissen, dass wir die Anstrengungen erweitert haben. Es stehen gegenwärtig schweizerische Militärbeobachter im Golan und in Jugoslawien. Die Leistungen unserer Blau-

mützen in Namibia und in der Sahara sind wertvoll und ein-drücklich. Schweizer Fachleute haben im Irak im Namen der Uno wichtige Arbeit geleistet. Eine Blauhelm-Botschaft ist den Räten zugeleitet worden.

Aber auch hier muss ich vor vereinfachenden Illusionen warnen. Nach herkömmlichem Verständnis werden Blauhelme nur eingesetzt, wenn alle Parteien den Friedenswillen haben. Bei solchen Peace-keeping-Aktionen ist die Gefahr für die Blauhelme begrenzt. Das Beispiel Jugoslawien zeigt aber, dass zwischen dem Peace-keeping und dem Peace-making – also gewaltsame Friedenserzwingung – eine fließende Grenze entstanden ist, und deshalb werden Blauhelm-Einsätze in Zukunft wahrscheinlich gefährlicher. Sie werden kein Abenteuerlager für erlebnishungrige Idealisten sein. Das müssen wir bedenken, wenn wir hier die Botschaft behandeln und die Entscheide im Bewusstsein einer sehr grossen Verantwortung fällen werden.

Ich habe die verschiedenen Gründe angeführt, die zur Armee-reform zwingen. Eine Armee muss dem Wandel periodisch angepasst werden. Andererseits braucht eine Milizarmee Kontinuität. Man kann sie nicht heute abschaffen, morgen wieder einführen, übermorgen halbieren und dann wieder verdoppeln. Krisen entstehen rascher, als Armeen verändert werden können. Deshalb besteht zwischen Anpassung an neue Gegebenheiten und Kontinuität ein Widerspruch, der schwer zu lösen ist. Wir geben die Antwort darauf mit dem Denken in Optionen.

Vielleicht realisieren sich in Europa alle Chancen. Wir wollen es hoffen. Dann können wir die Armee weiter verkleinern; ich bin der letzte, der sich dagegen sträuben wird. Vielleicht gibt es nachhaltige Rückfälle; dann heisst die Option: Steigerung der Kampfkraft. Oder wir wollen uns an ein Bündnis anlehnen; dann muss die Struktur der Armee das evolutiv ermöglichen. Oder wir bleiben bewaffnet neutral; dann muss das Land auch in zwanzig Jahren noch eine angemessene, eigenständige Verteidigung leisten können.

Wir sind überzeugt, dass «Armee 95» diese Optionen enthält; wir wahren Handlungsspielraum. Aber wir dürfen dabei nicht nur die Strukturen verändern, sondern müssen auch unser Denken ändern. Und da hat sich sehr viel geändert. Der Entwicklungsprozess im Departement – mit meinen Mitarbeitern und den hohen Offizieren – war positiv. Ich muss den Vorwurf des Dinosauriertums, den man meinen Mitarbeitern und mir gemacht hat, in aller Form zurückweisen. Angesichts des Engagements meiner Leute, angesichts der Offenheit gegenüber dem Wandel und auch angesichts des Verantwortungsbewusstseins empfinde ich das als beleidigend, werde aber trotzdem den kleinen Dinosaurier nach Hause nehmen und versuchen, den Streit, der bei meinen Töchtern darum entstehen wird, zu schlichten.

Zu den Minderheitsanträgen: Der Minderheitsantrag I (Haering Binder) – Herr Ledergerber hat den gleichen Antrag, nur etwas allgemeiner, gestellt – will die Militärausgaben auf 50 Prozent des heutigen Standes reduzieren, die Truppenbestände auf 150 000 Mann reduzieren, und es wird ein Konzept für die Rüstungskonversion verlangt. Frau Haering Binder war sehr ehrlich. Sie hat auf die Aehnlichkeit dieses Antrages mit der Initiative der Sozialdemokraten hingewiesen. Sie hat ehrlicherweise auch gesagt, in fünf Jahren wäre sie dann auch für den zweiten Schritt. Das heisst für mich, dass damit schon deklariert ist, dass solche Schritte im Hinblick auf die Abschaffung der Armee vorgeschlagen werden.

Frau Haering Binder hat auch auf die anderen hängigen Initiativen hingewiesen. Sie wissen: Eine Armee hat zwei Säulen: Ausbildung und Rüstung. Es sind vier Volksinitiativen hängig, die sehr genau auf beide Säulen zielen. Wenn alle vier Initiativen angenommen und verwirklicht würden, würde das die Aufrechterhaltung einer Landesverteidigung, die diesen Namen verdient, verunmöglichen. Das ist das, was man im Volksmund als Salamitaktik bezeichnet.

Zum Vorwurf, wir hätten unsere Pflicht nicht erfüllt: Wir haben auch andere Armeemodelle geprüft: Berufsheer, stehendes Heer mit Wehrpflichtigen, Freiwilligenheer und eben das Milizheer. Die Planer haben sich mit vielen Modellen beschäftigt, aber wir haben, nachdem die Entscheide gefallen waren, im

Armeeleitbild nur summarisch darüber geschrieben. Sie können bei der Behandlung der gesetzlichen Grundlagen selbstverständlich ein anderes Modell hervorheben.

Ich will Ihnen aber sagen, warum ich meine, dass das falsch wäre: Wir sind nach reiflicher Ueberlegung zum Schluss gelangt, dass die Schweiz vom Milizheer nicht abgehen sollte. Ein Berufsheer scheidet schon aus Kostengründen aus. Sie können das berechnen, wenn Sie Löhne und Sozialversicherung für einen Mann auf ein Heer von beispielsweise 40 000 Mann hochrechnen. Ich will das aber nicht weiter vertiefen. Ich meine, dass zahlreiche Gründe für ein Milizheer sprechen. Ich darf nur einige aufzählen: Nur die Milizarmee ist eine eigentliche Volksarmee; sie hat nach wie vor für die soziale und nationale Kohäsion Bedeutung; sie ist leistungsfähig, weil sie auf hervorragende Leute aus zivilen Berufen zurückgreifen kann; sie ist verhältnismässig kostengünstig; und sie entsteht erst, wenn man sie braucht.

Herr Leu Josef hat gesagt, es dürfe kein Mythos von der Milizarmee entstehen. Das wollen wir nicht. Sie wissen, dass wir schon heute gewisse Bereiche professionalisiert haben. Auch ein neues Kampfflugzeug wird sicher eher professionalisiert werden, und in der Logistik, Elektronik usw. ist es ähnlich. Das war schon immer so und wird so bleiben. Aber im wesentlichen wird die Armee eindeutig eine Milizarmee bleiben. Nur muss in der Tat – und hier hat Herr Leuba recht – für den Sollbestand der sicherheitspolitische Auftrag massgebend sein, und nichts anderes. Da müssen wir beim heutigen Auftrag von der Verteidigung nach Kriegsmobilmachung ausgehen, und wir müssen die Zusatzaufträge erfüllen können. Wenn dieser Verteidigungsauftrag angesichts der noch vorhandenen technischen Potentiale in der Tiefe des Raumes erfolgreich erfüllt werden muss, braucht es, vor allem wegen der mangelnden Gefechtsfeldbeweglichkeit der Infanterie, eine verhältnismässig grosse Armee. Die Zusatzaufträge, vor allem in den Bereichen Existenzsicherung und Bewachung, benötigen hohe Bestände, gerade auch – wie das in Friedenszeiten wahrscheinlich der Fall wäre – in ausserordentlichen Situationen, wenn wir Ablösungen vornehmen wollen.

Der Bestand von 400 000 Mann kann den Verteidigungsauftrag mit der jetzt vorhandenen und vorgesehenen Technologie erfüllen. Die Zahl von 400 000 ist sicher irgend einmal entstanden, dann hat man sie in einem iterativen Prozess hundertmal hinterfragt. Ich habe die Zahl vor der Publikation des Leitbildes selber noch einmal im Rahmen von Kleingruppen hinterfragt, und wir sind zum Schluss gekommen, dass diese Zahl richtig, vernünftig und tragbar ist. Die Konsequenzen eines Abbaus auf 150 000 Mann wären tiefgreifend. Der Verteidigungsauftrag könnte nur erfüllt werden, wenn fehlendes Personal durch vermehrte Technik kompensiert würde. Kompensation mit Hochtechnologie ist aber kostenintensiv; wir haben das geschätzt: In der Zeitspanne von 1992 bis 1999 müssten wir mehr als das Doppelte von dem aufwenden, was die Planung heute vorsieht. Das können wir uns schlicht nicht leisten. Zudem hätten wir für die Zusatzaufträge zuwenig Personal.

Noch einige Ueberlegungen zur Halbierung des Budgets: Es ist uns bewusst, dass die Lage der Bundesfinanzen und die neue sicherheitspolitische Lage eine reale Reduktion der Militärausgaben rechtfertigen und auch nahelegen. Dank umsichtiger Planung und Politik unserer Vorgänger ist die Bodenarmee heute modern und in einem guten Zustand. Die Hauptlücke ist die Luftverteidigung; aber darüber haben wir hier schon länger gesprochen. So werden trotz der Beschaffung des Kampfflugzeuges die Militärausgaben von 1990 bis 1996 um real mindestens 15 Prozent zurückgehen. Ihr Anteil am Bundesbudget wird auf unter 12 Prozent sinken – 1990 waren es noch 17 Prozent –, langfristig Richtung 10 Prozent. Das bedeutet in Realwerten, dass ab ungefähr 1996 die Militärausgaben pro Jahr über 900 Millionen Franken unter denjenigen von 1990 liegen werden, und damit leistet das EMD einen erheblichen Beitrag an die Sanierung der Bundesfinanzen.

Wenn Herr Spielmann gesagt hat, gespart worden sei bisher ausschliesslich bei anderen Bereichen, so ist das nicht richtig. Die bisherigen Sparprogramme haben in fast allen Bereichen des Bundes lediglich die realen Zuwachsraten reduziert; es ist

noch kaum «ans Fleisch» gegangen. Im EMD ist es aber «ans Fleisch» gegangen.

Eine Halbierung der Ausgaben hätte grosse Folgen; der sicherheitspolitische Auftrag müsste neu formuliert werden. Im Bereich der Verteidigung wäre der heutige Auftrag nicht erfüllbar, und wir könnten auch nicht mehr gleichzeitig Teilaufträge erfüllen. Die Beschaffung von Hochtechnologie wäre kaum mehr denkbar. Ich glaube allerdings, das das gewollt ist. Die Kombination einer so gravierenden Bestandesverringerung mit technisch veraltetem Material würde zu einer Armee führen, die als Instrument der Landesverteidigung nicht mehr glaubwürdig wäre.

Ich darf hier noch eine Klammer zur Frage von Frau Grendelmeier öffnen: Abrüstung kostet. Die Liquidation der vielen Geräte und der Festungen, von denen hier drin gar nichts steht, wird zu sehr hohen Kosten führen. Wir haben schon Kosten von über einer Milliarde Franken berechnet; wir wissen noch nicht genau, wie wir sie bezahlen sollen. Wir könnten selbstverständlich dieses und jenes exportieren. Allerdings würden solche Exporte den heutigen gesetzlichen Auflagen genauso unterliegen wie andere Exporte von Kriegsmaterial. Wir möchten das aber nur sehr zurückhaltend tun, nach Möglichkeit gar nicht. Ich kann Ihnen sagen, für die 130 Hunter habe ich schon eine Offerte auf dem Pult gehabt – von einem Land, das mir nicht so Spass machte; deshalb kann ich Sie beruhigen. Wir werden auch nichts in den Seen versenken, sondern wir werden Material und Munition so umwelteträglich wie möglich, unter grossen finanziellen Opfern entsorgen müssen.

Zur Rüstungskonversion: Es ist klar, dass die Erfüllung des Minderheitsantrags I (Haering Binder) die Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen zur Folge hätte. Es ist für politische Parteien unangenehm, diese Konsequenz betroffenen Arbeitnehmern gegenüber zu vertreten, und deshalb habe ich den Eindruck, dass man mit Schlagworten wie «Rüstungskonversion» diese Konsequenzen herunterspielen will. Es sind für mich Uebungen, deren Realisierung nicht möglich, aber auch nicht wünschenswert ist. Der von Armeegegnern gemachte Vorschlag, statt Pistolen Bohrmaschinen herzustellen, ist Unsinn. Wer in einer Wirtschaftslage wie der gegenwärtigen glaubt, ein Staatsbetrieb könne problemlos in neue Märkte eindringen, die schon übersättigt sind und wo auch die Spezialisten Mühe haben, hat von wirtschaftlichen Zusammenhängen wenig Ahnung. Aber die Probleme der betroffenen Arbeitnehmer – und auch schon diese Reform wird schmerzliche Entscheide zur Folge haben – nehme ich ernst. Es geht darum, die notwendigen Anpassungen möglichst ohne Härtefälle und mit Rücksicht auf die betroffenen Regionen vorzunehmen.

Aus ordnungspolitischen Gründen ist es aber undenkbar, in grösserem Umfang zivile Aktivitäten in Regie des Bundes anzugehen. Was nach Jahrzehnten miserabler Erfahrung mit der Verstaatlichung in Osteuropa abgeschafft wird, können doch nicht plötzlich wir anfangen! Wir haben aber eine klare Strategie. Die Tätigkeit der Rüstungsbetriebe wird auf die notwendigen Aktivitäten konzentriert, und begrenzte Aktivitäten in zivilen Bereichen, wie dies heute schon der Fall ist, sollen möglich bleiben. Sie sind allerdings an gewisse Rahmenbedingungen gebunden, wie zum Beispiel: keine direkte Konkurrenzierung der Schweizer Industrie; Begrenzung auf Gebiete mit Technologien, die den Betrieben bekannt sind; Tätigkeit in Gebieten mit hoher Investitionsbarriere für Dritte. Wir wollen nach Möglichkeit solche zivilen Aktivitäten auch auf gemischtwirtschaftlicher Basis durchführen und solche Betriebe, wenn es möglich ist, vielleicht später privatisieren. Wir reden hier nicht nur darüber, wir handeln auch. Sie wissen, dass einige interessante Projekte realisiert sind oder geprüft werden: Batterie-Entsorgung in Wimmis, Kühlschrank-Entsorgung in Uri, Zusammenarbeit mit dem TÜV in Thun, beabsichtigte Verlagerung der Mittelkaliber-Produktion des Bührle-Konzerns nach Altdorf. Wir lassen es nicht bei wohlklingenden Theorien bewenden, sondern realisieren in sozialer Verantwortung – das wissen auch die Gewerkschaften, mit denen wir eng zusammenarbeiten.

Ich empfehle Ihnen aus all diesen Gründen, den Minderheitsantrag I (Haering Binder) und den Antrag Ledergerber abzulehnen.

Damit komme ich noch kurz zum Minderheitsantrag II (Meier Hans): Friedensförderung und Existenzsicherung müssen neben dem Verteidigungsauftrag durchgeführt werden können. Sie sind notwendigerweise subsidiär, und es wäre daher ein Fehler, sie zu Hauptaufträgen zu machen; sie würden dann sozusagen zu Alibiaufträgen. Es hat keinen Sinn, solche Aufträge über den wirklichen Bedarf hinaus aufzublähen. Das Machbare können wir auch bei der heutigen Formulierung tun.

Ich möchte Sie deshalb bitten, den Minderheitsantrag II (Meier Hans) abzulehnen.

Zum Minderheitsantrag III (Gross Andreas): Ich habe versucht, die Situation hinsichtlich einer europäischen Sicherheitsordnung zu schildern. Die Meinung, die Schweiz könne zusammen mit anderen europäischen Staaten ein speziell ausgeklügeltes und nicht von Armeen mitgetragenes Sicherheitssystem entwerfen und durchsetzen, dünkt mich sowohl überheblich als auch naiv. Natürlich hat der Antrag einen richtigen Kern. Wir realisieren mit der neuen Sicherheitspolitik das, was wir können, und ich meine deshalb, dass wir auch diesen Minderheitsantrag ablehnen dürfen.

Als Reformrealist – und nicht als Reformromantiker – bin ich von der Notwendigkeit einer Armeereform und der Richtigkeit dieser Armeereform überzeugt. Ich bin auch überzeugt, dass der Wandel, den wir erleben, das Gesicht der Sicherheitspolitik in Zukunft verändern wird. Ich bin ebenso überzeugt, dass wir der Versuchung, einem reinen Wunschenken zu erliegen, widerstehen müssen. In einer Zeit, in der sich die Ereignisse fast täglich überschlagen, muss Reform Realismus und nicht Illusion bedeuten. «Armee 95» ist machbar, angemessen und nötig.

Ich bitte Sie deshalb, das Armeeleitbild 95 in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und die Minderheitsanträge abzulehnen.

Frau Haering Binder: Ich möchte eine kurze Korrektur anbringen, Herr Villiger. In diesem Saal verlangt niemand verstaatlichte Betriebe. Wir verlangen mit der Rüstungskonversion einen Umstieg dieser Betriebe auf zivile Produktion. Dazu gibt es bewährte Mittel der Regionalpolitik. Wir bitten Sie, unsere Konzepte, die wir gemeinsam mit den Gewerkschaften unterbreitet haben, endlich zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen.

Präsident: Aus zeitlichen Gründen können wir persönliche Vorstösse aus dem Bereich EMD jetzt nicht mehr behandeln.

Der Antrag Zwygart ist zurückgezogen worden.

Da die drei Rückweisungsanträge einander nicht ausschliessen, stelle ich sie in drei Abstimmungen jeweils der Kommissionmehrheit gegenüber. Falls die Mehrheit obsiegt, wird dann noch über den Eventualantrag der Minderheit IV (Carobio) abgestimmt (Kenntnisnahme im ablehnenden Sinn). – Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

Abstimmung – Vote

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag der Mehrheit	120 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	29 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag der Mehrheit	105 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	11 Stimmen

Dritte Abstimmung – Troisième vote

Für den Antrag der Mehrheit	118 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit III	31 Stimmen

Vierte Abstimmung – Quatrième vote

Für den Antrag der Mehrheit	119 Stimmen
Für den Eventualantrag der Minderheit IV	28 Stimmen

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss den Seiten 1 und 2 des Berichtes

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
selon les pages 1 et 2 du rapport

Angenommen – Adopté

Ad 92.009 - Postulat.

[Deutscher Text](#)**Réduction de la durée de l'obligation de servir**

Déposé par Commission de la politique de sécurité CN
Date de dépôt 25.06.1992
Déposé au Conseil national
Etat actuel Liquidé

Texte déposé

Le Conseil fédéral est invité à soumettre au Parlement, si possible rapidement, mais jusqu'à la fin de 1992 au plus tard, un projet de révision partielle de la loi fédérale sur l'organisation militaire ou un projet de dispositions transitoires appropriées; ces projets auront pour objet: la réduction de la durée de l'obligation de servir conformément à la conception d'Armée 95 et, au besoin, d'autres points essentiels de cette même conception. Il y a lieu d'examiner une réduction de la durée de l'obligation de servir par étapes pour les années 1993-1995.

Développement

Sans développement

Déclaration du Conseil fédéral 19.08.1992

Le CF est prêt à accepter le Po

Chronologie**18.12.1992 Conseil national** Angenommen (N AB 1992 VI, 2750)**Informations pour l'utilisateur**

Ce document provient d'une ancienne base de données, dont l'exactitude ne peut pas être garantie

 Home

– sich mit den Einrichtungen und dem Material auszustatten, die sich für die wahrscheinlichsten Katastrophenfälle am besten eignen, damit die festgesetzten Ziele erreicht werden können.

Texte du postulat du 7 octobre 1992

Le Conseil fédéral est invité à mettre en oeuvre le principe de subsidiarité en autorisant les cantons:

- à choisir l'organisation la plus adéquate susceptible d'assurer la meilleure efficacité des interventions de la PCI en cas de catastrophe;
- à déterminer les degrés de formation nécessaires à garantir cette efficacité;
- à se doter des équipements les mieux adaptés aux types de catastrophes les plus vraisemblables pour atteindre les objectifs fixés.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Bodenmann, Brügger Cyrill, Bundi, Carobbio, Danuser, Eggenberger, Hämmerle, Jeanprêtre, Ledergerber, Leuenberger Ernst, Marti Werner, Steiger, Strahm Rudolf, Tschäppät Alexander (15)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Pour faire suite au débat sur le plan directeur de la protection civile, je tiens à préciser ce qui suit.

Compte tenu du fait que la hiérarchie des risques varie d'un canton à l'autre, que les équipements, planifications, modes d'intervention existants varient, que les équipements les mieux adaptés doivent être définis en fonction des catastrophes les plus plausibles, il convient de laisser aux cantons une marge de manoeuvre suffisante dans le domaine des effectifs réellement nécessaires, de la qualité de la formation gage du succès de l'intervention, de l'équipement le plus adéquat, des programmes d'instruction les plus efficaces.

Le principe de subsidiarité n'est pas un vain mot. Les cantons ont un passé en matière de lutte contre les catastrophes; il convient de leur laisser remplir leurs obligations avec souplesse.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 25. November 1992

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 25 novembre 1992

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Ueberwiesen – Transmis

92.3305

Postulat Keller Anton

Günstige Voraussetzungen für militärische Weiterbildung

Avancement dans l'armée.

Mesures de promotion

Wortlaut des Postulates vom 24. August 1992

Der Bundesrat ergreift Massnahmen zur Förderung der Bereitschaft für militärische Weiterbildung.

Texte du postulat du 24 août 1992

Le Conseil fédéral est prié de prendre les mesures propres à promouvoir auprès des jeunes l'avancement dans l'armée.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Baumberger, Bircher Silvio, Bürgi, Cincera, David, Dünki, Grossenbacher, Leu Josef, Leuba, Meier Hans, Mühlemann, Schmid Peter, Schnider, Wyss Paul (14)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Stärke des Wehrwillens hängt wesentlich davon ab, dass die fähigen jungen Leute zur militärischen Weiterbildung bereit sind. Das ist in der heutigen Zeit, aus verschiedenen Gründen, keine Selbstverständlichkeit. Berufliche Ausbildung und Berufsarbeit, persönliche Beziehungen, Gestaltung der Freizeit haben Vorrang. Oder umgekehrt: Mit militärischer Weiterbildung verbinden sich oft Komplikationen mit dem Studium, Schwierigkeiten am Arbeitsort, finanzielle Nachteile, private Verluste. Auch die früher gängige Aussage, dass militärische Ausbildung auch im Zivilleben nützlich sei, scheint eher verblasst. Im Gegenteil: Arbeitgeber äussern nicht selten ihre Abneigung, wenn ein junger Mann die Absicht zu militärischer Weiterbildung äussert. Ein damit verbundenes Entweder-Oder wird nicht leichtgenommen, zumal in rezessiven Zeiten. Deshalb erscheint ein ganzheitliches Konzept der Förderung angezeigt.

Die Massnahmen sollten von einer allgemeinen Aufwertung dieses Dienstes für die Gemeinschaft bis zu angemessener finanzieller Entschädigung reichen (insbesondere sind junge Leute in der Ausbildung immer noch stark benachteiligt), von der Rücksichtnahme auf die berufliche Ausbildung bis zur Förderung des Verständnisses der Arbeitgeber (inklusive der öffentlichen!) für die Notwendigkeit, dass gerade auch die besonders Fähigen freigestellt werden sollen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

vom 28. Oktober 1992

Déclaration écrite du Conseil fédéral

du 28 octobre 1992

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

Ad 92.009

**Postulat der Sicherheitspolitischen Kommission
Reduktion der Wehrpflichtdauer**

**Postulat de la Commission de la politique de sécurité
Réduction de la durée de l'obligation de servir**

Wortlaut des Postulates vom 25. Juni 1992

Der Bundesrat wird eingeladen, möglichst rasch, spätestens aber bis Ende 1992, eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärorganisation oder entsprechende Uebergangsbestimmungen zu unterbreiten, welche die Reduktion der Wehrpflichtdauer im Sinne der «Armee 95» und allenfalls weitere zentrale Punkte von «Armee 95» zum Gegenstand haben. Eine gestaffelte Reduktion des Wehrpflichtalters in den Jahren 1993 bis 1995 ist zu prüfen.

Texte du postulat du 25 juin 1992

Le Conseil fédéral est invité à soumettre au Parlement, si possible rapidement, mais jusqu'à la fin de 1992 au plus tard, un projet de révision partielle de la loi fédérale sur l'organisation militaire ou un projet de dispositions transitoires appropriées; ces projets auront pour objet: la réduction de la durée de l'obligation de servir conformément à la conception d'«Armée 95» et, au besoin, d'autres points essentiels de cette même conception. Il y a lieu d'examiner une réduction par étapes de la durée de l'obligation de servir pour les années 1993 à 1995.

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 19. August 1992

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat anzunehmen.

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 19 août 1992

Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Ueberwiesen – Transmis

92.3319

Postulat Bürgi
Besteuerung
der in- und ausländischen Spirituosen
Alcools suisses et étrangers.
Ajustement du taux d'imposition

Wortlaut des Postulates vom 26. August 1992

Das Alkoholgesetz muss an das EWR-Abkommen angepasst werden. Konkret sind die in- und ausländischen Spirituosen und Branntweine zum gleichen Satz zu besteuern. Dadurch werden die schweizerischen Produkte erheblich verteuert und die importierten massiv verbilligt. Der Wegfall des bisherigen Wettbewerbsvorteils für einheimische Produkte wird sich wirtschaftlich und ökologisch nachteilig auswirken: Der Absatzrückgang einheimischer Produkte wird noch vermehrt auf die ohnehin tiefen Preise für die Rohstoffe drücken und damit den Feldobstbau vollends unrentabel machen. Die Folgen davon sind ökologische Schäden und eine Verarmung der Landschaft. Hochstammkulturen müssen auch zur Diversifizierung und Sicherung des bäuerlichen Einkommens in weiten Teilen unseres Landes erhalten bleiben.

Der Bundesrat wird ersucht, die folgenden Problemkreise in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen zu untersuchen und Bericht zu erstatten:

1. die nachteiligen Auswirkungen der Aenderung auf die Oekologie und das Landschaftsbild: Die totale Bedrohung der Hochstämme und das damit verbundene rasante Verschwinden des Feldobstbaues räumen viele unserer typischen Landschaften aus, womit nicht wiedergutzumachende Schäden entstehen;
2. die wirtschaftlichen Folgen für das schweizerische Gewerbe und die Landwirtschaft;
3. geeignete Massnahmen zur Behebung der negativen Auswirkungen: Um den drohenden Schäden entgegenzuwirken, sind namentlich Ausgleichs- und Direktzahlungen für den Feldobstbau, Festlegen eines schonenden Steuersatzes und andere geeignete Uebergangslösungen vorzusehen.

Texte du postulat du 26 août 1992

La loi fédérale sur l'alcool doit être adaptée à l'Accord EEE. Concrètement, il s'agit de soumettre les spiritueux et eaux-de-vie suisses et étrangers au même taux d'imposition. Cela va renchérir considérablement les alcools suisses et faire diminuer massivement les prix des alcools importés. La disparition de l'avantage concurrentiel dont bénéficiaient jusqu'à présent les produits indigènes ne restera pas sans conséquences sur les plans économique et écologique; le recul des ventes des produits indigènes exercera une nouvelle pression à la baisse sur les prix de la matière première indigène, qui sont déjà très bas: l'arboriculture fruitière de plein champ ne sera absolument plus rentable. Il en résultera des dommages sur le plan écologique et un appauvrissement du paysage. Or, la culture

d'arbres fruitiers de haute tige doit être maintenue dans de vastes régions de notre pays, car elle permet aux agriculteurs de diversifier et d'assurer leurs revenus.

C'est pourquoi le Conseil fédéral est invité à examiner les questions suivantes en collaboration avec les milieux concernés et à présenter un rapport à ce sujet:

1. effets négatifs sur le plan écologique et sur le paysage: la menace de destruction totale des arbres de haute tige et la disparition qui en découle de l'arboriculture fruitière de plein champ modifiera nombre de nos paysages typiques, entraînant des dommages irréversibles;
2. conséquences économiques sur la production artisanale en Suisse, et particulièrement sur le revenu paysan;
3. mesures propres à éliminer efficacement ces effets négatifs: pour écarter les risques dans ce domaine, il faut notamment prévoir des paiements compensatoires et directs pour l'arboriculture fruitière de plein champ, un allègement de l'imposition ou d'autres mesures transitoires appropriées.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bircher Peter, Blatter, Bühler Simeon, Columberg, Darbellay, David, Deiss, Dormann, Engler, Epiney, Gobet, Grossenbacher, Hämmerle, Iten Joseph, Jäggi Paul, Keller Anton, Kühne, Leu Josef, Raggenbass, Ruckstuhl, Rutishauser, Schmidhalter, Schnider, Segmüller, Theubet, Wanner, Züger, Zwahlen (28)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 21. Oktober 1992**Déclaration écrite du Conseil fédéral du 21 octobre 1992*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

Ad 91.416

Postulat der Kommission
für Wirtschaft und Abgaben
Besteuerung von Partnergesellschaften
und Filialen

Postulat de la Commission de
l'économie et des redevances
Imposition des filiales
et des succursales

Wortlaut des Postulates vom 26. Mai 1992

Der Bundesrat wird eingeladen, in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen zu prüfen, ob Weisungen für den Vollzug der Besteuerung von Partnergesellschaften und Filialen aufgestellt werden sollen. Diese Weisungen sollten es erlauben, die Steuern nach sachlichen und wirtschaftlichen Verfahren auf die Kantone zu verteilen, die gerechter sind als die heutigen; beispielsweise sollte auf die Anwendung der direkten Methode (nur von den Banken angewendet) und die Aufhebung des Präzipiums grösseres Gewicht gelegt werden. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass Rechnungen korrigiert werden, die offensichtliche Gewinnverschiebungen enthalten. Diese Lösung trüge den Grundsätzen Rechnung, die auf internationaler Ebene Anwendung finden; sie liesse sich auf Unternehmen beschränken, die eine gewisse Bedeutung aufweisen.

Schliesslich sind auch die Fragen zu regeln, die sich im Zusammenhang mit dem Recht der kantonalen Behörden stellen, die juristischen Personen mit Sitz oder tatsächlicher Verwaltung im Kanton zu veranlagern (Art. 105 Abs. 3 BdBSt). Eine